

Genehmigung am 13.06.2024 (genehmigt)

Protokoll 08

Stadtratssitzung

Donnerstag, 25.04.2024, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll inkl. Audio siehe: <https://bern.recapp.ch/shareparl/>

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr.....	4
2023.SR.0112.....	5
1 Begrüssung und Mitteilungen	
2024.SR.0034.....	6
2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2024 (Protokoll 4 vom 15.02.2024, 5 vom 29.02.2024, 6 vom 14.03.2024)	
2022.SR.000192.....	6
3 Geschäftsprüfungskommission (GPK): Ersatzwahl	
2023.BSS.0090.....	6
4 Erneuerung Websites und Reservationssysteme Sportamt; Investitions- /Verpflichtungskredit	
2014.BSS.000026.....	10
5 Schulzahnmedizinischer Dienst; Nachkredit zum Globalkredit 2023	
2018.SR.000174.....	18
6 Interpellation Erich Hess (SVP) - übernommen durch Janosch Weyermann (SVP): Sozialbehörde in der Stadt Bern	
2019.SR.000190.....	18
7 Interpellation Erich Hess (SVP) - übernommen durch Janosch Weyermann (SVP): Ausländeranteil in der Sozialhilfe	
2021.SR.000026.....	19
8 Motion Seraina Patzen (JA!) - übernommen durch Anna Leissing (GB): Ein mobiles Gesundheitszentrum in Bern!	
2024.TVS.0037.....	23
9 Velostation Bahnhofzugang Länggasse; Ausführungskredit (Investitionskredit) und Kredit für wiederkehrende Ausgaben (Betrieb der Velostation) 1. UG, Erhöhung Projektierungskredit (Nachkredit) 2. UG	
2024.TVS.0052.....	29
10 Gesamtsanierung Seftausteg; Projektierungs- und Ausführungskredit	
2017.TVS.000116.....	30
11 Parkanlage Holligen Nord; Erhöhung des Gesamterstellungskredits (Nachkredit)	
2016.SR.000048.....	32
12 Motion Fraktion SP (David Stampfli/Michael Sutter, SP): Zeughausgasse aufwerten; Fristverlängerung	

2021.SR.000040	35
13 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP/Ruth Altmann, FDP): Die Fussgänger im Gebiet Tierpark-Elfenau bis zur Gemeindegrenze Muri müssen infolge der befürchteten Zunahme der Widerhandlungen des Fahrverbotes durch Zweiradfahrer besser geschützt werden!	
Schluss der Sitzung: 18.58 Uhr	37
Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.00 Uhr	38
2021.SR.000051	39
14 Motion Jemima Fischer (AL) - übernommen durch David Böhner (AL): Langsamverkehr: mit den neuen Mehrheitsverhältnissen endlich richtig	
2021.SR.000238	43
15 Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser/Weyermann/Ueli Jaisli, SVP): Parkplatzzählungen: Wie läuft dies ab? Werden effektiv die Bedürfnisse der Anwohner eruiert oder geht es dem Gemeinderat nicht vielmehr darum, bereits mit geeigneten Parametern weitere Parkplätze abzubauen?	
2022.SR.000052	44
16 Interpellation Simone Machado (GaP), Alexander Feuz (SVP), Ruth Altmann (parteilos): Wie kommt der Gemeinderat den denkmalpflegerischen Anforderungen bei der Neugestaltung des Hirschengrabens nach?	
2022.SR.000180	45
17 Postulat Fraktion SP/JUSO (Barbara Keller/Sara Schmid, SP): E-Trottinets dürfen kein Hindernis darstellen	
2023.SR.0097	45
18 Interfraktionelles Postulat SVP, Mitte, FDP/JF, AL/PdA, GB/JA (Alexander Feuz, SVP / Milena Daphinoff, Mitte / Thomas Hofstetter, FDP / Raffael Joggi, AL / Vanessa Salamanca, GB) und Simone Machado (GaP): Erstellung von mobilen Toiletten bei städtischen Kinderspielplätzen «im Grünen»	
2022.SR.000158	46
19 Motion Fraktion GB/JA! (Mahir Sancar/Anna Jegher/Nora Joos, JA!): Umverteilung der MIV-Infrastruktur	
2022.SR.000202	50
20 Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GFL/EVP, GB/JA!, GLP/JGLP (Michael Sutter, SP/Tanja Miljanovic, GFL/Claude Grosjean, GLP/Jelena Filipovic, GB): Abstellplätze für Cargobikes	
2023.SR.0102	53
21 Interfraktionelles Postulat GLP/JGLP, GFL/EVP, GB/JA, AL/PdA, SP/JUSO (Michael Ruefer, GLP / Tanja Miljanovic, GFL / Nora Joos, JA / David Böhner, AL / Laura Binz, SP): Überprüfung Basisstrassennetz Regionalkonferenz Bern-Mittelland: Bahnhofplatz entlasten, Bollwerk aufwerten, Klimastrategie umsetzen	
2023.SR.0124	54
22 Motion Fraktion GB/JA (Nora Joos, JA) und Michael Ruefer (GLP): MIV – Sperrung der Kornhausbrücke	
2020.SR.000146	58
23 Postulat Fraktion GB/JA! (Franziska Grossenbacher/Katharina Gallizzi, GB): Priorisierung der Velohaupttrouten; Prüfungsbericht	
2023.SR.000044	59

24	Postulat Eva Krattiger und Seraina Patzen (JA!) - übernommen durch Katharina Gallizzi (GB): Zugänglichkeit zum Veloverleihsystem gewährleisten!; Prüfungsbericht	
2023.SR.0205		61
25	Interfraktionelle Motion SVP, Mitte, FDP (Alexander Feuz, SVP / Lionel Gaudy, Mitte / Ursula Stöckli, FDP): Beeinträchtigung durch Baustellen für Anwohnende möglichst gering halten - den öffentlichen Raum nicht auf Vorrat verbarrikadieren!	
	Verschoben und eingereicht	62
	Schluss der Sitzung: 21.58 Uhr.	63

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr

Stadtrat anwesend

Valentina Achermann, Präsidentin

Yasmin Amana Abdullahi
Janina Aeberhard
Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Lena Allenspach
Ruth Altmann
Emanuel Amrein
Ursina Anderegg
Mirjam Arn
Oliver Berger
Tom Berger
Natalie Bertsch
Lea Bill
David Böhner
Michael Burkard
Francesca Chukwunyere
Milena Daphinoff
Sibyl Eigenmann
Nik Eugster
Alexander Feuz
Jelena Filipovic
Sofia Fisch
Katharina Gallizzi

Franziska Geiser
Thomas Glauser
Lukas Gutzwiller
Bernadette Häfliger
Bernhard Hess
Thomas Hofstetter
Seraphine Iseli
Bettina Jans-Troxler
Raffael Joggi
Nora Joos
Barbara Keller
Ingrid Kissling-Näf
Fuat Köçer
Nora Krummen
Anna Leissing
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Simone Machado
Denise Mäder
Salome Mathys
Esther Meier
Matteo Micieli
Szabolcs Mihalyi

Tanja Miljanovic
Niklaus Mürner
Barbara Nyffeler
Mehmet Özdemir
Florence Pärli Schmid
Halua Pinto de Magalhães
Simone Richner
Mirjam Roder
Sarah Rubin
Mahir Sancar
Judith Schenk
Nicole Silvestri
Chandru Somasundaram
Ursula Stöckli
Irina Straubhaar
Bettina Stüssi
Michael Sutter
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Janosch Weyermann
Marcel Wüthrich
Paula Zysset

Stadtrat entschuldigt

Laura Binz
Gabriela Blatter
Lionel Gaudy
Muriel Graf

Matthias Humbel
Ueli Jaisli
Anna Jegher
Daniel Michel

Dominic Nellen
Claudio Righetti
Michael Ruefer

2023.SR.0112

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsidentin: Liebe Kolleg*innen, liebe Medienschaffende, liebe Anwesende auf der Tribüne, ich begrüsse Sie ganz herzlich zu unserer ersten Sitzung nach den Frühlingsferien. Ich würde mich freuen, wenn Sie bald Platz nehmen und den Lärmpegel ein wenig senken würden, damit wir einander beim Sprechen verstehen.

Ich gebe die Entschuldigungen bekannt. Für die ersten beiden Sitzungen entschuldigt sind Lionel Gaudy von der Mitte, Gabriela Blatter von der GLP, Anna Jegher von der JA!, Laura Binz von der SP, Matthias Humbel von der GFL, Claudio Righetti von der Mitte, Dominic Nellen von der SP, Muriel Graf von der AL, Daniel Michel von der SVP und Michael Ruefer von der GFL. Für die erste Sitzung entschuldigt ist Ueli Jaisli von der SVP, für die zweite Sitzung Yasmin Abdullahi von der JGLP und Bettina Stüssi von der SP. Dann haben wir heute keine Rücktritte, dafür 2 Neueintritte, 2 neue Ratsmitglieder von der GLP. Das sind einerseits Natalie Bertsch, die für Michael Hoekstra nachgerückt ist und Denise Mäder als Nachfolgerin von Claude Grosjean. Ganz herzlich willkommen die beiden. Jetzt sehe ich sie gerade nicht mehr. Herzlich willkommen und eine gute erste Sitzung.

Dann hat heute niemand Geburtstag. Diese Woche hatte Jelena Filipovic, gestern hatte Ursula Stöckli und morgen hat Thomas Hofstetter. Denen, die schon gehabt haben, gratuliere ich nachträglich und Thomas noch nicht. Dann habe ich noch Mitteilungen. Es geht um das Redepult. Ihr habt es mitbekommen: Es ist kaputtgegangen. Es war nicht mehr höhenverstellbar und es befindet sich nach wie vor in Reparatur. Das heisst, wir arbeiten mit dem Ersatzpult ohne Höhenverstellung, aber der Tritt ist natürlich immer griffbereit, falls jemand den brauchen würde. Bitte denkt daran zu badgen. Einreichen von Vorstössen bei Tom: die dringlichen bis um 21 Uhr und alle übrigen bis um 21.30 Uhr.

Es liegt ein Antrag auf Diskussion zu einem aktuellen Ereignis von der SVP zum Thema Schützenmatte und Reitschule vor. Wir werden darüber abstimmen, ob wir die Diskussion gewähren wollen, und wenn eine Mehrheit dafürstimmt, dann gibt es eine Diskussion und sonst gehen wir zum nächsten Traktandum.

Antrag

Antrag auf Diskussion zu einem aktuellen Ereignis (Art. 49 GRSR)

1. SVP:

Nach Angriffen und Drohungen patrouillieren die Pinto-Angestellten nur noch tagsüber auf der Berner Schützenmatte. Als weitere Neuerung hebt die Stadt per 1. Mai 2024 die Parkplätze unter dem Viadukt auf. Der freiwerdende Platz soll mit mobilen Elementen gestaltet und die Brückenbögen sollen miteinander verbunden werden. Durch diese Massnahmen soll laut der Stadt die Aufenthaltsqualität in den Bereichen merklich gesteigert werden. <https://www.bernerzeitung.ch/schuetzenmatte-ist-zu-gefaehrlich-fuer-staedtische-interventionstruppe-...> Haben der Gemeinderat und der für das Dossier Reithalle zuständige Stadtpräsident sowie die KAPO die Lage noch im Griff? Was wird - nebst der Aufhebung der restlichen Parkplätze - konkret vom Gemeinderat und dem für das Dossier zuständigen Stadtpräsidenten unternommen?

Abstimmung Nr. 004

2023.SR.0112: Antrag 1

Ablehnung	
Ja	11
Nein	41
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt diese Diskussion nicht gewährt. Dann kommen wir bereits zu Traktandum Nummer 2.

2024.SR.0034

2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2024 (Protokoll 4 vom 15.02.2024, 5 vom 29.02.2024, 6 vom 14.03.2024)

Präsidentin: Es sind Protokolle eingegangen vom 15. Februar, 29. Februar und 14. März. Es sind keine Änderungsanträge eingegangen bei uns. Sind die Protokolle oder ist eines dieser Protokolle bestritten? – Das ist nicht der Fall. Dann sind die so mitgenommen. Und ich danke ganz herzlich den Verfasserinnen dieser Protokolle.

Stillschweigende Genehmigung

2022.SR.000192

3 Geschäftsprüfungskommission (GPK): Ersatzwahl

Präsidentin: Wir sind beim Traktandum 3. Das ist eine Ersatzwahl in die Geschäftsprüfungskommission, und zwar ist Denise Mäder von der GLP nominiert als Ersatz für Claude Grosjean. Gibt es weitere Wahlvorschläge für die Kommission?

- Dann kommen wir bereits zur Wahl und wir wählen mittels Handerheben.

Antrag

1. GLP/JGLP/EVP:

Als Mitglied nominiert die Fraktion GLP/JGLP/EVP Denise Mäder (GLP) als Ersatz für den zurückgetretenen Claude Grosjean (GLP).

Präsidentin: – Gibt es Enthaltungen? – Dann gratuliere ich Denise Mäder ganz herzlich zur Wahl in die GPK.

2023.BSS.0090

4 Erneuerung Websites und Reservationssysteme Sportamt; Investitions-/Verpflichtungskredit

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 4. Das ist ein Investitions- und Verpflichtungskredit. Ich erteile der Kommission das Wort, und zwar für die SBK Corina Liebi.

Corina Liebi (JGLP) für die SBK: Uns liegt heute Abend ein Investitionskredit in der Höhe von 600'000 Franken und ein Verpflichtungskredit über rund 170'000 Franken für die Erneuerung der Webseite und des Reservationssystems des Sportamts und des

Campingplatzes Eichholz vor. Das Informatikprojekt hat in der SBK zu sehr grossen Diskussionen geführt, die ich euch gerne hier kurz erläutern möchte.

Unbestritten ist für die SBK, dass sowohl das Sportamt als auch der Campingplatz Eichholz einen neuen Webauftritt brauchen. Dass im gleichen Zug auch die Umsysteme, das Reservationssystem und die Schnittstellenanbindungen erneuert werden müssen, ist aus unserer Sicht effizient und sinnvoll. Systemtechnisch scheint die präsentierte Variante eine deutliche Vereinfachung zu sein. Zudem ist es begrüssenswert, dass man bei diesem Projekt schon jetzt auf die neue Portalstrategie der Stadt Bern aufspringt und entsprechend auch eine Person von Digital Stadt Bern in der Begleitgruppe Einsitz nimmt.

Bemängelt hat die Kommission hingegen, welche Informationen dem Stadtrat zur Beurteilung des Geschäfts zur Verfügung gestellt wurden.

Zweitens hat die SBK kritisiert, dass im Vortrag die benötigten Projektressourcen zu wenig gut aufgeschlüsselt waren, und drittens wurde der dürftige Projektplan kritisiert. Der Ursprung des Problems liegt in der Tatsache, dass die Projektleitung für dieses Geschäft erst nach der Genehmigung des Kredits durch den Stadtrat angestellt wird und dementsprechend die Planung noch nicht so weit fortgeschritten ist. Gleichzeitig ist es für die Kommission dadurch extrem schwierig zu beurteilen, ob die Kredithöhe für den geplanten Umfang angemessen ist. Man kann sagen, wir haben ein typisches Huhn-Ei-Problem. Trotz der vorgenannten Kritikpunkte ist eine Erneuerung der Webseite und des Reservationssystems unumgänglich, da die heutigen Anwendungen End of Life sind. Eine weitere Verzögerung dieses Geschäfts würde sich auch negativ auf die Strategie der Stadt Bern auswirken. Aus diesem Grund hat die SBK entschieden, das Geschäft dem Stadtrat einstimmig zur Annahme zu empfehlen, unter der Auflage, dass die neu eingesetzte Projektleitung das Geschäft der SBK noch einmal präsentieren wird, sobald die Detailplanung vorliegt.

Ich würde rasch das Fraktionsvotum anhängen, wenn die Stadtratspräsidentin mit diesem Vorgehen einverstanden ist.

Präsidentin: Merci für das Fragen. Gibt es Diskussionsbedarf? – Ja, gut, dann sehr gerne. Super, danke.

Corina Liebi (JGLP) für die Fraktion: Die GLP/JGLP/EVP-Fraktion betrachtet das vorliegende Geschäft ausserordentlich kritisch. Wir sind schockiert, wie wenig Beachtung basic Projektmanagementskills bei der Ausarbeitung des Projektes oder des Geschäfts gefunden haben. Es ist für uns unverständlich, wieso der Gemeinderat bei so wenigen vorliegenden Projektinformationen nicht zuerst mit einem Projektierungskredit gekommen ist, anstatt sich mit einem Investitionskredit einen Blankoschein beim Stadtrat zu holen.

Wir schlittern gerade wieder auf ein nächstes Base4Kids zu, was es unter allen Umständen zu verhindern gilt. Da wir aber die Dringlichkeit des Geschäfts anerkennen, werden wir zähneknirschend zustimmen, unter der Auflage, dass das ausgearbeitete Projekt in der SBK nochmals vorgestellt wird.

Präsidentin: Danke, Corina. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Als nächstes kommt Alex Feuz für die SVP.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich bin froh über das Votum der GLP. Wir schauen es kritischer an. Wir werden es ablehnen. Wir hätten begrüsst, dass man einen

Rückweisungsantrag gestellt hätte. Ich weiss – und ich wollte die Debatte heute nicht gross verlängern –, dass, wenn ich ihn stelle, er sowieso abgelehnt wird.

Aber ich bin einfach der Meinung, dass wir hier ein weiteres Informatikprojekt haben. Ich finde, das Reservationssystem, das wir hier haben, ist nichts Einzigartiges, das nur das Sportamt der Stadt Bern braucht. Wir haben X Reservationen. Ich bin der Meinung, dass es irgendwelche Standard-Softwarelösungen gibt. Man könnte uns jetzt noch überzeugen, wieso es hier nicht der Fall ist, wieso man hier wieder eine eigene Software haben muss. Dann könnte es vielleicht bei uns noch ein paar andere Überlegungen geben. Aber ich sage einfach immer: Wir wollen immer den Rolls-Royce und dann wollen wir noch eine Sonderausführung mit einer Mulliner-Karosserie oder was auch immer. Man hat nicht den Mut, eine Standardlösung zu nehmen. Ich gehe davon aus, dass wir in der ganzen Schweiz vergleichbare Situationen haben. Und jetzt müssen wir wieder eine eigene Software haben. Darum haben wir den Mut, konsequent Nein zu sagen. Wir bedauern es und gehen davon aus, dass es chancenlos ist, aber wir sagen hier klar Nein. So kann es einfach meines Erachtens mit unseren Finanzen nicht weitergehen, dass man nicht genau überprüft, ob es nicht andere Möglichkeiten gibt. Wir werden hier allenfalls auch mal einen Vorstoss einreichen, mit dem wir das Richtige wissen wollen. Merci vielmals für die Unterstützung. Danke.

Präsidentin: Merci, Alex. Als nächstes kommt Nik Eugster von der FDP/JF-Fraktion.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: Danke für deine Ausführungen, Corina Liebi. Wir stossen ein bisschen in das gleiche Horn, trotzdem werden wir im Gegensatz zur SVP das Geschäft annehmen. Es ist nicht so, Alexander Feuz, dass eine Standardlösung möglich ist. Uns haben das Sportamt und die verantwortlichen Personen in der Kommission erklären können, wieso es eben Sinn macht, hier etwas zu machen, das vom Prozess her, von der Art her, wie die Software, wie die Hintergrundprozesse, das Dashboard, das dort geplant ist, etc., genau auf uns zugeschnitten ist. Und es gibt einfach, wenn man in der Informatik effiziente Prozesse haben will, nicht immer nur ideale Lösungen, direkt ab Stange. Da muss man manchmal auch etwas selbst machen. Und trotzdem kommt es mir ein bisschen vor wie auf einer Wanderung, von der man etwa weiss, wo es hingehet, aber keine Ahnung hat, was einem unterwegs noch erwartet, ob man plötzlich die Steigeisen braucht oder eine Pause einlegen muss. Das Kartenmaterial, das man hat, ist schlecht, aber man geht einfach mal los mit viel Tempo.

Ich habe gesagt, wir würden dieses Geschäft annehmen, und trotzdem mit einem komischen Gefühl im Bauch. Was jetzt hier vorgelegt wurde, ist als Vortrag dem Namen eines Projektbeschriebs nicht vollständig würdig. Es wird zwar aufgeführt, was entstehen soll, wo es hingehet, aber man hat keine Ahnung, wie man dorthin gelangt. Der Zeitplan ist zum Beispiel ein Diagramm mit genau 3 Punkten. Also, es ist ein Zeitplan, der eigentlich den Namen Zeitplan nicht verdient. Wenn ich irgendwie in der Privatwirtschaft mit einem solchen Kredit vor ein Entscheidungsgremium treten würde, z.B. vor einen VR und 600'000 Franken wollte, dann würde es heissen: Hey, Nik, dort ist die Tür, geh noch einmal raus, arbeite es noch einmal neu aus und komm wieder. Vielleicht würde ich sogar den Job verlieren.

Ja gut, sorry für die Schelte. Aber der richtige Weg wäre eben, wie Corina auch schon gesagt hat, gewesen, einen Projektierungskredit zu beantragen und zuerst einmal das Projekt auszuarbeiten, bevor man das ganze Budget verlangt.

Ohne seriöse Ausarbeitung ist es eigentlich fast sicher, dass wir irgendwann einmal hier in der nächsten Zeit wieder über das Geschäft reden werden und unter Umständen über einen Nachkredit befinden müssen. Und trotzdem haben wir am Schluss gefunden:

Wir sagen Ja zu dieser Vorlage, denn es hat uns doch überzeugen können, dass Rückweisen bedeuten würde, viel Zeit zu verlieren. Die Grundrichtung ist eigentlich richtig. Es ist gut, dass man mit diesem Projekt schon einen Pilot für die neue Portalstrategie macht. Das ist sehr wichtig. Schlussendlich soll es – und so wird es auch im Vortrag geschildert – zu dem Punkt kommen, dass man wirklich eine Effizienzsteigerung hat. Und ich wünsche viel Erfolg auf diesem Weg, dass man das Ziel auch findet. Und ich hoffe wirklich nicht, dass wir hier im Rat noch einmal darüber reden werden, sehr gerne, wie Corina gesagt hat, wieder in der SBK. Merci vielmals.

Präsidentin: Gibt es weitere Fraktionsvoten? -Einzelvoten? – Dann hat Gemeinderätin Franziska Teuscher das Wort.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Danke für die Würdigung dieses Geschäfts. Ich finde, es ist etwas sehr viel kritisiert worden und etwas wenig dazu gesagt worden, was denn das Geschäft überhaupt der Stadt, dem Sportamt bringt. Und darum erlaube ich mir doch am Anfang einen Werbespot für das Geschäft, weil ich davon überzeugt bin. Es ist ein wichtiges Geschäft und es ist Geschäft, das gut vorbereitet ist. Und es ist ein Geschäft, das vor allem den Kundinnen den Kunden des Sportamts und auch der Stadt etwas bringt. Und das führe ich euch gerne aus. Es geht um eine Informationsplattform zum einen und gleichzeitig geht es auch um die Schnittstelle von verschiedenen Applikationen wie beispielsweise ein Wassermess-Tool, ein Personenzähler für die Eis- und Wasseranlagen und für den Webshop. Und die wichtigste Schnittstelle des Tools oder dieser Plattform ist das Reservationstool. Und hier werden sage und schreibe jährlich Tausende Reservationen abgewickelt. Und das muss zuverlässig laufen und bei diesen vielen Reservationen, die abgewickelt werden, ist auch klar, dass die Kommunikation mit den Vereinen und all denen, die etwas buchen wollen, auch zuverlässig läuft. Und diese Applikation heisst dann Dashboard. Und sowohl das Reservationssystem wie auch das Dashboard sind am Ende ihrer Laufzeit angekommen. Und das wisst ihr: Wenn ein System am Ende seiner Laufzeit ist, ist es nicht mehr zuverlässig und kann nicht mehr den Service bieten, den der Gemeinderat und das Sportamt seinen Kundinnen und Kunden bieten will. Was passiert, wenn das System nicht mehr gut läuft? Dann passiert zum einen, dass die Kundinnen und Kunden – und das sind alle Vereine in der Stadt Bern und Leute, die unsere Sportanlagen, buchen wollen – einfach nachher unzufrieden sind, weil es nicht mehr gut klappt. Und das sind natürlich ganz viele Kundinnen und Kunden, weil wir eben eine grosse Anzahl von Reservationen machen und wir in der Stadt Bern auch viele Anlagen haben. Aber wenn das System nicht mehr gut funktioniert, hat das auch grosse Auswirkungen auf die Stadtkasse. Denn dank diesen vielen Reservationen, die wir machen, gibt es auch Einnahmen in Millionenhöhe für die Stadt und auf das möchte der Gemeinderat nicht verzichten und das möchte der Gemeinderat auch nicht riskieren.

Es wurde vom FDP-Fraktionssprecher gesagt: Es ist eben auch ein Pilotprojekt, das wir integrieren in die Portalstrategie der Stadt Bern. Und da braucht es halt auch einen Schritt nach dem anderen. Dabei müssen wir auch Erfahrungen machen und daher ist es auch richtig, dass man das bei diesem Projekt macht. Und zum Zweiten geht es nicht nur um die Webseite des Sportamts, sondern es geht auch um die Webseite des Campingplatzes Eichholz. Und die, die den kennen, wissen auch: Der ist eigentlich immer ausgebucht. Wir brauchen auch dort ein zuverlässiges Reservationssystem.

Nik Eugster hat gesagt, man gehe mit viel Tempo los und wisse eigentlich nicht, wohin man wolle, und man habe sich nicht gut auf die Bergtour vorbereitet. Ich nehme an, das hast du gemeint. Nein, man hat sich gut vorbereitet.

Das Sportamt ist schon seit 2 bis 3 Jahren daran, hier Vorbereitungen zu treffen. Es gibt einen intensiven Austausch mit dem Informatikdienst, enge Kontakte wurden geschmiedet. Es gibt eine gute Unterstützung und Beratung seitens der Informatik. Das Vorgehen ist also gut abgestützt. Und wir sind sehr zuversichtlich, dass wir hier genügend Personalressourcen eingeplant haben und auch eine Projektleitung finden werden, die das Projekt begleitet.

Zur Kritik möchte ich noch sagen: Es ist natürlich ganz schwierig, euch die Informatikprojekte so darzustellen, dass ihr die nötigen Elemente habt, zum einen. Wenn man zu stark in die Tiefe geht – das würde ich jetzt zu behaupten wagen –, können die meisten hier drin auch nicht mehr ganz mithalten, weil es halt ein anderer Bereich ist, ein Informatikbereich, und da sind wir nachher schon in der technischen Umsetzung. Und wenn man zu stark vereinfacht, dann riskiert man, nicht genügend differenziert sein zu können.

Die SBK hat das bemängelt. Wir haben ihr auch eine differenziertere Terminplanung nachgeliefert und eine Aufstellung der Konti. Sobald der Projektleiter oder die Projektleiterin eingearbeitet ist, werden wir, wie wir gesagt haben, auch von unserer Seite dann in die SBK kommen. Aber ihr könnt auch versichert sein, eure Kritik, von der ich finde, sie sei ein bisschen sehr stark ausgefallen, ist gehört worden. Wir haben hier 2 Vertretungen des Sportamts, ein Business-Analyst des Sportamts. Er wird über Fragen, falls ihr welche hättet, auch noch kompetent Auskunft geben können. Ihr seht, das Sportamt ist vertreten, das Projekt ist in guten Händen. Und ich bin überzeugt, dass es gut kommt. Bei einem Informatikprojekt ist man nie vor irgendwelchen Überraschungen gefeit, daher bin ich hoffnungsvoll, und ich hoffe – und bin euch dankbar dafür –, dass ihr diesem Kredit zustimmt.

Präsidentin: Danke, Franziska. Dann kommen wir direkt zur Abstimmung über den Investitions- und Verpflichtungskredit.

Abstimmung Nr. 005

2023.BSS.0090: Kredit

Annahme

Ja	54
Nein	5
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt dem Kredit zugestimmt.

2014.BSS.000026

5 Schulzahnmedizinischer Dienst; Nachkredit zum Globalkredit 2023

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 5, der Schulzahnmedizinische Dienst (SZMD), Nachkredit zum Globalkredit 2023. Ich erteile gerne der Kommission das Wort, und zwar für die SBK Sofia Fisch.

Sofia Fisch (JUSO) für die SBK: Das vorläufige Jahresbudget 2023 zeigt, dass der SZMD die Budgetvorgaben nicht einhalten kann. Man geht davon aus, dass es einen Nachkredit von 771'400 Franken braucht, und der Gemeinderat stellt uns auch dementprechend einen Antrag.

Für das Budget 2023 ist man davon ausgegangen, dass Erlöse auf gleichem Niveau wie in den Jahren 2020 und 2021 generiert werden können. Die getroffene Annahme der Erlöse war zu hoch und dadurch sind die budgetierten Nebenkosten zu optimistisch gewesen. Die budgetierten Nebenkosten liegen auch deutlich unter dem Niveau der Vorjahre. Obwohl die Kosten des SZMD in den Jahren 2021 und 2022 reduziert werden konnten, hat es Ertragseinbussen gegeben, die eben höher sind als die tatsächlichen Einsparungen. Zum Teil sind die Ertragseinbussen auch auf die umgesetzten Sparmassnahmen zurückzuführen. Die Ertragsausfälle sind auf Folgendes zurückzuführen. Zum einen hat es personelle Vakanzen gegeben. Es hat Herausforderungen gegeben bei der Besetzung der Stellen in der Zahnmedizin und in der Kieferorthopädie. Diese Lücken bei den Stellen haben zu Mindereinnahmen geführt. Im Mai 2023 konnte glücklicherweise ein Kieferorthopäde zu 100% angestellt werden können. Auch bei den Zahnärzten hat sich mittlerweile die Lage entspannt. Der zweite Punkt ist die Folge der Zusammenlegung dieser 2 Standorte.

Das hat zu Mindereinnahmen von 440'000 Franken geführt und das ist auch der Hauptgrund für den heute beanspruchten Nachkredit.

Wegen der wachsenden Schüler*innenzahlen ist auch die Zahl der Kinder gewachsen, die in die obligatorische Schulkontrolluntersuchung gehen müssen oder gehen dürfen. Die vorhandene Infrastruktur, die nach der Zusammenführung dieser 2 Standorte aus weniger Behandlungsstühlen besteht, wird darum mehr als früher durch diesen Auftrag beansprucht. Weiter hat sich das Patient*innensegment mit der Zusammenlegung dieser 2 Standorte verändert, und der Kanton hat die kantonalen Behandlungsrichtlinien für unterstützende Personen noch verschärft.

Es hat noch weitere Effekte gegeben, die zu einer Zunahme der Nettoaufwände von 9'000 Franken geführt haben. Und so kommt der Zusatzkredit von 771'400 Franken zustande. In der Kommission haben wir lange darüber diskutiert, ob man nicht einige dieser Dinge hätte voraussehen können, so dass es nicht zu Fehlbudgetierungen gekommen wäre. Das Schüler*innenwachstum ist schon lange bekannt. Und dass man mit weniger Behandlungsplätzen insgesamt nicht mehr auf die gleichen Erträge wie in den Jahren 2020 oder 2021 kommt, ist uns einigermaßen klar. Die Ausgaben sind jetzt getätigt, und aus dem Grund empfiehlt euch die Kommission auch mit 10 Ja- zu einer Nein-Stimme die Annahme des Nachkredits.

Uns sind zudem noch Sofortmassnahmen präsentiert worden, damit es im Jahr 2024 nicht noch einmal zu einem solchen Nachkredit kommt. Diese Massnahmen wurden alle eingeleitet respektive befinden sich in der Umsetzung. Zudem wurden wir in der Kommission über zukünftige Massnahmen informiert. Die obligatorischen Schuluntersuchungen sollen ausgelagert werden, damit in den Behandlungszimmern des SZMD wieder vermehrt Behandlungen mit Erlöswirkung durchgeführt werden können. Es laufen Verhandlungen mit den Zahnmedizinischen Kliniken der Universität Bern (ZMK), bei denen darüber diskutiert wird, dass die ZMK mittels Leistungsvertrag die obligatorischen Schuluntersuchungen übernehmen würden. Das Ergebnis ist noch offen. Uns wurde versichert, dass die Verhandlungen auf gutem Weg sind. Mitte 2024 werden hier die Beschlüsse gefasst und wir werden sehen, ob das hoffentlich auch wirklich so ist. Alternativ sollen mobile Behandlungseinheiten oder Klinikbusse angeschafft werden, in

denen die Untersuchungen künftig stattfinden würden. Beim SZMD haben Spassmassnahmen stattgefunden, die zu Mindereinnahmen geführt haben. Wir waren uns in der Kommission alleinig, dass das nicht zielführend und in niemandes Sinn ist. Der jetzige Fokus wird auf die Wirtschaftlichkeit des SZMD gelegt, und wir haben zudem in der Kommission ausführlich diskutiert, ob dies der richtige Fokus ist. Darin waren wir uns in der Kommission nicht einig. Die Zielrichtung der Stadt ist im Moment auf jeden Fall klar, und es wird darauf gesetzt, dass die Zusammenarbeit mit den ZMK zustande kommt. Uns wurde gesagt, dass sie auf gutem Weg ist. Bald wissen wir mehr. Jedenfalls ist es so, dass, wenn die Leistungsverträge nicht zustande kommen, wir jetzt mit dem Fahrplan für den Einsatz mobiler Behandlungseinheiten nicht auf Kurs. Eine erneute Grundsatzdebatte zum SZMD, seiner Zielsetzung und den dazu nötigen Mitteln zur Erbringung dieser Leistungen wäre auf jeden Fall angebracht. Bis dahin empfehlen wir euch die Annahme des Nachkredits.

Präsidentin: Danke, Sofia Fisch. Dann sind wir bei den Fraktionsvoten. Alex Feuz für die SVP.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich danke der Kommissionssprecherin für ihr Votum. Die SVP hat gar nichts gegen den Schulzahnmedizinischen Dienst. Aber klar: Wir lehnen den Nachkredit zum Globalbudget klar ab. Es ist ein Desaster. Es ist eine weitere Runde. Das Ende ist kaum absehbar. Jetzt haben wir wieder einen Nachkredit und es ist ein Nachkredit in der Höhe von 771'000 Franken auf 2 Mio. Franken. Wir sind der Meinung, dass das doch ein bisschen an Missmanagement grenzt. Wenn man bedenkt, dass man ursprünglich 2 Standorte hatte. Jetzt hat man noch einen. Viele Räumlichkeiten hat man eben leer nicht genutzt und das wissen wir alle, dass die nicht benutzten Zahnarztstühle sehr teuer sind. Andererseits wissen wir auch, dass es sinnvoll ist, teilweise diese Vorsorgeuntersuchungen direkt an den Schulstandorten zu machen. Ich bin der Meinung, dass die Stadt Bern wieder einmal etwas übernommen hat, das jetzt zu nichts als Kosten führt.

In einem Punkt geben wir dem Gemeinderat recht. Es ist klar, wenn man natürlich eine kostenlose Schulzahnpflege durchführt, insbesondere für alle Asylanten und die vorläufig Aufgenommenen, dann explodieren natürlich die Kosten absolut. Wir sind der Meinung, dass wir hier noch schauen müssen, ob der Bund oder der Kanton gewisse Kosten tragen muss. Ihr seht eben einmal mehr, was die Konsequenzen der Politik der Stadt Bern sind.

Wir wollen eine gute Schulzahnklinik, aber wir sehen ganz klar, was wir hier haben, diese ganze Problematik: Das ist ein Durchziehen seit Jahren, ein Durchwursteln. Manchmal hatte man zu wenige Leute finden können, dann hatte man wieder leere Behandlungszimmer, dann hatte man wieder Personalprobleme. Ich bin einfach der Meinung, so funktioniert das nicht mit diesen Sachen. Deshalb müssen wir den Mut haben, ganz klar Nein zu sagen und den Globalkredit abzulehnen.

Präsidentin: Danke, Alex. Als nächstes kommt Sarah Rubin von der GB/JA!-Fraktion.

Sarah Rubin (GB) für die Fraktion: Wir werden dem vorliegenden Nachkredit zustimmen, auch wenn wir es sehr unschön finden, dass dieser so hoch ausfällt und überhaupt nötig ist. Wir sind ausserdem skeptisch, ob tatsächlich alles, was zu diesem Kredit geführt hat, nicht vorhersehbar oder auch nicht vermeidbar gewesen wäre. Klar, die Sache mit dem Kanton, der neu weniger abgibt, ist, ist zum Beispiel ein Punkt, den man

gelten lassen kann. Aber es war zum Beispiel klar, dass bei einer Standortzusammenlegung weniger Behandlungsplätze für dementsprechend weniger Patient*innen zur Verfügung stehen. Und besonders die Tatsache, dass man nicht vorausgesehen hat, dass für viele selbstzahlende Personen der Weg nach Bümpliz eine zu grosse Hürde darstellt, ist für uns doch unverständlich, denn man spricht ja in der Stadt gerne auch von der 10-Minuten-Stadt. Nicht nur die Zahnarzttaxipunkte sind ausschlaggebend, sondern vor allem auch die Zeit, die man in einen Weg investiert. Ich würde hier gerne einschieben, dass wir der Idee, der SZMD solle rentieren und deshalb gesundgespart werden, kritisch gegenüberstehen. Für diesen wichtigen Grundauftrag müssen genügend Ressourcen zur Verfügung stehen, die man eher mit einer Budgeterhöhung gewährleisten müsste als mit einem Einnahmedruck oder Einsparungen.

Jetzt komme ich noch einmal zurück zu diesem weiten Weg nach Bümpliz. Nicht nur für selbstzahlende Patient*innen, die keine Unterstützungsgelder für Behandlungen bekommen, ist es ein weiter Weg, eine zeitliche Hürde. Nein, besonders für Menschen, die sozioökonomisch nicht privilegiert sind und häufig sehr hochprozentig arbeiten müssen, ist die Zeit auch ein sehr knappes Gut. Und der SZMD ist ja gerade auf diese Bevölkerungsgruppe ausgerichtet. Es soll eine Behandlung angeboten werden, die sich eben finanziell nicht privilegierte Leute leisten können sollen. Ist das Angebot aber zu weit weg, kann es auch dazu führen, dass Menschen auf eine Behandlung verzichten. Deshalb finden wir sehr interessant, was jetzt im Nachgang zu diesem Nachkredit passiert. Angedacht ist zum Beispiel eine Art mobile Praxis für Schuluntersuchungen, um den Standort Bümpliz zu entlasten. Wir finden, das sei eine Idee mit Potenzial, die aber nicht einfach bei den Schulen enden sollte. Das Angebot des SZMD könnte durch ein mobiles Angebot für Bevölkerungsgruppen, für die ein weiter Weg eine Hürde darstellt, wieder zu einer sinnvollen Option werden, beispielsweise für Ältere. Aber wie erwähnt sollte für sozioökonomisch nicht privilegierte Leute ein solches Angebot nicht nur finanziell, sondern unbedingt auch zeitlich respektive räumlich gut erreichbar sein. Es bietet sich ausserdem mit unserer heute noch traktandierten Motion "Ein mobiles Gesundheitszentrum in Bern" an, die Idee der mobilen Praxen weiterzudenken. Das Ziel der Stadt muss sein, günstige und erreichbare Behandlungen und Dienstleistungen gerade für diejenigen in der Bevölkerung anzubieten, die nicht privilegiert sind. Dieses Ziel muss auch gerade bei den Verhandlungen mit den ZMK richtungsweisend sein. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Merci, Sarah. Als nächstes kommt Nik Eugster.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: Irgendwie beissen wir uns die Zähne aus am schulzahnmedizinischen Dienst, und das seit Jahren. Wir kommen irgendwie nicht an ein Ziel. Seit Jahren wird eine richtige Strategie gesucht. Man hat Beratungsfirmen, die Studien machen, man diskutiert über einen Zusammenschluss eben mit den zahnmedizinischen Kliniken der Uni Bern und kommt dort irgendwie nicht zum Ziel. Man legt die Standorte zusammen, man spricht Jahr für Jahr Nachkredite. Schon wieder sind fast 800'000 Franken nötig und schon wieder wird versprochen – Sofia Fisch hat es vorhin gesagt –, Sofortmassnahmen einzuleiten, und nächstes Jahr brauche es keinen Nachkredit mehr, heisst es. Einmal schauen. Schulzahnmedizinischer Dienst – quo vadis? ist so ein bisschen das Thema. Das Angebot selbst ist ja sehr wichtig. Und dass rote Zahlen geschrieben werden, bedeutet auch, dass viel geholfen wird. Das muss man auch sehen. Es wird Leuten geholfen, die sich sonst keine zahnmedizinische Untersuchung leisten könnten. Und das ist ja schlussendlich auch das Ziel. Man sollte sich ja nicht auf die Patientinnen und Patienten konzentrieren, die sich das schlussendlich

leisten könnten und damit nachher auch normale Zahnärztinnen und Zahnärzte konkurrenzieren. Darum finden wir das Defizit nicht per se so schlimm. Es ist natürlich nicht schön, das müssen wir sagen.

Aber eben: Schlussendlich wird eine Leistung erbracht, die wichtig ist. Wir finden die Richtungslosigkeit schlimm. Das ist das Problem. Man kommt nicht vorwärts in den Gesprächen mit den zahnmedizinischen Kliniken. Die Zusammenlegung des SZMD mit den ZMK der Uni Bern wäre ein wichtiger Schritt. Das steht schon im Überprüfungsbericht, der 2017 verfasst wurde, also vor 7 Jahren. Man hat verschiedenste Alternativen geprüft und ich zitiere daraus: "Jedes Alternativmodell könnte die notwendige Qualität gewährleisten und den Gesundheits- und sozialpolitischen Auftrag erfüllen." Und weiter: "Einen besonderen Stellenwert im Rahmen des Modells 'eigenständiger Stadtbetrieb' erhält die vertiefte Kooperation mit den zahnmedizinischen Kliniken der Universität." Aber irgendwie geht es dort seit Jahren nicht weiter. Sofia Fisch hat vorhin gesagt, man sei auf gutem Weg, aber ich habe es ein bisschen anders verstanden in der Kommission. Vielleicht sollte das Votum von Franziska Teuscher noch ein bisschen genauer Klarheit darüber geben, wie man dort unterwegs ist. Ich empfinde es eher so ein bisschen als gegenseitiges Schuldzuweisen. Und deshalb geht es leider weiter mit Restrukturierungen, Sofortmassnahmen und Nachkrediten bezüglich des schulzahnmedizinischen Diensts. Und sorry für mein schlechtes Wortspiel zum Schluss: Wir beißen uns also weiter die Zähne aus an diesem schulzahnmedizinischen Dienst. Vielleicht schafft man es ja dann vielleicht in einer nächsten Legislatur, den gordischen Knoten zu lösen.

Präsidentin: Merci, Nik. Als nächste kommt Bernadette Häfliger für die SP-JUSO-Fraktion.

Bernadette Häfliger (SP) für die Fraktion: Es ist jetzt schon sehr viel gesagt worden. Ich wiederhole es zum Teil. Präventive und sozialmedizinische Massnahmen gehören zum Kern eines guten Service public und die Angebote, wie sie von der schulzahnmedizinischen Klinik erbracht werden, sind niederschwellige Angebote, die für die Prävention, aber auch im Rahmen der Armutsbekämpfung wichtig sind. Diese Angebote müssen unbedingt aufrechterhalten und auch in Zukunft von der Stadt selber erbracht werden. Wie die von der Stadt in Auftrag gegebene Studie des Büros BASS aufzeigt, muss unbedingt verhindert werden, dass bei solchen Angeboten zusätzliche Hürden eingebaut werden. So können zum Beispiel die Zahnbehandlungen nicht einfach über Zuweisungen an private Zahnärzte stattfinden, weil dann Armutsbetroffene eben wieder Erlassgesuche stellen müssten. Insofern unterstützt die SP-JUSO den Nachtragskredit. Präventive und sozialmedizinische Massnahmen können und müssen nicht rentieren. Insofern ist es auch logisch, dass in diesem Bereich Verluste geschrieben werden. Das erachte ich, wie meine Fraktion auch, als genauso unproblematisch, wie dass es eben etwas kostet, wenn man eine Schwimmhalle oder eine Veloinfrastruktur erstellt. Unsere Kritik setzt an einem anderen Punkt an. Einerseits ist es auffällig, dass wir in diesem Jahr sehr viele Nachtragskredite aus verschiedenen Direktionen behandeln müssen. Angesichts des positiven Ergebnisses bei der Jahresrechnung stellt sich im Nachhinein schon ein bisschen die Frage, wie seriös das Budget gerechnet war, das dem Stadtrat vorgelegt wurde. Andererseits gilt es beim vorliegenden Geschäft auch zu beachten, dass die Schulzahnklinik der Stadt Bern, mit der gleichen Angebotspalette sehr lange wirtschaftlich gute Ergebnisse erzielt hat. Die aktuelle Schieflage, das ist in diesem Rat schon mehrfach diskutiert worden, ist auf eine Reihe von strategischen

Fehlentscheiden zurückzuführen. Offensichtlich erweist sich jetzt eben auch die Sitzzusammenlegung, die aus Spargründen gemacht wurde, als ein solcher Fehlentscheid. Die damit verbundene Kapazitätsreduktion, aber auch die längeren Wege in den Westen machen das Angebot für selbstzahlende Privatpatient*innen unattraktiv. Insofern kostet uns diese Sparrunde eben jetzt ziemlich viel Geld. Lange Zeit sorgte zudem eine problematische Personalführung für immer neue negative Schlagzeilen, was die Fachkräftesituation im schulzahnmedizinischen Dienst sicher nicht verbessert hat. Glücklicherweise konnte die Kieferorthopädie jetzt endlich wieder besetzt werden. Das ist eine der zentralen Voraussetzungen für einen rentablen Betrieb des schulzahnmedizinischen Dienstes.

Die jetzt angedachten zukünftigen Massnahmen erscheinen uns grundsätzlich richtig. Allerdings teile ich die Meinung von Nik Eugster. Ich habe auch gewisse Zweifel daran, dass die jetzigen Verhandlungen tatsächlich von Erfolg gekrönt werden. Insofern ist es sicher zentral und wichtig, dass die alternativen Optionen, also die mobilen zahnärztlichen Untersuchungen für die Schulen, forciert und rasch vorangetrieben werden, insbesondere auch, weil, wenn ein Zusammenarbeitsvertrag zustande käme, dieser erst ab 2030 wirken würde. So lange kann der schulzahnmedizinische Dienst sicher nicht so grosse Defizite schreiben. Die SP-JUSO hofft, dass der schulzahnärztliche Dienst der Stadt Bern endlich zur Ruhe kommt, damit das wichtige sozialmedizinische Angebot auch in Zukunft uneingeschränkt zur Verfügung steht.

Präsidentin: Merci, Bernadette. Gibt es Einzelvoten? – Bettina Stüssi.

Bettina Stüssi (SP), Einzelvotum: Ich fange ein bisschen früher an, ich habe jetzt etwas gesehen. Wir haben wieder einen Nachkredit. Wir haben das ein bisschen kritisiert, das ist klar. Man hat eine Sparübung gemacht und jetzt kommt man mit einem Nachkredit. Aber ich könnte jetzt eigentlich auch sagen, seit ich im Stadtrat bin – und das sind jetzt 12 Jahre – reden wir hier über die Krise im schulzahnmedizinischen Dienst; und wirklich von der Krise. Und ich sage einfach: Missmanagement, Missmanagement, Missmanagement, Missmanagement. Und jetzt haben wir die Folgen davon. Und ich finde es eigentlich eher ein bisschen peinlich, bei aller Differenziertheit, mit der heute gesprochen wurde und mit der ich sicher auch sprechen könnte. Aber ich finde es ein bisschen peinlich, dass man innerhalb von 10 Jahren immer noch nicht weiter ist, sondern jetzt so ein bisschen die Gründe wachsende Schüler- und Schülerinnenzahlen vorschiebt. Dann finde ich das auch ein bisschen: Ah, okay. Vor 10 Jahren haben wir das auch als ein Argument gehabt. Und nachher? Was macht man? Ich weiss nicht, wer hier wie rechnet. Aber was macht man? Wir haben mehr Kinder und in diesem Fall auch mehr Erwachsene, denn die Stadt Bern hat zugenommen. Sie könnten das Angebot brauchen. Aber was macht man? Man rechnet nachher mit weniger Stühlen und jetzt nimmt man das als Grund an: Ou, wir haben weniger Behandlungsraum, ou, wir haben weniger Behandlungszeit, wir haben weniger Umsatz. Also, keine Ahnung, wer hier rechnet, aber ich muss jetzt einfach sagen, das nenne ich Missmanagement und ich hoffe jetzt wirklich, dass endlich mal dieser schulzahnmedizinische Dienst – Bernadette Häfliger hat es gesagt – zur Ruhe kommt. Aber ich finde eigentlich, es dürfte noch gerade ein bisschen mehr sein. Ich hoffe einfach, dass er aus dieser Krise herauskommt und dass es vielleicht auch wieder eine gute Sache ist, dort zu arbeiten. Das Argument mit dem Fachkräftemangel und, okay, jetzt haben wir endlich wieder eine Kieferorthopädin gefunden. Ja, wenn man halt eine Kieferorthopädin rausmobbt, dann ist das natürlich nachher nicht so gut. Und das hat seine Konsequenzen und die sehen wir jetzt heute. Ich hoffe jetzt eigentlich, jetzt, da der schulzahnmedizinische Dienst von

jemandem geleitet wird, der etwas von Betriebswirtschaft versteht, dass wir spätestens in einem Jahr mit dem schulzahnmedizinischen Dienst wieder auf Kurs sind, alle Bedürfnisse decken, den Service public aufrechterhalten und wieder gute Zahlen schreiben können. Und als Tüpfchen auf dem I wäre für mich cool, wenn die Zahnärzt*innen und vor allem die, die mit Kindern arbeiten wollen, wieder beim schulzahnmedizinischen Dienst anstehen und denken: Oh ja, es wäre super, bei der Stadt Bern zu arbeiten.

Präsidentin: Danke, Bettina. Wenn es keine weiteren Einzelvoten gibt, hat Gemeinderätin Franziska Teuscher das Wort.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Ich gebe gerne zu: Es ist unschön, dass der SZMD seine Budgetvorgaben, die er im Jahr 2023 hatte, nicht einhalten kann. Der Fehlbetrag ist hoch. Ich sage, er ist zu hoch. Und deshalb muss euch der Gemeinderat den Nachkredit beantragen.

Es besteht dringender Handlungsbedarf, da bin ich mit euch einig, aber ich finde, wir haben auch Optionen, die wir in dem Sinn gezielt verfolgen. Ehrlich gesagt, finde ich es Ironie des Schicksals, wenn wir aufgrund einer externen Studie zum Schluss kommen, man solle diese Standorte als Sparmassnahme zusammenlegen. Es ist nicht der Gemeinderat. Es wurde im vorderen Votum ein bisschen unterstellt, wir könnten nicht rechnen. Es ist ein externes Büro, das uns vorgerechnet hat, dass das die Massnahme sei, die wir umsetzen sollen: ein Standort. Haben wir gemacht. Der Stadtrat hat von dieser Massnahme gewusst. Der Stadtrat hat diese Massnahme bestätigt und diese Massnahme hat nicht zu dem Erfolg geführt, den wir uns erhofft haben. Die Einsparungen, die man zwar machen konnte – man konnte diese machen bei den Mietkosten durch die Standortzusammenlegungen –, die haben stattgefunden. Aber der Erlösrückgang war grösser, als man das angenommen hatte.

Deshalb kann man sagen: Bei den Erlösen ist es so. Wir haben gedacht, dass die selbstzahlenden Patienten nicht in den Mass zurückgehen werden, wie sie zurückgegangen sind. Es ist gesagt worden, "die Stadt der kurzen Wege – 10 Minuten". Ich weiss nicht, wie lange ihr habt, um zu eurem Zahnarzt zu gehen. Für mich ist das auch nicht 10 Minuten. Zum Zahnarzt geht man einmal pro Jahr mehrheitlich, hoffentlich. Und wir haben das bei dieser Entscheid mitberücksichtigt. Ihr könnt in Wankdorf dort, wo früher der zweite Standort des SZMD war, in das Tram einsteigen. Ohne umzusteigen könnt ihr nach Bümpliz fahren, landet vor der Bümplizstrasse, könnt dort aussteigen und das Ganze geht 23 Minuten. Jetzt zu sagen, das sei ein weiter Weg, finde ich nicht ganz richtig, denn es ist nicht so, dass jene Leute, die eine sozialmedizinische Behandlung haben, nicht mehr kommen. Vielmehr kommen eben die Leute, die für den SZMD rentieren, die einen hohen Deckungsgrad haben, nicht mehr. Diese haben wohl zu einem privaten Zahnarzt oder einer privaten Zahnärztin gewechselt. Daher ist halt eben der durchschnittliche Ertrag pro Patienten/Patientin 2023 im Vergleich zu 2021 um knapp 37% zurückgegangen.

Ich muss auch meiner Fraktion etwas die Stange halten. Es ist eben nicht so, dass die Leute aus dem Osten nicht mehr nach Bümpliz kommen, sondern aus Bümpliz, aus Bethlehem kommen jetzt mehr Leute. Wir haben eben nicht einen Fehlentscheid gemacht aus sozialpolitischer Sicht. Wir sind eigentlich dorthin gegangen, wo viele Leute wohnen, die auf den SZMD angewiesen sind. Und deshalb haben wir viel mehr Leute, die halt eben weniger Ertrag für den Betrieb generieren. Jetzt kann man das kritisieren. Ich kritisiere, dass wir in unserer Budgetierung nicht gut waren, dass wir nicht die betriebswirtschaftlichen Optimierungen, die wir uns versprochen haben, umsetzen konnten. Das finde ich, ist eine Kritik, die nehme ich so gerne entgegen, denn ich finde auch,

dass wir da nicht gut unterwegs waren. Es war auch ein bisschen mit diesen FIT-Massnahmen verbunden. Aber ich finde den Umstand, dass wir jetzt den SZMD im Bümpliz, in Bethlehem konzentriert haben und so viel mehr Leute haben, die sozialpolitisch darauf angewiesen sind, die sich vielleicht vorher nicht an einen SZMD gewandt hätten, sehr positiv. Deshalb finde ich, bei aller Kritik, zumindest das haben wir erreicht, dass wir Leute erreichen, die auf den SZMD angewiesen sind, dass wir mehr von diesen erreichen. Und dem SVP-Vertreter möchte ich einfach sagen: Es geht nicht um Geflüchtete, die wir da zusätzlich behandeln. Wir haben seit dieser Zusammenlegung mehr Berner Bewohnerinnen und Bewohner aus dem genannten Umfeld.

Nik Eugster hat gesagt: Quo vadis? Dafür bin ich sehr froh, dass wir wirklich sehr genau wissen, wohin wir wollen. Wir haben nämlich genau 2 Optionen. Die eine Option ist die enge Zusammenarbeit des SZMD mit den zahnmedizinischen Kliniken. Dabei ist es nicht so, dass man sich gegenseitig die Schuld zuweist, dass man nicht weiter vorangekommen ist. Wir haben, ich weiss nicht mehr genau in welchem Jahr, aber aufgrund dieser externen Überprüfung, die wir gemacht haben, gesagt, wir wollen die Zusammenarbeit des SZMD mit den ZMK. Wir haben das auch aufgelegt, aber die Universität hat nachher entschieden: Nein, es gibt auf dem Uniareal keinen gemeinsamen Standort für SZMD und ZMK. Also sie können das gar nicht umsetzen. Und deshalb verstehe ich, dass die ZMK sagten: Ja, wenn wir nicht einen gemeinsamen Standort haben, können wir das nicht umsetzen. Man hat nachher gesagt, der Zeithorizont für einen möglichen Standort auf dem Inselareal sei 2030. 2030 ist es jetzt auch wieder nicht. Jetzt ist es 2035. Also, daran ist es ein bisschen gescheitert, dass wir nicht schneller vorwärtsgelassen sind. Aber nichtsdestotrotz haben wir letztes Jahr von beiden Seiten – Stadt und Kanton, ZMK – gesagt: Nein, wir sehen Synergien. Wir wollen eine Zusammenarbeit und gleisen sie auf. Ich kann euch sagen, ich bin zufrieden, wie die Verhandlungen laufen. Wir werden euch die Resultate in diesem Jahr präsentieren können. Das ist etwas, was ich mir vorgenommen habe. Ich will eine Lösung für meine/n Nachfolgerin/Nachfolger. Es ist nicht so, wie die Bettina Stüssi gesagt hat, dass seit 10 Jahren der SZMD immer in Schieflage ist. Joy Matter – und die war weiss Gott schon vor Langem Gemeinderätin der Stadt Bern – hat mir gesagt: Schau, der SZMD ist immer ein finanzielles Problem gewesen. Er brauchte immer Geld und wir waren nie ganz zufrieden. Ich hoffe, dass wir eine Lösung hinkriegen, über die man politisch entscheidet. Ich sage nicht, diese Lösung sei erfolgreich. Es ist eine politische Entscheidung, wie eng man mit den ZMK zusammenarbeiten will und wie man das will, aber ich werde euch eine Lösung bringen, bei der ihr nachher politisch darüber entscheiden könnt, in welcher Art und Weise ihr mit den ZMK zusammenarbeiten wollt. Und wenn das nicht gelingt, haben wir ja schon im vergangenen Jahr die Strategie der Optimierung festgelegt. Hier haben wir auch den Zeithorizont 2028. Bis dann wollen wir unsere Strategie umgesetzt haben. Um unsere Strategie umzusetzen, die Optimierungen hinzukriegen, wollen wir ja viele Untersuchungen eben nachher in den Schulen vor Ort machen, damit wir auch effizienter arbeiten können. Das ist ein organisatorischer Aufwand. Den haben wir auch schon angedacht. Wir wollen, wenn alle Stricke mit den ZMK reissen, gut vorbereitet sein, um die zweite Option umzusetzen. Und ich kann euch aber sagen: Wir haben auch eine dritte Option, an deren Umsetzung wir arbeiten. Das sind nämlich die Sofortmassnahmen, die wir für 2024 aufgelegt haben. Daran arbeitet der Leiter des SZMD mit seinem Team. Und dazu kann ich euch sagen: Im ersten Quartal sieht es mal gut aus, die Umsetzungen, die wir uns hier vorgenommen haben, konnten wir auch umsetzen. Daher hoffe ich, dass wir in diesem Jahr auch die Klärung des SZMD hinkriegen. Mir ist es wichtig, dass wir ein sozialpolitisches Engagement haben in dieser Stadt. Ihr wisst alle, dass Zahnarztrechnungen extrem hoch sind. Das können sich viele Leute nicht

mehr leisten. Hier müssen wir weiterfahren, aber ich möchte eine gute, nachhaltige Lösung meiner Nachfolgerin oder meinem Nachfolger übergeben können und daher, danke, wenn ihr dem Nachkredit zustimmt.

Präsidentin: Merci, Franziska. Wir sind bei der Abstimmung.

Abstimmung Nr. 006

2014.BSS.000026: Nachkredit

Annahme

Ja	58
Nein	4
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt dem Kredit zugestimmt.

2018.SR.000174

6 Interpellation Erich Hess (SVP) - übernommen durch Janosch Weyermann (SVP): Sozialbehörde in der Stadt Bern

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 6, das ist eine Interpellation der SVP. Sie wünschen die Diskussion nicht und darum haben sie eine Minute das Wort. Bernhard Hess.

Bernhard Hess (SVP) für die Einreichenden: Die letzten 3 Jahre habe ich der Sozialhilfekommission als Parteienvertreter angehören dürfen und ich stelle fest. Die Funktion der Sozialhilfekommission ist tatsächlich strategischer Art. Die Realität ist, dass sich die städtischen Behörden vielen kantonalen Vorgaben unterordnen müssen. Deswegen sind wir an und für sich zufrieden mit der Antwort des Gemeinderates, auch wenn wir zu bedenken geben, dass es doch ein wenig bedenklich ist, wenn eine solche Vorlage erst ein halbes Jahrzehnt später ins Parlament kommt.

An dieser Stelle möchte ich nicht unterlassen, den ehemaligen Kolleginnen und Kollegen der Sozialhilfekommission zu danken für ihre gewissenhafte Arbeit und ich bitte Sozialdirektorin Franziska Teuscher doch darum, den Dank noch weiterzuleiten, denn es war damals so, dass ich sofort aus der Kommission austreten musste, weil ich in den Stadtrat nachrutschte. Ich bitte, das noch zu machen. Wie gesagt sind wir zufrieden mit der Antwort des Gemeinderats.

2019.SR.000190

7 Interpellation Erich Hess (SVP) - übernommen durch Janosch Weyermann (SVP): Ausländeranteil in der Sozialhilfe

Präsidentin: Herzlichen Dank, Bernhard. Dann kommen wir schon zu Traktandum Nummer 7. Das ist wieder eine Interpellation der SVP. Wird von den Einreichenden die Diskussion gewünscht? – Nein. Dann habt ihr noch einmal eine Minute für euer Votum, wenn ihr das wollt. Noch einmal Bernhard Hess.

Bernhard Hess (SVP) für die Einreichenden: Im Zusammenhang mit den Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfängern ist es natürlich so, dass wir die Situation haben, die wir ja gerade heute auch ein bisschen durchdiskutiert haben, nämlich, dass die Stadt Bern eigentlich sehr viele dieser Menschen einfach so ein bisschen detachiert, und zwar in den Stadtkreis 6 Bümpliz/Bethlehem, wo ich übrigens wohne, ziemlich genau im Zentrum. Ich bin auch seit längerer Zeit Mitglied der Schulkommission Bethlehem und es kann nicht wegdiskutiert werden, dass es natürlich immer mehr sehr grosse Spannungen gibt zwischen den Menschen, die vielleicht noch im Arbeitsprozess sind, die immer mehr kämpfen müssen auch im gesellschaftlichen Leben. Auf der anderen Seite hat man natürlich die vielen Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger. Die linksliberalen Gut- und Besserverdiener, Sahra Wagenknecht hat das so formuliert, im akademischen Milieu zum Beispiel im Schönberg, in der Lorraine oder im Breitenrain sind natürlich recht dankbar, wenn man die Sozialhilfeempfänger eben in den Westen verfrachtet.

Die Präsidentin weist den Votanten daraufhin, dass die Redezeit abgelaufen ist.

Ich komme zum Schluss. Es ist tatsächlich so, dass wir mit der Antwort teilweise zufrieden sind. Danke für die Kenntnisnahme.

Präsidentin: Danke, Bernhard.

2021.SR.000026

**8 Motion Seraina Patzen (JA!) - übernommen durch Anna Leissing (GB):
Ein mobiles Gesundheitszentrum in Bern!**

Präsidentin: Dann sind wir bei Traktandum Nummer 8, einer Motion von Seraina Patzen übernommen von Anna Leissing: "Ein mobiles Gesundheitszentrum in Bern." Die Motion ist bestritten und ich erteile den Einreichenden das Wort. Anna Leissing.

Anna Leissing (GB) für die Einreichenden: Das Anliegen der Motion von Seraina Patzen ist einfach und überzeugend. Mit einem mobilen Gesundheitszentrum soll die medizinische Grundversorgung auch für finanziell schwache und sozial marginalisierte Gruppen zugänglich gemacht werden. Die Motion reagiert damit auf ein Problem, das sich im aktuellen Kontext noch verschärft haben dürfte. Steigende Lebenskosten, Mieten, Prämien setzen dem Budget zu. Armutsbetroffene und Menschen in prekären Lebensumständen wissen häufig nicht mehr, wie sie bis Ende Monat über die Runden kommen sollen, geschweige denn sich eine teure Behandlung oder auch nur eine Konsultation leisten und schon gar nicht präventiv. Es gibt offenbar immer noch Leute, die die Dringlichkeit des Anliegens nicht sehen, Leute, die sagen: Es gibt doch Angebote. Es gibt doch Sozialhilfe, Krankenkassen-Prämienvorbilligungen. Darum möchte ich gerne noch einmal etwas genauer hinschauen, denn wenn man das macht, wird schnell klar: Diese Motion ist notwendig. Auch mit der Krankenversicherung, das wissen wir alle, fallen Kosten für jede medizinische Behandlung an. Zuerst einmal die Franchise: Bei Wenigverdienenden ist diese meistens auf dem Maximum von 2'500 Franken. Und vielleicht erinnert ihr euch an die Armutsstatistik des BFS von 2019, die doch recht schockierend festgestellt hat, dass 20%, also jede 5. Person in der Schweiz, unerwartete Ausgaben in der Höhe von 2'500 Franken nicht stemmen kann.

Neben der Franchise ist auch der Selbstbehalt mitzudenken, Transportkosten oder Medikamente, die von der Krankenkasse nicht übernommen werden. Ganz allgemein werden die Kosten für die Zahnmedizin nicht übernommen, die definitiv zu den teureren Behandlungen gehört. Der Stundenansatz für eine zahnärztliche Behandlung liegt bei 500 Franken.

Diese Zahlen sind schon für Wenigverdienende oder vielleicht auch einfach Normalverdienende hoch. Wenn wir uns jetzt vorstellen, dass ein Mensch von Sozialhilfe lebt oder noch prekärer keine Sozialhilfe beziehen kann oder will, wird ganz deutlich, dass das Anliegen der Motion nur schon in Bezug auf die finanzielle Zugänglichkeit höchst relevant ist. Neben den finanziellen gibt es aber auch andere Hürden. Von Sarah Rubin haben wir vorhin in Bezug auf den medizinischen Dienst gehört, wie stark auch die Faktoren Distanz und Zeit ins Gewicht fallen. Gerade auch für sozioökonomisch schlechter gestellte Menschen, die ihre Zeit verkaufen müssen, also zu 100% und mehr mit Lohnarbeit beschäftigt sind. Es gibt weitere Hürden, die den Zugang erschweren, gerade für sozial marginalisierte Menschen, Menschen ohne festen Wohnsitz, Drogenabhängige, Menschen, die Angst vor Kontrolle und Repression haben, die Stigmatisierung, Scham. All das kann Menschen davon abhalten, eine medizinische Praxis aufzusuchen. Wenn also das Ziel sein soll, dass alle Zugang zu medizinischer Grundversorgung haben, und die Menschen keinen Zugang haben, nicht zur Medizin hingehen, dann muss die Medizin zu den Menschen. Das ist ein Ansatz, der an verschiedenen Orten und in verschiedenen Varianten praktiziert wird. Es gibt mobile Gesundheitszentren in verschiedenen Ländern des globalen Südens, wo das Thema der Distanzen und die Frage der Zugänglichkeit noch viel eklatanter ist. Der Gedanke, Dienstleistungen zu den Menschen zu bringen, findet sich aber auch in der aufsuchenden Sozialarbeit oder in psychiatrischen Interventionen, wenn eine Behandlung im gewohnten Umfeld und im gewohnten Familiensystem Sinn macht. Das Anliegen der Motion ist also höchst relevant, vor allem auch in den aktuellen sich überlagernden Krisen mit ihren Folgen für die psychische und physische Gesundheit.

Die GB/JA!-Fraktion geht einig mit dem Gemeinderat, dass es eine vertiefte Abklärung braucht, die den Bedarf je nach Personengruppe, bestehende Angebote, Lücken und mögliche Lösungsvorschläge untersucht. Die Fragen, die der Gemeinderat stellen will, scheinen uns ebenfalls sinnvoll. Ergänzend dazu scheint es uns zentral, dass bei der Analyse eine ganzheitliche Perspektive auf die Gesundheit eingenommen wird und bei der medizinischen Grundversorgung auch eben die Zahnmedizin und die psychische und mentale Gesundheit mitgedacht wird. Wichtig ist auch, dass schliesslich auf der Basis dieser Analyse auch tatsächlich ergänzende Angebote im Sinn der Motion angedacht und angepackt werden.

Weil es uns also im ersten Schritt vor allem darum geht, die genannten Fragen zu untersuchen, wandeln wir in ein Postulat und danken euch für eure Unterstützung.

Präsidentin: Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Nora Krummen für die SP-JUSO-Fraktion.

Nora Krummen (SP) für die Fraktion: Anna Leissing hat schon ausführlich begründet, wieso es viele Menschen gibt, die von einer solchen mobilen Praxis profitieren könnten und es eine Lücke in der Grundversorgung gibt. Deshalb gehe ich in meinem Votum nicht mehr weiter auf diesen Punkt ein.

Wir gehen mit der Motionärin einig, dass es in der Grundversorgung von Armutsbetroffenen in der Stadt Bern eine Lücke gibt. Menschen, die von Armut betroffen sind,

haben häufig keinen oder keinen ausreichenden Zugang zur medizinischen Versorgung. Eine Versorgung findet häufig erst dann statt, wenn sie in einer Notaufnahme eines Spitals vorstellig werden. Häufig sind die Probleme schon weit fortgeschritten, die Behandlung schwieriger und das Ergebnis schlechter, als wenn frühzeitig interveniert worden wäre. Das Argument, dass eine Versorgung in einer mobilen Praxis keinen Sinn macht, da die Möglichkeiten sehr eingeschränkt sind, teilen wir nicht. Eine klinische Untersuchung, das Abnehmen von Blut, Versorgung kleineren Wunden, Medikationsanpassungen, Nachkontrolltermine und vieles mehr ist auch in einer mobilen Praxis möglich. Auch in vielen stationären Hausarztpraxen gibt es heute kein eigenes Labor mehr und das Blut wird eingeschickt. Röntgen- und andere apparative Untersuchungen finden häufig auch nicht mehr in Hausarztpraxen statt. In einer mobilen Praxis ist sehr vieles von der Grundversorgung möglich und ermöglicht insbesondere auch, die Behandlung frühzeitig in die Wege zu leiten und chronische Probleme enger zu begleiten. Das führt nicht nur zu geringeren Kosten, weil Spitalaufenthalte vermieden werden können. Es verbessert insbesondere den Outcome für die Patient*innen. Einen weiteren Vorteil sehen wir auch für die Versorgung von Sans-Papiers. Auch wenn sich jemand nur aus Angst vor Ausschaffung nicht zur stationären Versorgung traut, sich aber einer mobilen Praxis vorstellt, ist das ein Erfolg. Aus diesen Gründen werden wir als SP-JUSO-Fraktion das Postulat unterstützen. Danke für eure Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Merci, Nora. Als nächster Oliver Berger für die FDP/JF-Fraktion.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Wir von der Fraktion FDP-Jungfreisinn lehnen die Motion "Mobiles Gesundheitszentrum" ab. Für das Anliegen, für die Obdachlosen oder Armutsbetroffenen eine medizinische Grundversorgung zu gewährleisten, haben wir durchaus Verständnis. Der Weg dazu führt aber nicht über ein zusätzliches Angebot wie ein mobiles Gesundheitszentrum. Es gibt auf dem Platz Bern bereits genug Spitalkapazitäten. Es gibt auch eine gute Notfall-Struktur. Es ist nicht so, dass die bisherigen Angebote verstopft wären oder aber nicht ausreichen. Es braucht deshalb auch kein zusätzliches ambulantes Spital, das die Klienten spezifisch auf der Strasse aufsucht. Schon nur um für die korrekte Anamnese vor Ort die richtigen medizinischen Fachpersonen gerade in der Equipe zu haben, wäre eine riesige Herausforderung, weil es sehr personalintensiv wäre.

Zudem werden viele der vordergründig medizinischen Problemfälle in der Allgemeinheit oder auch auf der Strasse durch psychosoziale Faktoren ausgelöst. Es sind vielfach psychosoziale Herausforderungen. Auch in diesem Fall gibt es schon entsprechende Angebote, wie zum Beispiel die regionale Anlaufstelle für psychosoziale Fälle. Die Fraktion FDP-Jungfreisinn lehnt deshalb die Motion ab und wird auch das Postulat nicht unterstützen. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Vielen Dank, Oliver. – Dann kommen wir zu den Einzelvoten. – Dann hat Gemeinderätin Franziska Teuscher das Wort.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: In der Frage der Gesundheitsversorgung von Menschen mit kleinen Einkommen, Menschen, die vulnerabel sind, aber am Rand unserer Gesellschaft stehen, sind sich der Gemeinderat und die Motionärinnen und Motionäre einig. Der Gemeinderat hat zu dieser Frage bis anhin einen etwas anderen Weg eingeschlagen. Wir haben nämlich diskutiert, ob die Stadt Bern nicht wie andere Städte wieder ein Stadtarzt- oder -ärztinnenamt braucht, weil diese Person auch vielen der

Aufgaben, die in der Motion aufgezählt sind, nachkommen könnte. Darum hat der Gemeinderat auch in seiner Finanzplanung für das Jahr 2025 einen Betrag eingestellt, mit dem er gerne eine Studie machen möchte, um zu schauen, wie man den Wunsch oder den Bedarf, den der Gemeinderat geortet hat, umsetzen kann, damit die wichtigen Funktionen für eine gute Gesundheitsversorgung für alle Menschen in der Stadt Bern sichergestellt werden können. Der Gemeinderat hat in seiner Diskussion aber auch noch Themen festgestellt, von denen wir finden, dass sie in der Stadt Bern bis anhin ungenügend behandelt wurden. Das sind Public Health-Aufgaben, beispielsweise im Zusammenhang mit der Pandemie, beispielsweise im Zusammenhang mit dem Klimawandel, beispielsweise im Zusammenhang mit Veränderungen, die es gibt, Stichwort Tigermücke. Dazu, muss man sagen, sind wir in der Stadt Bern nicht so gut aufgestellt, denn unser Gesundheitsdienst hat in zwar während der Pandemie eine Rolle in dieser Art und Weise aufgenommen. Aber eigentlich sind die Hauptaufgabe des Gesundheitsdienstes Kinder und Jugendliche. Darum möchte der Gemeinderat sich überlegen, wie man gut für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet sein kann, auch im Bereich Public Health.

Wenn Oliver Berger sagt, es gebe genügend Angebote in dieser Stadt, auch für die Personengruppen, die bei dieser Motion gemeint sind, muss ich sagen: Nein, Oliver. Das gibt es leider nicht. Wir haben schon im letzten Jahr Gespräche geführt mit Spitälern, mit Organisationen. Und diese sagen einfach: Wir haben auch nicht die Möglichkeit Leute, die vielleicht ein bisschen mehr Betreuung brauchen, Leute, die vielleicht eben keine Krankenkassen haben – das gibt es ja tatsächlich auch – zu handhaben. Und daher ist es wichtig, wenn wir sagen, dass die Gesundheitsversorgung, der Zugang zu einer guten Gesundheit, auch in der Stadt Bern gesichert sein muss, dass wir hier vorwärts machen. Für den Gemeinderat ist klar, dass wir kein Angebot in einem Bereich schaffen werden, wo es schon etwas gibt. Wir werden nicht in Konkurrenz zu privaten Organisationen oder zu privaten Praxen treten, sondern wir wollen mit einer Analyse wirklich schauen, wo die Lücken sind und uns nachher überlegen, wie wir diese Lücke am besten füllen können. Geht das mehr Richtung Stadtärztin oder Stadtarzt oder geht das mehr Richtung mobile Sachen? Da muss man eben eine saubere Analyse machen, damit man nachher auch ein gutes Gesundheitssystem für alle zur Verfügung stellen kann. Und daher bin ich froh, dass die Motionärinnen gesagt haben, sie wandelten in ein Postulat. Ich hoffe natürlich dann, dass ihr im Rahmen der Budgetdebatte dem Kredit auch zustimmt, dass man 2025 wirklich genau schauen kann, wo wollen wir was in der Stadt Bern etablieren mit dem Ziel, das wir, glaube ich, hier drin alle haben, allen Menschen in der Stadt Bern unabhängig von ihrem Einkommen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus eine gute Gesundheitsversorgung sicherstellen zu können. Merci.

Präsidentin: Danke, Franziska. Wir kommen zur Abstimmung. Es wurde in ein Postulat gewandelt, wenn ich es richtig verstanden habe.

Abstimmung Nr. 007

2021.SR.000026: als Postulat

Annahme

Ja	56
Nein	5
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt das Postulat angenommen.

2024.TVS.0037

9 Velostation Bahnhofzugang Länggasse; Ausführungskredit (Investitionskredit) und Kredit für wiederkehrende Ausgaben (Betrieb der Velostation) 1. UG, Erhöhung Projektierungskredit (Nachkredit) 2. UG

Präsidentin: Dann sind wir bei Traktandum Nummer 9. Es geht um einen Nachkredit. Ich erteile gern der Kommission das Wort. Für die PVS Nicole Silvestri.

Nicole Silvestri (SP) für die PVS: Wir befinden heute über den Ausführungskredit für die Erweiterung der geplanten Velostation, sowie die Erhöhung des Projektierungskredits für ein zusätzliches Untergeschoss. Der Hintergrund des Geschäfts ist der Mangel an Veloabstellplätzen im Bereich Sektor Nord. Die Stadt geht davon aus, dass bis 2030 im Bereich Sektor Nord 700 Veloabstellplätze fehlen werden. Um eine Lösung zu finden, hat die Stadt verschiedene Optionen geprüft. Es hat sich als grosse Herausforderung herausgestellt, kostengünstige und sinnvolle Standorte für die Veloparkierung zu finden. Jetzt hat sich mit dem Grossprojekt Zukunft Bahnhof Bern (ZBB) eine Möglichkeit ergeben. Die SBB muss nämlich die Veloabstellplätze an der Schanzenstrasse aufheben und plant als Ersatz eine neue Velostation.

Die Stadt hat die Chance, diese Station zu vergrössern. Erstens soll das erste UG um 250 Plätze erweitert werden, also insgesamt 750 Plätze, und zweitens soll ein zusätzliches UG mit weiteren 450 Plätzen realisiert werden. Damit würden bis 2030 nicht mehr 700, sondern nur noch 150 Veloparkplätze fehlen.

Noch ein paar Eckdaten zu der Finanzierung: die SBB bezahlt die gesamte Projektierung des ersten UGs, also inklusive der zusätzlichen Plätze, die die Stadt wünscht, sowie die Realisierung der 500 Veloparkplätze im ersten OG. Das sind die Plätze, die eben an der Schanzenstrasse aufgehoben werden und die die SBB ersetzen muss. Die Realisierung der 250 zusätzlichen Veloparkplätze im ersten UG muss natürlich die Stadt zahlen. Das kostet 4,3 Mio. Franken. Davon können voraussichtlich 2,4 Mio. aus dem Agglomerationsprogramm entnommen werden. Die Betriebskosten der neuen Velostation im ersten UG und bei der Schanzenbrücke machen 107'000 Franken pro Jahr aus. Für das zweite UG wird eine Erhöhung des Projektierungskredits um 300'000 Franken beantragt.

Ich gehe kurz auf 3 Punkte ein, die wir in der Kommission diskutiert haben. Das erste sind natürlich die Kosten. Das Projekt ist teuer. Insbesondere die Projektierungskosten für das zweite UG haben für Diskussionsstoff gesorgt. Uns wurde erläutert, dass die hohen Kosten auch mit den Rahmenbedingungen zu tun haben. Der Perimeter ist nicht einfach zu bearbeiten, und die Ingenieur*innen-Ansätze entsprechen den Marktpreisen. Uns wurde dargelegt, dass sich dieses Projekt als die kostengünstigste und sinnvollste Möglichkeit erwiesen hat, um den Mangel an Veloparkplätzen am Bahnhof zu beheben. Es sei ausserdem die einzige Option, die für die Velofahrer*innen aus der Länggasse keinen Umweg bedeutet, die eine grosse Kapazität hat und einen direkten Zugang der Velostation zu den Gleisen ermöglicht. Der zweite Diskussionspunkt ist die Attraktivität des zweiten Untergeschosses. Dafür ist wichtig zu erwähnen, dass das erste UG von der Schanzenstrasse ebenerdig erreichbar ist. Es ist kein eigentliches Untergeschoss. Und für das zweite UG muss dann der/die Nutzer*in sein/ihr Velo also einfach einmal hinunterschieben. Diese Rampe ist leider aufgrund der Platzverhältnisse und der Steigung nicht befahrbar. Wir haben in der Kommission darüber diskutiert, ob jetzt die Gefahr besteht, dass es deshalb nicht genügend genutzt wird. Hingegen sprechen die

Erfahrungen mit der Station Milchgässli, wo die Rampe sogar noch länger ist und ebenfalls nicht befahren werden kann, dass diese Station trotzdem stark genutzt wird, und dass der direkte Zugang zu den Gleisen sehr geschätzt wird. Der dritte Punkt: Die Erweiterung des ersten UG und der Bau des zweiten UG müssen im selben Zug passieren, weil diese Station in einem riesigen Schacht entsteht, der von unten aufgefüllt wird. Es ist also technisch nicht möglich, zuerst das erste UG zu bauen und die Station allenfalls um ein weiteres Geschoss zu erweitern.

Die Kommission hat sich von diesem Projekt überzeugen lassen und hat der Erweiterung des ersten UG einstimmig bei einer Enthaltung und dem Projektierungskredit für ein zweites UG mit einer Gegenstimme bei einer Enthaltung zugestimmt.

Ich komme zum Fraktionsvotum für die SP-JUSO. Wir haben in der Fraktion über ähnliche Punkte diskutiert wie in der Kommission: über die Kosten und die Attraktivität des zweiten UG. Wir sind zum Schluss gekommen, diese Investition lohne sich und sie sei nötig. Es ist eine Herkulesaufgabe, gute Standorte zu finden und damit hat die Stadt jetzt wirklich eine einmalige Chance. Die Erfahrungen mit der Milchgässli-Velostation haben gezeigt, dass eine kurze Rampe, wo man schieben muss, kein Killerkriterium für die Nutzer*innen ist. Wichtig ist, dass man von der Station schnell und direkt zu den Gleisen kommt und das ist hier der Fall. Für uns ist klar: Bern muss in Zukunft weiterhin und noch stärker aufs Velo setzen. Mit diesem Projekt kann eine wichtige Infrastruktur geschaffen werden, um den Veloverkehr weiter zu fördern. Der Bereich um den Bahnhof muss hohe Personenströme aushalten. Wenn die Pendler*innen für den Weg zum Bahnhof das Velo nehmen, dann ist das eine grosse Entlastung für den ÖV, für die Trottoirs, für die Strasse, ein Beitrag zum Klimaschutz und positiv für uns alle. Es braucht genügend Möglichkeiten, um das Velo abzustellen, und die vorliegende Option ist die beste und günstigste Variante. Deshalb stimmt die SP-JUSO den beiden Krediten zu. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Nicole. Wir sind bei den Fraktionsvoten angelangt. Tanja Milanovic für die GFL-Fraktion.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Fraktion: Man hat mir gesagt, das sei ein ganz wichtiges Geschäft und ich müsse unbedingt etwas Gutes dazu sagen. Das mache ich jetzt. Wir finden die Veloabstellplätze wirklich wahnsinnig wichtig – einfach für die ganze Mobilitätspolitik in der Stadt Bern. Uns gefällt vor allem, dass es einfach auch einen bottom-down-Ansatz verfolgt und konkrete Anreize schafft, statt einfach irgendwie zu reglementieren oder zu überregulieren. Es ist sozusagen eine sanfte Revolution von unten, finden wir. Super, unterstützen wir gerne. Danke.

Präsidentin: Merci, Tanja. Dann kommt Katharina Gallizzi von der GB/JA!-Fraktion.

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion: Wir haben es von der Kommissionssprecherin schon gehört: Es gibt um den Bahnhof viel zu wenige Velo-Abstellplätze. Das ist schon lange so, aber das verschärft sich. Die Situation verschärft sich im Moment durch die ZBB-Baustellen zusätzlich und sowohl im Hirschengraben wie auch auf der Schanzenstrasse wurden Veloparkplätze geräumt. Und schon vor dieser Räumung hat es eigentlich immer zu wenige Abstellplätze gegeben. Wir von der GB/JA!-Fraktion setzen uns deshalb seit Jahren für genügend gut zugängliche, kostenlose Veloparkplätze ein. Momentan setzt die Stadt für die Bekämpfung dieses Problems vor allem auf Velostationen. Das ist auf der einen Seite verständlich, denn der Platz rund um den Bahnhof ist beschränkt und muss sehr vielen Nutzungsansprüchen gerecht werden. Deshalb ist

es doch naheliegend, dass man versucht, den bestehenden Platz möglichst mehrschichtig zu nutzen, indem man zum Beispiel einfach in den Boden hinuntergräbt und dort eine Velostation baut.

Allerdings sind Velostationen nicht einfach ein Wundermittel. Sie haben auch Nachteile, wie wir auch hier schon oft betont haben. Wer mit dem Velo unterwegs ist, macht das auch, damit er/sie schnell und unkompliziert von A nach B kommt. Jeder Umweg – zum Beispiel in eine Velostation – reduziert die Attraktivität des Velofahrens. Wenn es dann zusätzlich noch so ist, dass man für den Parkplatz in einer Velostation auch noch zahlen muss, wird der Parkplatz nicht mehr genutzt. Das sieht man schön, wenn man die Auslastungen der Velostationen anschaut. Um dieser Problematik entgegenzuwirken, ist in der Velostation Welle 7 und Postparc ein Pilotversuch mit 24 Stunden-Gratisparkierung gestartet worden. Wir finden diesen Ansatz sehr wichtig, und es ist für uns auch ganz klar, dass die Gratisparkierung in der neuen Velostation Länggasse gelten muss. Wir begrüßen deshalb, dass es laut Vortrag so geplant ist und jetzt schon in die Betriebskosten eingerechnet wird, und wir werden ganz sicher den SVP-Antrag ablehnen, der das verhindern will. Dass der erste Stock der Velostation Länggasse gebaut werden muss, ist aus unserer Sicht ganz klar unbestritten. Er ist ein Ersatz für die Abstellplätze, die aufgrund des neuen Bahnhofzugangs wegfallen. Zudem ist es natürlich auch sinnvoll, hier die zusätzlichen 250 Plätze zu bauen und die diversen Massnahmen umzusetzen, die die Velostation attraktiver machen. Auch die Verbindung zur Velostation Schanzenbrücke bietet Verbesserungen, vor allem auch für die Mitarbeitenden dieser Station. Deshalb stimmen wir dem Investitionskredit klar zu.

Ein bisschen mehr zu diskutieren gab bei uns wie in allen anderen Fraktionen der Bau des zweiten Untergeschosses. Ein solcher Ausbau ist natürlich vor allem sinnvoll, wenn Velostationen auch wirklich genutzt werden. Aber wie die Kommissionssprecherin gesagt hat, kann man jetzt nicht einfach sagen: Wir machen jetzt einmal nichts und dann schauen wir dann einmal. Denn wenn man das erste Untergeschoss baut, muss man gleichzeitig auch das zweite Untergeschoss bauen respektive man muss es vor allem auch gleichzeitig projektieren. Darum werden wir dem Projektierungskredit zustimmen. Allerdings finden wir, bevor man dann wirklich anfängt zu bauen, würde uns schon noch wundernehmen, was die Gratisparkierung im Postparc und in der Welle 7 so gebracht hat. Ist durch das Gratisregime die Attraktivität und die Auslastung der Velostationen wirklich erhöht worden? Und falls sich zeigen sollte, dass das nicht der Fall ist, finden wir, man müsste zusätzliche Massnahmen planen, anstatt einfach nur immer – Also nein, wir sind nicht dagegen, dass man die Velostation baut, aber ich finde, es braucht einfach auch noch Begleitmassnahmen zum Beispiel, dass man, wie wir das auch schon gefordert haben, nicht nur 24 Stunden gratis parkieren kann, sondern auch länger. Es würde Pendler*innen, die zum Beispiel über das Wochenende weg sind, auch die Möglichkeit geben, das Velo mal ein bisschen länger stehen zu lassen, oder dass auch Leute, die über ein Wochenende verreisen wollen, trotzdem auch mit dem Velo zum Bahnhof kommen können und ihr Velo dann gratis parkieren können. Wie wir schon beim Kredit für die Velostation Welle 7 gesagt haben, sind für uns Velostationen ein Teil der Lösung des Velo-Parkierungsproblems rund um den Bahnhof.

Das im Vortrag beschriebene Ziel des Gemeinderats, grosse Teile der Veloparkierung schrittweise von der Oberfläche in den Untergrund, in die Velostationen zu verlegen, um im Oberflächenraum andere Nutzungen zu machen, teilen wir aber nur bedingt. Es braucht neben den Velostationen unbedingt auch genug oberirdische, einfach zugängliche Abstellplätze, sodass man schnell sein Velo hinstellen, schnell irgendwo hingehen und wieder zurückkommen kann, ohne dass man irgendwie den Umweg in eine solche

Station machen muss. Nur so ist die Attraktivität des Velofahrens in der Stadt gewährleistet, und nur so können die sehr ambitionierten Ziele für die Umlagerung des Modalsplits und auch das städtische Klimaziel wirklich erreicht werden.

Präsidentin: Danke, Katharina. Dann kommt Thomas Hofstetter für die FDP/JF-Fraktion.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Ich mache es kurz. Das meiste wurde schon gesagt. Die FDP hat die gleichen Abwägungen gemacht wie meine Vorrednerinnen. Aber die Fraktion FDP/Jungfreisinn wird beiden Krediten grossmehrheitlich zustimmen; das nach einer sorgfältigen Güterabwägung. Für uns sind die Kosten für diese Velostation zwar extrem, sogar unverhältnismässig hoch. Auf der anderen Seite ist es eine einzigartige Gelegenheit, einen Raum für eine Velostation zu nutzen. Der Umstand, dass man das Vorhaben nur jetzt umsetzen kann und dass sonst der wertvolle und für eine Velostation ideal gelegene Raum für immer verloren geht, hat den Ausschlag gegeben. Danke.

Präsidentin: Danke, Thomas. Als nächstes kommt Janosch Weyermann von der SVP-Fraktion.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion: Wie ihr seht, haben wir 2 Anträge eingereicht, bei denen es um den Verzicht auf die Gratisparkierung in der neuen Velostation geht. Wir haben in der Kommission die Fragen gestellt. Das würde ja Zusatzeinnahmen bringen von rund 80'000 Franken pro Jahr. Und wie sich gezeigt hat bei den anderen Velostationen, hat das eigentlich nicht grosse Auswirkungen auf die Auslastung gehabt. Es gibt immer noch Velostationen, die nicht gut ausgelastet sind und deshalb sehen wir auch nicht genau, warum das jetzt hier gemacht werden soll, nebst dem ersten UG, für das wir den Bedarf sehen, weil eben auch Parkplätze aufgehoben werden. Wir sind ja immer für solche Parkplatzkompromisse: Wenn man irgendwo Parkplätze aufhebt, sollen irgendwo andere entstehen können. Also, hier ist es ja so, dass 500 abgebaut werden sollen im Zusammenhang mit dem Ausbau des Bahnhofs. Darum ist es völlig legitim – und wir sehen den Bedarf –, dass dort auch zusätzliche 500 wieder entstehen sollen, plus die 250, die die Stadt bestellt, und für die sie für die Finanzierung selbst aufkommt. Das sehen wir alles im gleichen UG.

Aber das mit dem zweiten UG – das wird dann natürlich nachher schon sehr, sehr teuer und das steht für uns einfach wirklich in keinem Verhältnis, für 11 Mio. Franken einfach noch ein paar hundert Veloparkplätze zu bauen. Und deshalb muss ich natürlich Katharina Gallizzi darin recht geben, dass man vielleicht künftig auch prüft, eben mehr Fahrradparkplätze auch im Obergeschoss, also sprich, eigentlich in der Aussenfläche zu planen, aber nicht irgendwie aus Klimagründen oder weil wir fänden, das sei besser für die Velofahrer, sondern einfach aus Kostengründen. Es ist natürlich massiv günstiger, wenn man nicht in den Boden runter muss, sondern die Veloparkplätze an der Oberfläche machen kann. Und darum bitte ich euch doch hier wirklich, unserem Antrag 2 zu folgen, auf das zweite UG zu verzichten, weil es eben heute Velostationen gibt, die wirklich nicht ausgelastet sind. Wir haben nichts gegen das erste UG. Und ich bitte euch, doch auch den Antrag Nummer 1, bei dem es um die Gratisparkierungsstreichung geht, zu folgen. Besten Dank.

Präsidentin: Merci, Janosch. Gibt es Einzelvoten? – Dann hat das Wort für den Gemeinderat Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Besten Dank an die Referentin für das gute Vorstellen dieses Geschäfts.

Im Umfeld des Bahnhofs besteht nach wie vor ein grosser Mangel an Veloabstellplätzen. Mit der neuen Velostation Bahnhofzugang Länggasse kann das Angebot deutlich erweitert werden. Die neue Velostation bietet attraktive und gut erschlossene Veloabstellplätze mit einer guten und nahen Anbindung an den ÖV. Wenn wir die stadtverträgliche und klimaschonende Mobilität weiter vorantreiben wollen, braucht es genau solche Lösungen, denn die geplante Velostation ist direkt mit den Publikumsanlagen der SBB und dem neuen Tiefbahnhof RBS verbunden und dementsprechend natürlich attraktiv für die Nutzenden, vor allem natürlich auch für die Pendelnden. Im ersten UG können 750 Veloabstellplätze erstellt werden, wobei eben 500 Veloabstellplätze durch die SBB finanziert werden. Diese dienen als Ersatz für die aufgehobenen Abstellplätze beim Zugang Länggasse und im Postparc. 250 zusätzliche Plätze werden durch die Stadt finanziert. Der Kostenanteil der Stadt beträgt 4,3 Mio. Franken, der Betriebsaufwand 107'000 Franken pro Jahr. Als Option ist ein Ausbau im zweiten UG eben mit 450 Abstellplätzen möglich. So können wir das Angebot im Sektor Nord auf insgesamt 1'200 Plätze erhöhen. Gemäss Stand Vorprojekt betragen die Kosten für das zweite UG rund 11 Mio. Franken.

Der Gemeinderat möchte die Variante mit 2 Geschossen wirklich auch weiterverfolgen und darum kommen wir hier mit einer Erhöhung des Projektierungskredits um 300'000 auf 1,45 Mio. Franken. Die Realisierung des Projekts wird natürlich mit den Arbeiten von ZBB koordiniert. Der Entscheid zur weiteren Projektierung des zweiten UGs muss jetzt gefällt werden. Das ist schon von der Referentin erwähnt worden. Denn eine spätere Realisierung ist eben aufgrund von verschiedenen Abhängigkeiten nicht mehr möglich. Wir müssen wirklich, wenn wir das wollen, jetzt die Weichen stellen. Der Gemeinderat rechnet mit namhaften Beiträgen von Bund und Kanton aus dem Agglomerationsprogramm. Wir gehen aktuell davon aus, dass die Nettokosten für die Stadt für das erste UG 1,9 Mio. Franken betragen wird und für das zweite UG etwa 5,3 Mio. Franken. Der Gemeinderat bittet euch wirklich, diesem Kredit zuzustimmen. Die betriebliche Zusammenlegung der neuen Velostation Zugang Länggasse und der bestehenden Velostation Schanzenbrücke ist wirklich sinnvoll und auch sehr effizient. Dann noch zu den beiden Anträgen: Kurz zum 24 Stunden-Gratisparkieren: Ein attraktives Tarifsyst-tem ist wirklich wichtig, so dass die Leute eben ihr Velo in den Velostationen abstellen und so der öffentliche Raum nicht zusätzlich belastet wird. Davon profitieren, davon bin ich wirklich überzeugt, alle. Erste Erfahrungen aus dem Pilotbetrieb mit Postparc und bei der Welle 7 sind auch positiv. Wir werden euch noch darüber berichten. Dann noch zum Verzicht auf das zweite UG. Ja, es stimmt natürlich, die Kosten sind hoch. Doch es gibt im stark genutzten Raum Bahnhof keine kostengünstigeren Alternativen, die dann eben auch bewilligungsfähig sind und auch die nötigen Qualitätsanforderungen erfüllen. Mit dem Bau von Velostationen im ersten UG kann die grosse Nachfrage nach Veloabstellplätzen im Bahnhofsumfeld wirklich nicht gedeckt werden. Dazu braucht es eben auch das zweite UG.

Mit dem Bau der Velostation Länggasse besteht jetzt die einmalige Chance, ein grosses Angebot an Veloabstellplätzen nahe an den Gleisen zur Verfügung zu stellen. Für die Attraktivität der Velostationen ist das wirklich ein sehr zentrales Element.

Präsidentin: Danke, Marieke. Wir kommen zu den Abstimmungen. Und wir stimmen zuerst über die beiden Anträge ab, die von der SVP eingegangen sind, und zwar über den ersten Antrag, der will, dass man auf die 24 Stunden-Gratisparkierung verzichtet.

Antrag

1. SVP:

In der neuen Velostation sei auf die 24h-Gratisparkierung zu verzichten.

Abstimmung Nr. 008

2024.TVS.0037: Antrag 1

Ablehnung

Ja	8
Nein	51
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir stimmen über den zweiten Antrag der SVP ab, der auf die Realisierung der Velostation im zweiten UG verzichten will.

Antrag

2. SVP:

Auf die Realisierung der Velostation im 2. UG sei zu verzichten.

Abstimmung Nr. 009

2024.TVS.0037: Antrag 2

Ablehnung

Ja	10
Nein	50
Enthalten	0

Präsidentin: Auch dieser Antrag ist abgelehnt. Dann würden wir über den Antrag des Gemeinderats abstimmen. Und wenn alle einverstanden sind, würden wir über die Ziffern 2.1, 2.2 und Ziffer 3 gemeinsam abstimmen. – Gibt es Opposition? – Dann stimmen wir über diese Ziffern gemeinsam ab.

Abstimmung Nr. 010

2024.TVS.0037: Antrag Gemeinderat

Annahme

Ja	55
Nein	6
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt dem Antrag des Gemeinderats zugestimmt.

2024.TVS.0052

10 Gesamtsanierung Seftausteg; Projektierungs- und Ausführungskredit

Präsidentin: Dann sind wir bei Traktandum Nummer 10. Es geht um einen Ausführungskredit. Ich erteile gerne das Wort der Kommission, für die PVS Tanja Milanovic. Ich wäre froh, wenn sie jemand noch schnell anmelden könnte.

Tanja Miljanovic (GFL) für die PVS: Wir machen es jetzt umso kürzer. Es ist ein Geschäft, das in der Kommission völlig unbestritten war und wir haben auch ein Kurzvotum beschlossen. Es geht um den Seftausteg, der 1921 erbaut worden ist und die Gemeinde Bremgarten mit dem Felsenau-Quartier der Stadt Bern verbindet. Er dient als Fuss- und Velobrücke über die Aare, ist 53 Meter lang, ist im Bauinventar der Stadt Bern als schützenswert eingestuft und muss jetzt eben aus verschiedensten Gründen saniert und ertüchtigt werden. Einerseits betrifft das den Oberflächenschutz, den Holzbelag, die Brückengeländer, auch Teile der Stahlbrückenkonstruktion. Die müssen zum Teil wirklich ersetzt werden, um die Tragsicherheit und die Gebrauchstauglichkeit für die nächsten Jahrzehnte wiederherzustellen. Es werden auch verschiedenste Leitungen ersetzt. Jene der Telecom werden von den Telecom-Anbietern ersetzt. Die Kanalisation läuft über die Sonderrechnung. Das sind 100'000 Franken. Die Gasleitung wird zu 7 Achteln von der Stadt getragen, weil sie eigentlich das Lebensende noch nicht erreicht hat, aber aufgrund dieser Sanierung trotzdem ersetzt muss werden. Also es geht gesamthaft um einen Projektierungs- und Ausführungskredit von 1'005'000 Franken; 100'000 Franken wie gesagt über die gebührenfinanzierte Sonderrechnung Siedlungsentwässerung. 905'000 Franken gehen zu Lasten der Investitionsrechnung. Die PVS findet das Projekt super, auch wenn wieder einmal Nieten statt Schrauben gesetzt werden.

Präsidentin: Danke, Tanja. Besteht hier Diskussionsbedarf? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über die Tischvorlage ab. Es ist ein Antrag von Thomas Hofstetter eingegangen, der Schrauben statt Nieten wünscht. Wir stimmen über den Antrag ab.

Antrag

1. Thomas Hofstetter:

Bei der Sanierung des Seftaustegs sollen grundsätzlich Schrauben statt Nieten verwendet werden und entsprechend sollen Schraubverbindungen, die bei früheren Sanierungen angebracht wurden, nicht durch neue Nieten ersetzt werden.

Abstimmung Nr. 011

2024.TVS.0052: Antrag 1

Annahme

Ja	30
Nein	22
Enthalten	3

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen. Dann stimmen wir noch über den Kredit ab.

Abstimmung Nr. 012

2024.TVS.0052: Kredit

Annahme

Ja	59
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt dem Kredit einstimmig zugestimmt.

2017.TVS.000116

11 Parkanlage Holligen Nord; Erhöhung des Gesamterstellungskredits (Nachkredit)

Präsidentin: Wir sind beim Traktandum Nummer 11 "Parkanlage Holligen Nord". Es geht um einen Nachkredit und ich erteile der Kommission das Wort. Für die PVS spricht Thomas Hofstetter.

Thomas Hofstetter (FDP) für die PVS: Beim Geschäft "Parkanlage Holligen Nord" geht es um eine Erhöhung des Gesamterstellungskredits, also um einen Nachkredit. Ursprünglich hätte die Gesamterstellung der Parkanlage 3,7 Mio. Franken kosten sollen. Die Mehrkosten belaufen sich auf 945'000 Franken. Das ergibt Totalkosten von 4,695 Mio. Franken. Die Mehrkosten werden vollumfänglich der Spezialfinanzierung Planungsmehrwertabschöpfung altrechtlich belastet.

Warum hat es Mehrkosten gegeben? Was waren die Gründe? Erstens Projektverzögerungen aufgrund von Drittprojekten, zweitens städtische Sparmassnahmen – man hat das Projekt überarbeitet –, drittens die zeitliche Verschiebung um mehrere Jahre. 2018 hat man angefangen, dann ist die Covid-19-Pandemie dazugekommen. Der Suezkanal wurde blockiert, womit die Lieferkette unterbrochen wurde. Es hat eine Inflation gegeben. Dann kam der Überfall von Russland auf die Ukraine und die nachfolgende Energiekrise und nachher noch unerwartete Baugrundverschmutzungen. Der Hauptgrund ist aber, dass man bei der Budgetierung zu optimistisch war und dass die Ausschreibung und der Bau des Projekts in ungünstigen und unsicheren Zeiten stattgefunden haben. Die PVS hat diesem Geschäft einstimmig zugestimmt. In der Diskussion war vor allem die unerwartete Baugrundverschmutzung ein Thema. Laut Stadtgrün ist für diese Verschmutzung in erster Linie die ehemalige Kehrrichtverbrennung verantwortlich, die in der Nähe war.

Ich würde sonst noch das Fraktionsvotum anhängen.

Präsidentin: Gibt es Diskussionsbedarf bei diesem Traktandum? – Ja, gut. Das ist nicht der Fall. Aber okay.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Die Fraktion FDP/JF wird dem Nachkredit zustimmen, allerdings zähneknirschend, weil eigentlich eine Kostenüberschreitung von 25% inakzeptabel ist. Für uns war wichtig, dass der zu tiefe Baukredit nicht politisch oder strategisch war, sondern einfach falsch, dass Stadtgrün bei allen Prozessen von externen Profis und Experten begleitet und beraten wurde, dass es bei den Baufirmen keine Nachkredite gab – die Rechnungen haben den Offerten entsprochen –, dass

Stadtgrün agiert hat und die PVS frühzeitig informiert und auch die Sparmassnahmen eingeleitet hat, dass die Argumente, die ich vorhin erwähnt habe, Pandemie und Ukraine-Krieg, Energiekrise, Lieferengpässe etc. glaubhaft belegt wurden – würden wir den Park jetzt bauen, wäre es massiv günstiger –, dass die unerwartete Baugrundverschmutzung nachvollziehbar ist. Wir hoffen, dass wir an dem Park trotz der hohen Kosten noch viel Freude haben werden und dass die Unterhaltskosten, wie von Stadtgrün in Aussicht gestellt, tief sein werden.

Präsidentin: Merci, Thomas. Dann kommt Timur Akçasayar für die SP-JUSO.

Timur Akçasayar (SP) für die Fraktion: Ein Nachkredit von 25% des Baukredits ist sicher nicht erfreulich. Aber wir können klar sagen, und das hat auch der Kommissionsprechende vorhin gerade erwähnt, dass wir bei diesem Projekt einfach Pech gehabt haben mit dem Ausführungszeitpunkt. Es wurde nicht politisch zu tief gerechnet, es wurden auch keine strategischen Fehler begangen. Man hat schlichtweg einfach Pech gehabt. Und beim Bauen gibt es halt nun mal ein Risiko, dass bei einem Planungszeitraum, den die Stadt Bern hat, gewisse Unvorhersehbarkeiten eintreten, nämlich eine Pandemie, ein spezielles Ereignis oder, ja, dass halt der Baugrund noch mehr verunreinigt ist als gedacht. Deshalb möchte ich eigentlich auch dem Sprechenden der FDP-Jungfreisinn-Fraktion widersprechen. Was wollt ihr denn sonst machen? Es kann mal etwas passieren. Es kann mal Unvorhergesehenes passieren. Es kann mal eine Teuerung geben, vor allem in diesem Zeitraum. Und nachher einfach hierhin zu stehen und zu sagen, dass sei nicht so cool und nicht so geil und was auch immer. Ja, es ist nun mal ein Bauprojekt und es ist ein wichtiges Bauprojekt ungeachtet der Kosten, die es jetzt gegeben hat. Denn der Park wird die massive Unterversorgung in dem betroffenen Quartier beheben und die wichtigen und dringend benötigten Begegnungsorte für Alt und Jung bringen. Danke. Die Fraktion wird natürlich dem Nachtragskredit zustimmen.

Präsidentin: Merci, Timur. Tanja Milanovic für die GFL.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Fraktion: Ich bin schon wieder da. Wir haben nämlich, wie so oft, eine differenzierte Haltung zu dem Geschäft: Eine Mehrheit wird es unterstützen, weil sie es einfach ein wichtiges Projekt findet und die Gründe, die zum Nachkredit geführt haben, auch gut nachvollziehen kann. Eine Minderheit wird sich aber enthalten, weil sie eigentlich grundsätzlich findet, dass das ganze Projekt überdimensioniert und auch entsprechend zu teuer sei.

Präsidentin: Merci, Tanja. Gibt es Einzelvoten? - Dann für den Gemeinderat Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Man kann es nicht schönreden. Die Erstellung der neuen Parkanlage ist leider deutlich teurer als ursprünglich geplant. Der Gemeinderat geht von Mehrkosten in der Höhe von insgesamt 945'000 Franken aus. Die Gründe für diese Kreditüberschreitungen sind vielfältig. Sie wurden auch schon genannt. Einerseits sind starke Preissteigerungen bei Energie und Rohstoffen zu verzeichnen gewesen, andererseits haben auch Verschmutzungen im Baugrund, aber auch Bauverzögerungen aufgrund von Lieferengpässen und Beschaffungsproblemen zu deutlichen Mehrkosten geführt. Dank Sparmassnahmen im Rahmen der Projektausführung ist es uns dann wenigstens gelungen, die Mehrkosten um rund 100'000 Franken zu reduzieren.

Der vorliegende Nachkredit kann vollständig, wie auch schon gesagt, über die Spezialfinanzierung Planungsmehrwertabschöpfung altrechtlich finanziert werden. Der Nachkredit geht somit nicht zulasten der Erfolgsrechnung.

Aber man muss hier einfach schon auch noch einmal sagen, dass die neue Parkanlage wirklich ein Gewinn für die Stadt ist. Wir konnten hier einen neuen Freiraum schaffen, der für alle zugänglich ist und von allen genutzt werden kann. Es gibt ja nur wenige öffentliche Grünanlagen im Stadtteil 3. Der Park trägt auch zur Verbesserung des Stadtklimas bei mit den zusätzlichen Bäumen, dem Wasser und den Versickerungsmöglichkeiten.

Präsidentin: Merci vielmals, Marieke. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wir stimmen über den Antrag des Gemeinderates für die Krediterhöhung und die Entnahme aus der Spezialfinanzierung ab.

Abstimmung Nr. 013

2017.TVS.000116: Nachkredit

Annahme

Ja	55
Nein	1
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen.

2016.SR.000048

12 Motion Fraktion SP (David Stampfli/Michael Sutter, SP): Zeughausgasse aufwerten; Fristverlängerung

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 12. Es ist eine Motion der SP-Fraktion. Es geht um eine Fristverlängerung. Die Fristverlängerung war in der Kommission bestritten, und aus dem Grund ist sie heute traktandiert, und ich erteile gerne der Kommission das Wort. Für die PVS spricht Nicole Silvestri.

Nicole Silvestri (SP) für die PVS: Ich halte das Kommissionsvotum für Laura Binz, die heute nicht anwesend sein kann. Die Motion fordert einerseits ein Durchfahrtsverbot für den MIV, andererseits eine Aufwertung der Zeughausgasse für den Fuss- und Veloverkehr. Sie stammt aus dem Jahr 2016. Die Frist zur Vorlage des Begründungsberichts wurde schon zweimal verlängert. Jetzt wird eine weitere Fristverlängerung für die Aufwertungsmassnahmen um viereinhalb Jahre bis am 31. Dezember 2028 beantragt. Wir haben in der PVS darüber diskutiert und sind der Meinung, dass das eine sehr lange Zeit ist, in der die Aufwertung nicht umgesetzt werden kann. Und gleichzeitig sehen wir natürlich ein, dass es auch Sinn macht, dass die Aufwertung der Zeughausgasse mit dem Projekt Bären- und Waisenhausplatz koordiniert stattfindet. Darum haben wir uns in der PVS mit dem vorliegenden Antrag dafür ausgesprochen, die Fristverlängerung auf den 31. Dezember 2026 zu verkürzen und zu prüfen, welche temporären und schnell umsetzbaren Verbesserungsmassnahmen rasch umgesetzt werden können. Merci.

Präsidentin: Merci, Nicole. Michael Sutter hat das Wort für die Einreichenden.

Michael Sutter (SP) für die Einreichenden: Die vorliegende Motion haben wir vor 8 Jahren eingereicht. Vor 6 Jahren ist sie vom Stadtrat erheblich erklärt worden. Das Anliegen, den Strassenraum aufzuwerten und die Aufenthaltsqualität in der Zeughausgasse zu verbessern, ist nach wie vor aktuell. Vorhin haben zum Beispiel 8 Autos in der Zeughausgasse im Parkverbot gestanden, 2 auf Taxi-Parkplätzen und nochmal 3 im Halteverbot. Also, immer das gleiche. Dass es jetzt noch einmal viereinhalb Jahre dauern soll, bis schon nur eine Vorstudie erstellt wird, ist doch sehr fragwürdig. Auch das Vorgehen, einfach eine Fristverlängerung nach der anderen zu beantragen, ohne in der Zwischenzeit irgendetwas Substanzielles vorzulegen, ist stossend. Dass eine Neugestaltung der Zeugungsgasse auf die anderen Projekte im angrenzenden öffentlichen Raum abgestimmt wird, ist durchaus sinnvoll, bis 2028, also bis über 10 Jahre nach dem Stadtratsentscheid damit zuzuwarten, um auch nur temporäre Massnahmen umzusetzen, hingegen nicht. Wieso nicht provisorisch mal ein Durchfahrtsverbot erlassen und so auch getestet werden kann, was das für Auswirkungen hat – zum Beispiel für 3 Monate im Sommer –, ist nicht nachvollziehbar. Auch weitere temporäre Massnahmen und Testnutzungen könnten auch ohne Bauprojekt und definitive Umgestaltung des Strassenraums ausprobiert werden, mobile Begrünung wie zum Beispiel auf dem Helvetiaplatz. Dafür muss die Neugestaltung des Waisenhausplatzes nicht abgewartet werden. So könnte dem erklärten Willen des Stadtrates wenigstens zu einem Teil entsprochen werden, wenn man dies will. Ich bitte euch, dem Antrag der PVS zu folgen und die Frist wenigstens um 2 Jahre zu verkürzen, verbunden mit der Hoffnung, dass dann nicht einfach wieder die nächste Fristverlängerung um weitere 2, 4 oder 6 Jahre beantragt wird. 2 1/2 Legislaturen, um einen Vorstoss umzusetzen, sind ja auch schon an sich eine sehr lange Zeit.

Präsidentin: Vielen Dank. Gibt es Fraktionsvoten? Anna Lessing von der GB/JA! -Fraktion.

Anna Leissing (GB) für die Fraktion: Vieles wurde von meinem Vorredner Michael Sutter schon gesagt. Die vorliegende Motion stammt aus dem Jahr 2016, sie wurde im April 2018 vom Stadtrat überwiesen. Schon zweimal wurde eine Fristverlängerung gewährt, die letzte bis im Dezember 2023. Bei allem Verständnis für langwierige Prozesse in der Raum- und Verkehrsplanung, eine weitere Verzögerung des doch eigentlich recht simplen Anliegens bis 2028 – es geht also um eine Aufwertung einer einzigen Strasse in der Innenstadt – ist aus Sicht der GB/JA! -Fraktion kaum zu begründen. Wir lehnen die Fristverlängerung darum ab und nehmen den Antrag der PVS an, der die Frist bis spätestens 2026 setzt. Wir wollen damit den politischen Willen zu einer Reduktion des MIV in der Innenstadt und zu einer fussgänger*innen- und velofreundlichen Innenstadt, den das Parlament und der Gemeinderat immer wieder aufs Neue auch bekunden, Nachdruck verleihen; Nachdruck für eine tatsächliche substanzielle Aufwertung der Zeughausgasse und von weiterem öffentlichen Raum in der Innenstadt. Der Gemeinderat erwähnt in diesem Kontext die begrünten Parklets, also die Sitzgelegenheiten, die bei den umliegenden Hotels und Gewerben auf breite Akzeptanz stossen. Aber ganz ehrlich: Akzeptanz ist noch nicht wirklich ein Indikator für eine Aufwertung. So richtig schön zwischen all diesen parkierten und fahrenden Autos inmitten des Betons, so richtig schön ist es zumindest aus meiner Sicht dort nicht. Für eine wirkliche Aufwertung braucht es mehr als ein paar zerquetschte Sitzgelegenheiten. Es braucht eine überzeugende Vision, eine Vision, die eben nicht durch die langwierigen Prozesse irgendwann

im Verlauf der Zeit wieder entschwindet. Wir wünschen uns deshalb vom Gemeinderat ein mutiges und proaktives Herangehen, nicht nur an die Aufwertung der Zeughausgasse, sondern ganz allgemein an die Umsetzung des Verkehrskonzepts Innenstadt, das in der Antwort auch erwähnt wird. Wir wünschen uns, dass der Gemeinderat die Vision einer autofreien Innenstadt voranbringt, und zwar indem er die Vorteile betont, die solch eine autofreie Innenstadt für alle bringt – wenn nicht autofrei, dann zumindest mit weniger individuellem, motorisiertem Verkehr.

Ein Vorteil davon ist der Platz, der frei wird für die Begegnungen, für das Flanieren, für das Verweilen. Ein Vorteil ist die erhöhte Sicherheit für Fussgänger*innen, vor allem auch Kinder. Ein Vorteil ist die Lärmreduktion. Ein Vorteil ist die Luftverbesserung und, und, und. Deshalb zusammengefasst: Wir wünschen uns, dass bis 2026 vorwärtsgemacht wird mit all dem, was vom Anliegen dieser Motion bis dahin möglich ist, und ganz grundsätzlich eine mutigere und proaktivere Politik im Sinn eines lebenswerten öffentlichen Raums und der Reduktion des motorisierten Individualverkehrs in der Stadt Bern. Merci vielmals.

Präsidentin: Merci, Anna. Gibt es Einzelvoten? – Dann hat Marieke Kruit für den Gemeinderat das Wort.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Dem Gemeinderat ist natürlich eine fussgänger*innen- und velofreundliche Stadt ein wichtiges Anliegen. Wir teilen darum natürlich auch die Anliegen der Motionäre und befürworten eine Aufwertung der Zeughausgasse. Die Zeughausgasse wird ja seit 2018 jeweils im Sommer temporär mit Parklets aufgewertet. Es ist auch schon erwähnt worden. Mit diesen temporären Massnahmen hat man bereits Erfahrungen auch für die längerfristige Umstellung sammeln können. Aber das allein reicht selbstverständlich nicht. Ja, ich gebe zu, es geht wirklich sehr lange und ich verstehe darum schon auch euren Ärger. Aber es hat wirklich auch seine Gründe. Also, erstens müssen wir dann wissen, wie der Umbau und die Sanierung der Migros weitergehen. Vor allem müssen wir zusammen mit der Migros auch die Anlieferungssituation anschauen und klären. Ich möchte hier auch betonen, dass wir wirklich in sehr gutem Einvernehmen mit der Migros sind und dort gut und konstruktiv zusammenarbeiten. Zweitens die Neugestaltung des Bären- und Waisenhausplatzes: Auch da braucht es eine Koordination der Gestaltungsmassnahmen und dann haben wir drittens das VWI, das Verkehrskonzept Wirtschaftsstandort Innenstadt, quasi die Kompatibilität mit dem Verkehrsregime, die wir berücksichtigen müssen. Leider sind dazu noch Einsprachen hängig. Es ist auch so, dass ihr uns klar den Auftrag gegeben habt zu priorisieren. Und weil wir hier eben so viele Abhängigkeiten haben, haben wir die ganze Planung hier nach hinten verschoben.

Präsidentin: Wir kommen zur Abstimmung, und zwar werden wir den Antrag des Gemeinderates dem Antrag der PVS gegenüberstellen.

Der Antrag des Gemeinderats verlangt eine Fristverlängerung bis Ende 2028 und das wäre Grün. Und der Antrag der PVS verlangt eine Fristverlängerung bis Ende 2026 und das ist Rot. Wer sich enthält, drückt Weiss.

Antrag

1. PVS:

Der Stadtrat stimmt einer weiteren Fristverlängerung zur Vorlage des Begründungsberichts bis 31. Dezember 2026 zu.

Abstimmung Nr. 014

2016.SR.000048: Antrag Gemeinderat vs. Antrag 1

Antrag 1 obsiegt

Ja	23
Nein	41
Enthalten	0

Präsidentin: Der obsiegende Antrag ist der Antrag der PVS mit der Fristverlängerung bis Ende 2026 und über diesen Antrag stimmen wir jetzt ab.

Abstimmung Nr. 015

2016.SR.000048: Antrag 1

Annahme

Ja	54
Nein	6
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen.

2021.SR.000040

- 13 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP/Ruth Altmann, FDP): Die Fussgänger im Gebiet Tierpark-Elfenau bis zur Gemeindegrenze Muri müssen infolge der befürchteten Zunahme der Widerhandlungen des Fahrverbotes durch Zweiradfahrer besser geschützt werden!**

Präsidentin: Wir kommen zum Traktandum 13. Das ist eine Motion der SVP-Fraktion. Die Motion ist bestritten und ich erteile den Einreichenden das Wort.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Es ist eine Motion. Ihr kennt die Problematik dort – der Bereich Muri, Elfenau, Tierpark. Wir sind der Meinung, dass das Fahrverbot regelmässig missachtet wird. Ihr habt auch gesehen, dass Muri jetzt dort auch etwas umbaut. Wir sind der Meinung, man sollte mehr Massnahmen treffen, um die Fussgänger zu schützen. Wir haben auch mit der Gemeinde Muri unverzüglich das Nötige zu koordinieren. Der Gemeinderat lehnt das ab. Ich mache es kurz. Wir sind bereit, diesen Vorstoss in ein Postulat zu wandeln. Dann ist man hier ein bisschen offener, auch mit den Massnahmen. Schaut mal an einem schönen Sonntag oder wenn viele Badende da ist. Das gilt für beide Ufer auch das Eichholz. Ich glaube, das können mir viele Anwesende bestätigen. Es ist nicht ein Problem an einem kalten Novembertag, wenn ein Velofahrer durch das Fahrverbot fährt. Das ist nicht erlaubt, das ist mir auch klar. Aber ich erlebe selbst in Badezeiten an Spitzentagen, wenn viele Leute unterwegs sind, dass Leute teilweise mit raschen E-Bikes, mit raschen E-Trottinetts kommen. Und wenn man irgendetwas sagt, riskiert man noch, in die Aare hineingestossen zu werden oder Schläge zu bekommen, denn es herrscht teilweise wirklich eine Rücksichtslosigkeit. Deshalb bin ich der Meinung, dass, wenn wir hier einen wirksamen Fussgängerschutz machen wollen, dann stimmen wir dem Vorstoss umgewandelt als Postulat zu.

Denkt daran, ihr seid vielleicht auch mal als Fussgänger unterwegs. Ich finde gerade an diesen exponierten Stellen – es sind auch schon Velofahrer in die Aare gefallen – ist es einfach gefährlich, wenn man angesichts der stark belasteten Freizeitsituation – Schwimmer, Hündeler, Velofahrer, die eben nicht zirkulieren dürften – nicht die nötigen Massnahmen ergreift.

Ich war gestern gerade an der HV des Vereins Vortritt Fussgänger. Habt ein Herz für das Anliegen. Ich bin der Meinung, dass in Postulatsform auch RGM dem zustimmen kann. Sonst, wenn dann halt jemand mal mit dem Kinderwagen von einem Velofahrer bedrängt wird, kann man dann sagen, es habe nicht an der SVP gelegen. Vielmehr wollte man eben dort nicht sensibilisieren. Man wollte die Mischverkehrsfläche eben nicht bekämpfen, obwohl sie illegal ist. Deshalb bitte ich euch, dieser in ein Postulat gewandelten Motion zuzustimmen.

Präsidentin: Gibt es Fraktionsvoten? – Einzelvoten? – Dann hat Gemeinderätin Marieke Kruit das Wort.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Dem Gemeinderat ist natürlich die Sicherheit der Zufussgehenden ein grosses Anliegen. Der Aareuferweg auf Berner Boden ist schmal und deshalb gibt es schon heute ein allgemeines Fahrverbot zwischen dem Tierpark Dählhölzli und der Gemeindegrenze zu Muri. Also, Velofahren ist dort verboten. Auf Muriger Boden soll das Fahrverbot für Velos nur zwischen dem Muribad und der Augutbrücke aufgehoben werden. Dieser Abschnitt ist ja Teil einer regionalen Velonetzlücke, die gemäss dem kantonalen Sachplan Veloverkehr geschlossen werden soll. Der Abschnitt auf Muriger Boden, der für den Veloverkehr geöffnet werden soll, liegt einfach gut 2 Kilometer von der Stadtgrenze entfernt. Dazwischen wird weiterhin ein allgemeines Fahrverbot gelten. Die Gemeinde Muri wird, wenn die Aufhebung des Verbots dann eingeführt wird, die Veränderung kommunikativ begleiten und auch vermehrt Polizeikontrollen durchführen. Deshalb sieht der Gemeinderat zurzeit wirklich auch keinen Bedarf für präventive Massnahmen. Sollte es dann wider Erwarten zu einem Anstieg von Konflikten auf dem Stadtgebiet kommen, werden die zuständigen Stellen in Absprache und Abstimmung natürlich mit der Gemeinde Muri die geeigneten Massnahmen ergreifen. Aus diesen Gründen bittet euch der Gemeinderat wirklich, diesen Vorstoss abzulehnen.

Präsidentin: Die Motion wurde zu einem Postulat gewandelt, und wir stimmen über das Postulat ab.

Abstimmung Nr. 016

2021.SR.000040: als Postulat

Ablehnung

Ja	7
Nein	57
Enthalten	2

Präsidentin: Das Postulat ist abgelehnt.

Dann sind wir schon bei der Pause und wir sehen uns um 21.30 Uhr wieder.

Schluss der Sitzung: 18.58 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

02.07.2024

X 

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

für das Protokoll

22.07.2024

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.00 Uhr

Stadtrat anwesend

Valentina Achermann, Präsidentin

Janina Aeberhard	Thomas Glauser	Szabolcs Mihalyi
Timur Akçasayar	Lukas Gutzwiller	Tanja Miljanovic
Debora Alder-Gasser	Bernadette Häfliger	Niklaus Mürner
Lena Allenspach	Bernhard Hess	Barbara Nyffeler
Ruth Altmann	Thomas Hofstetter	Mehmet Özdemir
Emanuel Amrein	Seraphine Iseli	Florence Pärli Schmid
Ursina Anderegg	Ueli Jaisli	Halua Pinto de Magalhães
Mirjam Arn	Bettina Jans-Troxler	Simone Richner
Oliver Berger	Raffael Joggi	Mirjam Roder
Tom Berger	Nora Joos	Sarah Rubin
Natalie Bertsch	Barbara Keller	Mahir Sancar
Lea Bill	Ingrid Kissling-Näf	Judith Schenk
David Böhner	Fuat Köçer	Nicole Silvestri
Michael Burkard	Nora Krummen	Chandru Somasundaram
Francesca Chukwunyere	Anna Leissing	Ursula Stöckli
Milena Daphinoff	Corina Liebi	Irina Straubhaar
Sibyl Eigenmann	Maurice Lindgren	Michael Sutter
Nik Eugster	Simone Machado	Johannes Wartenweiler
Alexander Feuz	Denise Mäder	Lukas Wegmüller
Jelena Filipovic	Salome Mathys	Janosch Weyermann
Sofia Fisch	Esther Meier	Marcel Wüthrich
Katharina Gallizzi	Matteo Micieli	Paula Zysset
Franziska Geiser		

Stadtrat entschuldigt

Yasmin Amana Abdullahi	Muriel Graf	Dominic Nellen
Laura Binz	Matthias Humbel	Claudio Righetti
Gabriela Blatter	Anna Jegher	Michael Ruefer
Lionel Gaudy	Daniel Michel	Bettina Stüssi

Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD	Franziska Teuscher BSS	Marieke Kruit TVS
--------------------------	------------------------	-------------------

Stadtkanzlei

Nora Lischetti, Vizestadtschreiberin

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Ratssekretärin

Mago Flück, Ratsweibel

Cornelia Stücker, Sekretariat

2021.SR.000051

**14 Motion Jemima Fischer (AL) - übernommen durch David Böhner (AL):
Langsamverkehr: mit den neuen Mehrheitsverhältnissen endlich richtig**

Präsidentin: Liebe Kolleg*innen herzlich willkommen zurück nach der Pause. Wir machen gerade weiter mit Traktandum 14. Es ist eine Motion der AL. Sie ist bestritten, und ich erteile den Einreichenden gerne das Wort. Sie wurde von David Böhner übernommen.

David Böhner (AL) für die Einreichenden: Ich mache es kurz mit dem Risiko, dass viele gar noch nicht da sind oder noch nicht zuhören, dass sie es gar nicht mitbekommen. Aber es besteht ja die reale Chance, dass wir heute vor 22.30 Uhr fertig werden, und ich will dem nicht im Weg stehen. Es geht um die Motion, die eine autofreie Stadt fordert. Das visionäre Ziel muss unserer Meinung nach erreicht werden, nicht nur um die Lebens- und Aufenthaltsqualität in unserer Stadt zu steigern. Wir müssen auch schneller vorwärts machen, um die Klimaziele, die wir uns gesteckt haben, zu erreichen. Aus der Frustration, dass das alles viel zu langsam geht, haben wir die Motion im Februar 2021 eingereicht. Uns ist natürlich auch klar, dass es übergeordnete Gesetzgebungen gibt, die dem Erreichen einer autofreien Stadt im Moment noch im Weg stehen. Umso mehr ist es wichtig, Visionen zu entwickeln und uns an die Umsetzung zu machen. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass die Gemeindeautonomie so ausgelegt wird, dass die Gemeinden selber Verkehrsmassnahmen ergreifen können, um die Erreichung der gesteckten Klimaziele zu ermöglichen. Deshalb fordern wir sie auf, dieser Vision einer Stadt, die von Autos befreit ist, zuzustimmen und dem Gemeinderat den Auftrag zu geben, Bern von Autos zu befreien. Das wäre es.

Präsidentin: Danke, David. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Anna Leissing für die GB/JA!-Fraktion.

Anna Leissing (GB) für die Fraktion: Dieser Vorstoss der AL hat verschiedene spannende und zum Teil auch ein bisschen lustige Aspekte, weil er erstens zeigt, wie wir es wirklich megaschwer haben im grünen Bündnis. Auf der einen Seite wird uns von rechts regelmässig vorgeworfen, unsere Forderungen seien völlig weltfremd und unrealistisch. Und auf der anderen Seite heisst es, wir seien nicht visionär genug und hätten uns eingemittet. Und wahrscheinlich ist es halt einfach so in der Politik, es ist halt einfach eine Frage der Perspektive. Das glaube ich nicht, weil unsere Perspektive – die Perspektive der GB/JA!-Fraktion – auf den Inhalt, auf die Vision dieser Motion ist völlig klar. Wir wünschen uns eine konsequente Förderung von Fuss- und Langsamverkehr. Wir wünschen uns viel Platz für Spiel und Begegnung in der Stadt. Wir wünschen uns eine autofreie Stadt, weil wir überzeugt sind, dass damit die Lebens- und Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum der Stadt Bern deutlich gesteigert werden kann. Ich habe vorhin ausgeführt, was alles besser würde. Man hätte mehr Platz zum Verweilen, man hätte mehr Sicherheit, weniger Lärm, weniger Luftverschmutzung. Ich habe vorher auch den Gemeinderat eingeladen, mutig und proaktiv an dieser Vision zu arbeiten. Gleichzeitig sind wir uns in der Fraktion auch einig, dass es unrealistisch ist, diese Vision bis im nächsten Jahr umzusetzen. Bern autofrei im Jahr 2025 wird so nicht stattfinden, ganz egal, ob wir die Motion hier überweisen oder nicht. Da braucht es in der Politik neben den grossen Visionen eben auch die kleinen Schritte. Weil wir uns halt einig

sind, was den Inhalt der Motion anbelangt, aber nicht einig sind, wie wir damit umgehen wollen, haben wir hier Stimmfreigabe beschlossen. Einige werden diesen Vorstoss annehmen im Sinne von, seien wir realistisch, fordern wir das unmögliche, andere werden sich enthalten. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Anna. Für die SP/JUSO-Fraktion Timur Akçasayar.

Timur Akçasayar (SP) für die Fraktion: Eine autofreie Stadt ist eine Vision, die wir Sozialdemokrat*innen sicherlich teilen. Meine Vorrednerin hat es wunderbar erwähnt. Die Luftqualität würde sich massiv verbessern, auch der Lärmpegel würde sinken und der öffentliche Strassenraum könnte auch ganz anders gestaltet werden. Er würde auch den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen gerechter werden, und es könnten Begegnungsorte für alle Gesellschaftsgruppen entstehen. Und von einer naturnahen Gestaltung des öffentlichen Raums oder sogar von einer kreativen Umsetzung des Schwammstadtprinzips will ich schon gar nicht anfangen zu träumen. Eine autofreie Gesellschaft können wir in etlichen Science-Fiction-Romanen und in Filmen erträumen. Und vielleicht gibt es dann einmal eine technologische Entwicklung, die das sicher Realität werden lassen wird. Kommen wir aber von der Vision und von dem, was wir uns wünschen, zurück zur Realität. Der Gemeinderat hat in seiner Antwort zu diesem Vorstoss alle rechtlichen Probleme und die eingeschränkten Möglichkeiten der Stadt Bern gut aufgeführt. Und wir dürfen auch nicht vergessen, dass der Kanton Bern als motorisierte Schutzmacht immer dagegen sein wird. Es braucht noch Zeit und vor allem andere politische Verhältnisse beim Kanton und beim Bund. Auch wenn wir Sozialdemokrati*nnen diese Vision teilen, möchten wir festhalten, dass das Autofrei nie wirklich autofrei sein kann. Für Menschen mit eingeschränkter Mobilität müssen individuelle motorisierte Fortbewegungsformen möglich sein. Für uns ist das Recht von körperlich eingeschränkten Personen für eine selbst bestimmte Mobilität und die Teilhabe an die Gesellschaft sehr wichtig. Auch die wirtschaftlichen Auswirkungen dürfen wir nicht vergessen und müssen berücksichtigt werden. Das Handwerk, das Gewerbe muss mit einem vernünftigen Aufwand die Menschen als ihre Kunden erreichen können. Ich persönlich hoffe, dass wir das dunkle Zeitalter, in dem eine Mobilitätsform bevorzugt wird, überwunden haben. Dieser Vorstoss lernt uns leider das Gegenteil. Als Gesellschaft darf man den Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen und die Stadt für eine Mobilitätsform planen. Die nachhaltigen Mobilitätsformen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Der Langsamverkehr und der ÖV müssen gleichwertig betrachtet werden und beide gefördert werden, denn der ÖV ist und bleibt das Rückgrat der städtischen Mobilität. Deshalb wird die SP/JUSO-Fraktion diesen Vorstoss ablehnen und wird weiterhin die konsequente Verkehrs- und Verlagerungspolitik des Gemeinderates unterstützen und darauf hoffen, dass dort ein bisschen mehr Tempo gemacht wird.

Präsidentin: Merci, Timur. Als nächstes kommt Tanja Miljanovic von der GFL.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Fraktion: So, ich habe entschieden, ich mache das Votum ein wenig im Geist und Stil der Motion. Aus der Sicht der GFL ist "Bern autofrei 2025" eine radikale Forderung, die über das Ziel hinausschiesst. Die geforderte Absolutheit ist aus der Sicht des Klimaschutzes nicht notwendig und gesellschaftlich nicht vertretbar, nicht vertretbar, weil sich der Anspruch der Motion aus einer angenommenen Mehrheitsmeinung konstituiert und die Initiant*innen bereit wären, kompromisslos über eine Minderheit zu dominieren. Sie entspricht weder einem demokratischen Konzept noch einem demokratischen Prozess und ich hätte nicht gedacht, dass ich je hier

vorne stehen muss und für die Minderheitenrechte der MIV-Besitzenden kämpfen soll. Eine Mehrheit hat Macht, aber Macht bedeutet auch Verantwortung und sie darf nicht zu einer – ich sage das extra noch einmal zugespitzt –, Tyrannei der Macht werden. In einem demokratischen Staat hat auch die Minderheit Macht. Das sieht man an den verschiedensten Referenden, die wir hier in der Stadt Bern haben und das ist doch gut so. Wir haben noch nicht einmal ein Gebührenreglement ins Trockene gebracht und jetzt reden wir schon davon, dass wir nächstes Jahr eine völlig autofreie Stadt haben möchten, nicht so, wie es Timur vorhin gesagt hat, eine reduzierte autoarme Stadt, sondern einfach gerade völlig radikal autofrei. Die GFL wäre bei Tempo 30, das ja auch erwähnt wird auf dem gesamten städtischen Gebiet sofort dabei, auch bei einer massiven Ausdehnung der Begegnungszonen. Aber solche Sachen muss man Schritt um Schritt angehen. Manchmal ist man eben schneller am Ziel, wenn man auf dem Velo gemütlich und umsichtig tritt, als wenn man auf das Gaspedal steht und einfach halt in die Wand fährt. Wir lehnen deshalb diese Motion ab, sowohl als Motion als auch als Postulat.

Präsidentin: Danke, Tanja. Dann kommt Oliver Berger für die FDP/JF-Fraktion.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Willkommen in Utopia, oder sollte ich sagen willkommen im rot-grünen Utopia. Im Namen der Fraktion FDP/JF möchte ich kurz Stellung nehmen zur Motion "Förderung Langsamverkehr in der Stadt Bern". Es ist wieder einmal ein Wolf im Schafspelz, denn diese Motion fordert nichts anderes als ein autofreies Bern. Es ist wirklich erstaunlich, mit welchem fast religiösen Eifer das Feindbild vom motorisierten Individualverkehr bedient und gesteuert wird. Die machtbewusste Forderung der grünen Motionär*innen ist nichts als Parteipolitik, die sich nicht an den Realitäten misst. Bern ist nicht einfach eine Insel, im Gegenteil, sie ist eingebettet in Mobilitäts- und Kommunikationsströmen. Aber eben, das ist das, was man eigentlich von einem Zentrum erwarten würde und auch erwarten darf. Eine zukunftsfähige Mobilität in der Schweiz und auch in der Stadt Bern geht nur im konstruktiven Miteinander oder in einer sogenannten friedlichen Koexistenz der verschiedenen Verkehrsträger, also Langsamverkehr, ÖV und MIV. Es gibt für jeden Verkehrsträger Pro und Kontra. Der ÖV ist im Bereich von Punkt zu Punkt Verbindungen sicher führend. Der MIV ist bei sogenannten Verkehrsketten gut, wenn man verschiedene Verkehrsträger oder wenn man verschiedene Distanzen am selben Tag zurücklegen muss. Der Langsamverkehr ist sicher gut, wenn man kurze Distanzen zurücklegt. Es braucht alle Möglichkeiten, nicht einfach nur eine. Notabene, der Modalsplit, der wird von 2/3 durch den MIV geleistet und 23% vom ÖV und 6% mit dem Langsamverkehr. Gemäss der Prognose vom Amt für Raumentwicklung (ARE) wird bis ins Jahr 2040 der ÖV um 50% zunehmen, der Langsamverkehr um 30% und der MIV nach wie vor bei 20% liegen. Die Forderung nach einer autofreien Stadt ist hier faktisch realitätsfremd und ist auch juristisch, wie der Gemeinderat richtig aus verschiedenen Gründen ausgeführt hat, gar nicht möglich. Wir empfehlen deshalb ein Nein für die Motion und auch ein Nein, wenn der Vorstoss in ein Postulat gewandelt werden sollte. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Merci, Oliver. Gibt es Einzelvoten? Du kannst noch für die Fraktion reden. Dann Alex Feuz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich spreche hier als zweiter Sprecher der SVP für die Vorlage. Ich habe immer gesagt, es muss ein Miteinander sein und nicht ein Gegeneinander. Ich muss es dem Gemeinderat wieder konzедieren, der Gemeinderat

lehnt diese Motion ebenfalls ab. Wir lehnen es noch als Postulat ab. Ich bin der Meinung, ihr schüttet hier das Kind mit dem Bad aus und denkt daran, ihr habt bundesrechtliche Vorschriften. Ich will jetzt hier nicht eine juristische Vorlesung machen überall das, was man hier aussprechen könnte, aber ihr müsst genau die Forderungen lesen, was man machen will. Autofrei umsetzen, was heisst das denn, was sind denn die Konsequenzen. Ihr habt dann Leute, die Ärzte, die können dann allenfalls nicht mehr zirkulieren, ihr müsst den Zugang zu den Liegenschaften, müsst ihr gewähren. Was macht ihr denn mit jemandem, der eine Einstellhalle hat, ein Gewerbebetrieb und dann kann man nachher dort nicht mehr zufahren. Ihr stellt hier den Leuten das wirtschaftliche Leben ab. Ich bin der Meinung, das ist eine absolute Katastrophe. Das könnt ihr nicht machen. Wir haben hier gesetzliche Vorschriften, wir haben eine Verfassung, wir haben übergeordnetes Recht. Ihr könnt nicht auf der einen Seite verlangen, die Leute sollen Motorfahrzeugsteuern zahlen, immer höher und teurer und noch mehr und dann können sie nicht einmal mehr das Auto dort abstellen, wo sie sind. Für mich ist das schlichtweg nicht umsetzbar. Ihr werdet hier, wenn dieser Vorstoss einmal angenommen würde, gewaltige rechtliche Probleme haben. Für mich ist ganz klar, das geht nicht. Ihr kennt mich, ich spiele immer mit offenen Karten, bin selten einverstanden, wie es der Gemeinderat sagt, aber selbst der Gemeinderat empfiehlt, die Ablehnung als Motion. Wenn man dann einen Postulatsbericht macht, vielleicht geht es als Postulat durch. Wie gesagt, können wir uns nicht dagegen wehren. Wir kämpfen natürlich dagegen, aber ihr macht hier etwas, was nicht geht. Ich appelliere auch an euch, auch aus dem rot-grünen Lager, wenn dann die Schwiegermutter, Gotte oder der Freund oder die Freundin zu euch kommen wollen mit dem Auto, um die Kinder zu hüten oder was auch immer oder einen Ausflug zu machen, kann sie das ja nachher nicht mehr. Also ich bin der Meinung hier, ein ganz klares Nein. Ich halte mich jetzt bewusst zurück von weiteren Exkursen, weil sonst giesse ich eher noch Wasser auf die Mühle von denen, die es befürworten wollen. Aber denkt einfach immer daran, ihr könnt dem Feuz nicht glauben, aber es gibt übergeordnetes Recht, eidgenössisches Recht, kantonales Recht und da könnt ihr euch jetzt juristische Kleinkriege verbieten. Und ich glaube kaum, dass hier nachher auch irgendwie die EMRK euch helfen wird, im Sinne des Klimaschutzes, dass dann die Leute nicht mehr hingehen können. Denn sonst kommt ja auch das Recht des Individuums auf persönliche Kontakte, wo man Leute besuchen können soll und wenn ihr das den Leuten von Bern abschneidet, habt ihr ja auch einen Fehler gemacht. Danke für ihr Verständnis. Merci.

Präsidentin: Merci, Alex. Gibt es Einzelvoten? Dann hat Marieke Kruit für den Gemeinderat das Wort.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Massnahmen zum Schutz des Klimas auch im Bereich Mobilität sind dem Gemeinderat ein grosses Anliegen. Wir haben dazu konkrete Ziele definiert, wie zum Beispiel, dass auf dem städtischen Strassennetz ÖV, Veloverkehr und Fussverkehr priorisiert werden. Wir schauen aber auch für Lösungen für den Gewerbeverkehr. Tempo 30 wird auf dem Basisnetz und städtischen Strassen überall, wo es sinnvoll ist, eingeführt. Ein ruhiger und konstanter Verkehrsfluss, wie er mit Tempo 30 gewährleistet ist, ist sicherer und führt auch zu weniger Verbrauch von Treibstoff. Die Flotte von Bernmobil wird zunehmend elektrifiziert und wir treiben auch die Velo-Offensive weiter voran und sorgen auch für sichere und attraktive Fusswegen. Ja, vorantreiben müssen wir sicher auch die kombinierte Mobilität und die Schaffung von Mobilitätshubs. Denn ich bin überzeugt, wenn das Angebot eben von ÖV, Fuss- und Veloverkehr in Kombination mit Sharing-Angeboten attraktiv ist, verzichten Menschen auch

zunehmend auf das eigene Auto. Eine vollständige autofreie Stadt hat der Gemeinderat nicht aufgeführt und das natürlich auch aus gutem Grund. Es ist gemäss dem geltenden Recht nicht einfach so umsetzbar, geschweige dann bis 2025, wir haben das ja auch dargelegt in der Antwort. Zudem sind wir eben auch auf die Zusammenarbeit mit der Region angewiesen. Wir können das gar nicht allein entscheiden. Bei allen Massnahmen, die wir dringend vornehmen müssen, bin ich überzeugt, dass es wichtig ist, weiterhin auf einen Dialog zu setzen und zu versuchen, möglichst alle auf dem Prozess mitzunehmen, sonst riskieren wir grosse Blockaden, die dann schlussendlich juristisch über längere Zeit ausgefochten werden. Es sind nämlich nur unsere umgesetzten Massnahmen, die dem Klima helfen und nicht möglichst weitreichende Forderungen und Ankündigungen. Die Verkehrspolitik, aber auch die Klimapolitik hört eben auch nicht an der Stadtgrenze auf. Es ist wichtig, mit der Region gut zusammenzuarbeiten. Die Stadt und die umliegenden Gemeinden haben nicht immer die gleichen Rezepte, gehen aber bei der Verkehrspolitik im Raum Bern in eine gleiche Richtung. Wir müssen den Verkehr vernetzen, vermeiden, verlagern und verträglich gestalten.

Präsidentin: Danke, Marieke. Wir kommen zur Abstimmung. Die Einreichenden haben gewandelt zu einem Postulat. Nein, nicht gewandelt zu einem Postulat. Es bleibt eine Motion und wir stimmen über die Motion als Richtlinie ab.

Abstimmung Nr. 017

2021.SR.000051: als Richtlinie

Ablehnung

Ja	18
Nein	41
Enthalten	3

Präsidentin: Die Motion ist abgelehnt.

2021.SR.000238

- 15 Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser/Weyermann/Ueli Jaisli, SVP): Parkplatzzählungen: Wie läuft dies ab? Werden effektiv die Bedürfnisse der Anwohner eruiert oder geht es dem Gemeinderat nicht vielmehr darum, bereits mit geeigneten Parametern weitere Parkplätze abzubauen?**

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 15. Das ist eine Interpellation der SVP. Ist die Diskussion erwünscht? Also ihr beantragt die Diskussion. Wir stimmen über das ab und wenn 1/3 der Anwesenden dafür ist, ist die Diskussion gewährt. Wir stimmen darüber ab, ob die Diskussion zu Traktandum 15 gewährt wird.

Abstimmung Nr. 018

2021.SR.000238:

1/3-Quorum ist nicht erreicht

Ja	16
Nein	43
Enthalten	3

Präsidentin: Die Diskussion ist nicht gewährt. Die SVP hat ein Votum für eine Minute. Du müsstest dich noch anmelden, Alex. Für die Einreichenden, Alex Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ich habe ein gewisses Verständnis, ihr wollt nicht darüber diskutieren, ihr wollt nicht über die Problematik der Reithalle diskutieren. Ich sage immer traue keine Statistik, die du nicht selber gefälscht hast, sonst halte ich es wie Napoleon, der dann gar nicht etwa mein Freund ist. Meine Mutter war so Fan davon, ich war nicht so Fan von Napoleon. Aber ein Spruch war, einer der guten: „Corriger la fortune“. Man kann das Recht, man kann es so biegen, dass es dann eben richtig ist. Ich sage einfach, was sind denn die Konsequenzen? Ich sage immer, es kommt sehr darauf an. Das kann ich euch sagen, bei uns im Quartier, wenn ihr an einem regnerischen Dienstagvormittag im April bei uns schauen geht, wie die Parkplätze im Quartier sind, dann sind nicht viele besetzt. Geht ihr an einem Sonntagnachmittag, bei schönstem Wetter, wenn die Leute sowohl in der Ka-We-DE wie im Tierpark sind, dann ist der hinterste Parkplatz besetzt und die privaten Garageneinfahrten, die sind auch verstellt. Das ist genau das, was ich eben kritisiere. Ich weiss, man will nicht länger darüber diskutieren. Ich danke dem Gemeinderat für die grosse Arbeit, die er teilweise geleistet hat, um diese Interpellation zu beantworten, aber ich bin nur teilweise zufrieden.

Präsidentin: Merci vielmals, Alex. Teilweise zufrieden, hast du gesagt.

2022.SR.000052

16 Interpellation Simone Machado (GaP), Alexander Feuz (SVP), Ruth Altmann (parteilos): Wie kommt der Gemeinderat den denkmalpflegerischen Anforderungen bei der Neugestaltung des Hirschengrabens nach?

Präsidentin: Dann sind wir bei Traktandum Nummer 16. Das ist eine Interpellation von Simone Machado. Ist die Diskussion gewünscht? Nein? In diesem Fall eine kurze Erklärung von Simone.

Simone Machado (GaP) für die Einreichenden: Die Antwort des Gemeinderates ist ja nicht mehr ganz auf dem neusten Stand, weil dank dem Widerstand der Bürgerinitiative und verschiedenen Gutachten können ja jetzt der allergrösste Teil von diesen Bäumen am Hirschengraben stehen bleiben. Jetzt könnte der Gemeinderat also immer noch auf den Bau des Tunnels verzichten, vom Bahnhofzugang oben an den Hirschengraben und damit 36 Mio. Franken sparen. Den Personenstrom kann man nach wie vor mit einem verbreiterten Fussgängerstreifen bewältigen. Damit bleibt auch die historisch schützenswerte Anlage beim Hirschengraben erhalten.

Präsidentin: Merci, Simone. Wie ist der Zufriedenheitsgrad? Teilweise zufrieden. Danke vielmals.

2022.SR.000180

17 Postulat Fraktion SP/JUSO (Barbara Keller/Sara Schmid, SP): E-Trottinetts dürfen kein Hindernis darstellen

Präsidentin: Dann sind wir bereits bei Traktandum Nummer 17. Das ist ein Postulat der SP/JUSO-Fraktion über die E-Trottinetts. Ist das Postulat bestritten? 17, ja. Nein, nicht bestritten. Dann kommen wir direkt zur Abstimmung über das Postulat.

Abstimmung Nr. 019

2022.SR.000180:

Annahme

Ja	57
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt das Postulat einstimmig angenommen.

2023.SR.0097

18 Interfraktionelles Postulat SVP, Mitte, FDP/JF, AL/PdA, GB/JA (Alexander Feuz, SVP / Milena Daphinoff, Mitte / Thomas Hofstetter, FDP / Raffael Joggi, AL / Vanessa Salamanca, GB) und Simone Machado (GaP): Erstellung von mobilen Toiletten bei städtischen Kinderspielflächen «im Grünen»

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 18. Das ist ein interfraktionelles Postulat. Wird das Postulat bestritten? Traktandum Nummer 18? Gut, dann stimmen wir über die Erheblichkeitserklärung des Postulats und danach über den Prüfungsbericht ab, ob ihr den annehmen wollt. Zuerst stimmen wir darüber ab, ob ihr das Postulat erheblich erklären wollt.

Abstimmung Nr. 020

2023.SR.0097

Annahme

Ja	62
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt das Postulat einstimmig erheblich erklärt. Dann stimmen wir ab, ob ihr den Prüfungsbericht annehmen wollt.

Abstimmung Nr. 021

2023.SR.0097: Prüfungsbericht

Annahme

Ja	62
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Prüfungsbericht ebenfalls einstimmig angenommen.

2022.SR.000158

**19 Motion Fraktion GB/JA! (Mahir Sancar/Anna Jegher/Nora Joos, JA!):
Umverteilung der MIV-Infrastruktur**

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 19. Es ist eine Motion der GB/JA!-Fraktion. Die ist bestritten, und ich erteile den Einreichenden das Wort. Mahir Sancar von der GB/JA!-Fraktion.

Mahir Sancar (JA!) für die Einreichenden: Die Klimakrise ist da. Wir erleben es Tag für Tag. Gemäss der UNO ist das Jahr 2023 das heisseste Jahr gewesen seit Beginn der Aufzeichnung im Jahr 1850. Nicht nur die Hitze, auch andere Umweltkatastrophen wie Überschwemmungen und Erdrutsche sind ständig präsent. Es ist davon auszugehen, dass das Jahr 2024 nochmal heisser wird und dass die Klimakatastrophe sich noch verstärken und weiterverbreiten wird. Deshalb müssen auch wir als Stadt Bern dazu beitragen, dass das Ziel der Pariser Klimaabkommen erreicht wird, dass das Klimareglement umgesetzt wird und wir die entsprechenden Massnahmen ergreifen. Der Handlungsbedarf im Bereich Mobilität ist gross. Der Controllingbericht 2021 zeigt, dass man noch nicht annähernd das Ziel von einer 20-prozentigen Reduktion der Verkehrsleistung des MIV gegenüber 2008 erreicht hat. Tatsache ist, dass der MIV aktuell einen grossen Teil der Belastung für die Umwelt darstellt und dass der MIV in der Stadt Bern der Grossteil von dem 2 Mio. m² grossen städtischen Strassenraum beansprucht. Die Strassen, auf denen die Leute meistens alleine in ihren Autos herum sausen können, nur damit ein bisschen herum gesaust wird oder weil es gerade so praktisch ist und man doch nicht noch die 5 Stationen mit dem Tram oder Bus fahren will, bedecken einen grossen Teil des Bodens der Stadt Bern. Die vielen Strassen, auf denen der MIV herumfahren kann, geben nicht nur eben die Möglichkeit, dass man auch aus Bequemlichkeit das Auto oder das Motorrad nehmen kann. Nein, sie verhindern schlussendlich auch, dass nur sehr beschränkt eine Versickerung stattfinden kann und sich die Stadt darum auch nicht abkühlen kann. Dazu kommt noch, dass der MIV durch, dass es so viele Strassen gibt, die er befahren kann, das auch macht und damit tagtäglich neben den klimaschädlichen Wirkungen auch die Gesundheit der ganzen Bevölkerung schadet, eben auch von denen, die gar kein MIV brauchen. Deshalb muss die Stadt Bern dort eingreifen und dafür sorgen, dass die Fläche, die dem MIV zur Verfügung gestellt wird, verkleinert wird und damit die Fläche, die dem ÖV, Fuss- und Veloverkehr zur Verfügung steht, vergrössert wird. Die weiteren Möglichkeiten, die sich durch eine Befreiung der Strassen vom MIV ergeben würden, sind beispielsweise auch mehr Freifläche für die Bevölkerung, mehr Raum für nachhaltige Mobilitätsformen, Begrünungen und so weiter. Die Forderung unserer Motion ist wissenschaftlich fundiert und es sind klare Forderungen. In der Antwort meint der Gemeinderat, dass das aus verschiedenen Gründen nicht möglich ist und verweist auf die Stadtklimainitiative, die verlangt, dass in den nächsten 10 Jahren mindestens 0,5% von der befestigten Strassenfläche auf dem Gemeindegelände entsiegelt werden soll. Das ist ja gut und schön, aber es reicht eben einfach nicht. Für viele andere Massnahmen, die dort ergriffen werden, ist es einfach nicht genug. Und hat eigentlich bei allen Massnahmen auch noch Platz nach oben. Und ja unsere Forderung der Halbierung des MIV beanspruchten Raums in der Stadt Bern bis im Jahr 2035 erscheint radikal. Das wird sicher auch andere Rednerinnen und Redner, die jetzt noch anwesend sind, wieder betonen. Aber liebe Anwesende,

Klimawandelauswirkungen sind für gewisse Menschen bereits jetzt extrem und werden immer wie extremer. Es ist also eine Frage der Klimagerechtigkeit, dass wir in der Stadt radikal unsere Gewohnheiten und unsere Verhaltensweise ändern. Und da gilt auch der Einwand, dass man keine Lust habe, ein Cargovelo zu fahren, nicht. Uns als JA! ist aber auch bewusst, dass eine Umsetzung nicht vom einen Tag auf den anderen passieren kann. Wegen dem und wegen den Einwänden des Gemeinderates wandeln wir unsere Motion in ein Postulat und fordern, dass sich der Gemeinderat beziehungsweise der künftige Gemeinderat im Strassennetz von Bern eine klare Übersicht verschafft, auf welchen Strassen der MIV aus Sicht des Klimaschutzes sinnvollerweise erlaubt sein muss und wo nicht und dort, wo er nicht sein muss, dass der MIV nicht mehr länger erlaubt wird. Die Antwort der Gemeinderätin zum Traktandum 14 der weckt doch Hoffnung, dass das zeitnah angepackt wird. Danke vielmals für ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Tanja Miljanovic von der GFL-Fraktion.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Fraktion: So mein letztes Votum heute Abend. Also die GFL unterstützt auch die Motion nicht, und zwar nicht einmal, weil sie irgendwie speziell radikal wäre, wie es Mahir Sancar vorher angetönt hat, sondern weil es schlicht für die Stadt Bern wie zu weit geht. Wir lehnen sie auch als Postulat ab, und zwar einfach, weil das Postulatsangebot des Gemeinderats eigentlich an eine Alibiübung erinnert und schon in seiner Antwort dargelegt wird, warum das eine Halbierung der MIV-Fläche nicht möglich ist. Und ich werde jetzt ein bisschen den Gemeinderat kritisieren, aber ich möchte ganz deutlich sagen, es ist nicht gegen die Gemeinderätin Marieke Kruit oder ihre Direktion explizit gerichtet, sondern das ist einfach etwas, was wir jetzt eigentlich immer wieder beobachtet haben über alle Direktionen hinweg. Und wir finden es einfach sehr befremdend, dass der Gemeinderat als Ganzes eigentlich immer wieder die Art von Besänftigungs- und Beschäftigungs-Postulat-Therapie anbietet, sobald eine Motion eigentlich nicht wirklich umsetzbar ist, aber aus den eigenen Reihen kommt. Ich meine, wir wissen, was der Ausgang des Prüfauftrags ist. Wir haben eine Stadtklimainitiative eingereicht, die eine Umwandlung von nicht einmal 2% der MIV-Fläche fordert. Der Gemeinderat sagt, das geht wie nicht, hat einen konstruktiven Gegenvorschlag angeboten. Aber eben, es geht hier um 2%, die man geprüft hat, eingehend geprüft hat und beschlossen hat, das geht nicht, das ist für die Stadt Bern zu viel. Aber hier heisst es jetzt, und man soll daran glauben, dass man 50% auch prüfen will, sinnvoll prüfen, obwohl 2% nicht gehen. Das macht irgendwie keinen Sinn und deshalb lehnen wir es auch ab.

Präsidentin: Danke, Tanja. Dann kommt Nora Krummen für die SP/JUSO-Fraktion.

Nora Krummen (SP) für die Fraktion: Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt die Vision dieser Motion. Die Verteilung der Fläche im öffentlichen Raum ist höchst relevant. Die Bedeutung des öffentlichen Raums steigt auch in Bern. Der öffentliche Raum ist ein zentraler Bestandteil der Lebensumwelt. Werden MIV-Spuren abgebaut, wird Raum frei für Begegnungen, Klimaanpassungsmassnahmen und für den Velo- und Fussverkehr. Letztes Jahr ist eine interfraktionelle Motion zur Schaffung von 2 Superblocks als Pilot in 2 Quartieren eingereicht worden. Die Vision der Superblocks entspricht der Forderung der Motion. Es wird Raum für eine Kombination aus sozial-räumlichen und Klimaanpassungsmassnahmen freigespielt. Die Motion, aber auch die Stadtklimainitiative respektive der Gegenvorschlag und die Motion zu den Superblocks, sind nur einige

Beispiele von Vorstössen, die in Richtung Umverteilung des öffentlichen Raums gehen. Zudem ergreift auch der Gemeinderat Massnahmen in die richtige Richtung. Bei aller Sympathie für diese Motion sind die Vorbehalte des Gemeinderates vor allem im Hinblick auf übergeordnetes Recht valabel. Wir unterstützen den Vorstoss als Postulat, aber nicht als Motion. Nichtsdestotrotz muss die Umverteilung des öffentlichen Raums weg vom MIV, hin zu mehr Fuss- und Veloverkehr, sozial-räumliche und Klimaanpassungsmassnahmen konsequent weitergehen.

Präsidentin: Merci, Nora. Dann kommt Oliver Berger für die FDP/JF-Fraktion.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Ja und schon wieder grüsst ein utopischer Vorstoss. Dieses Mal erinnert es sogar ein bisschen an sowjetische Begebenheiten, wo der Staat alle unter dem Deckmantel des Allgemeininteresses enteignet und entmündigt. Die Fraktion FDP/JF lehnt den mit Euphemismus gespickten Vorstoss der Umverteilung MIV-Infrastruktur ab. Es ist erneut ein politischer Trojaner, der einmal mehr auf das offenbar grosskapitalistische, umweltverschmutzende Feindbild des MIV abgesehen hat und mit untauglichen Bremsmanövern die Bevölkerung vergrämen soll, die eigentlich auf das Auto angewiesen sind. Die Stadt Bern hat heute schon einen hohen Anteil von öffentlichen Räumen, seien das Plätze, Parks, Wälder, Flüsse, Sees, alles in G-Distanz und in Tagesreichweite. Es gibt auch schon genug Begegnungszonen in der Stadt. Der Modal Split, Entschuldigung, ist ebenfalls fortschrittlich. Die Mobilität muss sozialverträglich sein für die Gesamtbevölkerung und nicht nur für ein kleines Elektorat der Privilegierten. Es geht, wie bereits mehrfach gesagt, nur in friedlicher Koexistenz, indem sich die verschiedenen Verkehrsträger ergänzen und komplettieren. Ein Gegeneinander aufwiegeln und ausspielen ist weder lösungsorientiert noch zukunfts-tauglich. Wir empfehlen ihnen, diesen Vorstoss sowohl als Motion als auch als Postulat abzulehnen. Besten Dank.

Präsidentin: Merci, Oliver. Gibt es Einzelvoten? Gut, Alex Feuz für die Fraktion SVP.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich kann mich meinem Vorredner anschliessen. Was für mich entscheidend ist, die Motion verstösst ganz klar gegen übergeordnetes Recht. Ihr wollt hier auf städtischer Ebene, wollt ihr wirklich quasi ein sowjetisches System machen mit Planungswirtschaft. Ihr wollt die Verkehrsflächen halbieren. Sagt mir einfach dann welche Leute denn auch das Recht haben in ihr Quartier hineinzufahren. Will man dann sagen, das Kirchenfeld darf dann noch, Bümpliz darf dann nicht, Gryphenhübeli darf nicht, Obstberg darf. Mit diesen 50%, das ist für mich schon gar nicht umsetzbar. Wir lehnen es auch als Postulat ab. Denn ich habe immer gesagt, ich werfe euch das immer vor, wir haben Grünflächen, die ihr zerstört. Viererfeld, der Springgarten, das Gaswerkareal, selbst die Manuelmatte gilt jetzt wieder als langfristige Baulandreserve und nachher meint ihr dann mit solchen schikanösen Massnahmen das Klima zu retten. Ich sage immer, ihr könnt auf dem Helvetiaplatz noch ein bisschen mehr Bäume hineintun, Bäumchen, die Sträucher in Plastikkörbchen. Schaut doch einmal die wunderbare Allee bei der Thunstrasse an, die ihr gemacht habt vor der "Cremeschnitte". Da sind ein paar dürre Zweige drin, dort, wo früher eine schöne Allee gewesen ist, habt ihr ein paar Zweige gepflanzt. Luzius Theiler hat das auch immer gesagt, ich verstärke das zu seinen Ehren, verstärke das Votum gerne noch einmal. Das bringt rein gar nichts. Aber ihr wollt hier der Bevölkerung, die auf das Auto angewiesen ist, alles einengen. Für mich ist auch der Postulatszweck nicht zulässig, ich will

jetzt hier nicht viel schärfer sein, sonst wird die ganze Sache noch als Motion angenommen. Aber für mich ganz klar, sie geht hier in eine falsche Richtung. Und das hat ja der Stimmbürger zum Glück und der Wähler in den letzten Nationalratswahlen honoriert, dass die elende Bevormundungspolitik, die ihr macht, falsch ist. Ihr wollt teilweise das Fleisch verbieten. Und ich sage das, ich habe das heute Michael Aebersold auch gesagt, ich habe das sehr wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass man heute auf dem Geranium-Markt eine Bratwurst essen konnte. Ich habe das gesagt, ich werde das hier sogar öffentlich verdanken. Aber das sind genau für mich die Sachen, wieso eben die grüne Politik mit dieser Bevormundung, die ihr dann in gewissen Quartieren... Sagt mir dann wie ihr die 50% machen wollt oder aber ihr irgendwie gewisse Quartierteile... Ich weiss nicht, ob ihr es grafisch einteilen wollt, mit einer Linie, wo man noch fahren darf und wo man nicht fahren darf. Wie gesagt, die Planwirtschaft ist zum Glück in der Sowjetunion gescheitert. Ihr führt es hier wieder ein, nehme da gerne das Votum von Oliver Berger auf. Aber das ist der falsche Ansatz. Ihr bevormundet die Leute hier, aber es macht mir Freude, dass der Stimmbürger hier nicht mitmacht und euch abstrafen. Deshalb stimmt bitte hier Nein, sowohl zur Motion als auch zum Postulat. Ich danke allen, die meinen Ausführungen folgen. Danke.

Präsidentin: Danke, Alex. Gibt es noch Fraktionsvoten? Oder Einzelvoten? Michael Sutter.

Michael Sutter (SP), Einzelvotum: Ich sage gerne etwas zu einer kürzlich veröffentlichten Studie der ETH Zürich, und zwar von einem gewissen Professor Kai Axhausen, eine absolute Koryphäe im Bereich der Verkehrsplanung und von der Modellierung von Verkehrsmodellen. Und der hat ungefähr die Forderung des Vorstosses als sein Abschiedsprojekt von seiner Berufslaufbahn zusammen mit verschiedenen Partnern und vor allem ja als Forschungsprojekt von der ETH publiziert. Das Ganze nennt sich E-Bike-City und es läuft mehr oder weniger darauf hinaus, dass ungefähr die Hälfte der MIV-Infrastruktur für sinnvollere Transportmittel freigemacht wird. Für Zürich würde das heissen, dass ein Grossteil der Strassen halt als Einbahn geführt werden für den Autoverkehr. Es hätte breite Velostreifen auf die Cargo-Bikes und so weiter darauf Platz hätten. Ja, es ist vielleicht ein bisschen zu visionär im Moment und es sprengt die Vorstellungskraft mindestens des bürgerlichen Teils des Rates. Aber es ist höchste Wissenschaft und wird wahrscheinlich früher oder später in ähnlicher Form so umgesetzt.

Präsidentin: Danke, Michael. Wenn es keine Einzelvoten mehr gibt? Es gibt noch ein Einzelvotum von Alex Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Das Votum hat mich rasch ein bisschen provoziert zu einer Replik. Man spricht immer von Koryphäen. So geht es manchmal auch bei den Fussballern. Wie oft hat man gesagt, das ist eine riesengrosse Koryphäe. Wie kommt es nachher heraus? Ich bin eher der Meinung – da spricht hier wieder einmal Cassandra –, das ist eben der falsche Ansatz. Ihr schränkt die Leute hier ein und bevormundet sie und wie ihr das dann machen wollt mit diesen 50% in den Strassen die Häuser haben mit Zugängen, wo wir dann nicht mehr durchfahren können oder was auch immer, es ist nicht umsetzbar. Darum es gibt viele Propheten oder was auch immer, wo man halt nachher herausgefunden hat, dass ihre Theorie, die sie mal vertreten haben, nicht so ist. Es gibt auch Leute, die gesagt haben, die Erde sei eine Scheibe, die sind gar vom Papst geschützt worden und ich bin nicht gut in Physik gewesen, aber ich weiss, dass die Erde keine Scheibe ist.

Präsidentin: Merci, Alex. Gibt es jetzt noch Einzelvoten? Dann hat Marieke Kruit das Wort für den Gemeinderat.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Die Stossrichtung des Vorstosses unterstützt den Gemeinderat. Der öffentliche Raum ist knapp, und die Anliegen und Wünsche an diesen Raum sind sehr vielfältig. Mit unseren Planungsgrundsätzen im öffentlichen Raum Bern haben wir dazu auch das richtige Instrument. Wer öffentliche Räume plant, muss sich damit auseinandersetzen, welche Aufgaben die Räume für die heutigen und kommenden Generationen erfüllen müssen. "Bern baut" versteht öffentliche Räume als Orte, die für Jung und Alt gleichermaßen funktionieren müssen und dadurch eine hohe Lebensqualität für die gesamte Gesellschaft bedeutet. Der Mensch steht dabei selbstverständlich im Zentrum. Eine hohe Lebensqualität ist wiederum ein Schlüsselfaktor für eine wirtschaftlich erfolgreiche, aber auch sozial stabile Stadt. Öffentlicher Raum ist eben nicht nur Verkehrsraum, sondern eben vielmehr eine Umverteilung dieser Fläche, muss aber sorgfältig geplant werden und es gibt dabei schon gewisse Herausforderungen, die wir eben gerne in der Beantwortung auch aufzeigen wollen. Der Gemeinderat bittet sie deshalb, diese Motion als Postulat entgegenzunehmen.

Präsidentin: Merci, Marieke. Wir kommen zu den Abstimmungen. Zur Abstimmung, und zwar wurde sie in ein Postulat umgewandelt und wir stimmen über das Postulat ab.

Abstimmung Nr. 022

2022.SR.000158: als Postulat

Annahme

Ja	32
Nein	29
Enthalten	0

Präsidentin: Das Postulat ist angenommen.

2022.SR.000202

20 Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GFL/EVP, GB/JA!, GLP/JGLP (Michael Sutter, SP/Tanja Miljanovic, GFL/Claude Grosjean, GLP/Jelena Filipovic, GB): Abstellplätze für Cargobikes

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 20. Eine interfraktionelle Motion über Abstellplätze für Cargo-Bikes. Empfohlen ist die Annahme der Motion. Ist sie bestritten? Dann haben die Einreichenden das Wort, Michael Sutter.

Michael Sutter (SP) für die Einreichenden: Wir danken dem Gemeinderat für die ausführliche Antwort und die wohlwollende Aufnahme von unserem Anliegen. Dass er die Erstellung von Abstellplätzen für Lastenvelos als prioritäre Massnahme sieht, ist sehr erfreulich. Allerdings gibt es schon nicht nur in den Velostationen und gerade bei Kitas und Kindergärten Bedarf an so Abstellplätze, sondern eigentlich ganz generell an den meisten Orten, wo es heute schon Veloabstellplätze gibt. Nur so kann die nachhaltige

Gestaltung des städtischen Logistikverkehrs, den der Gemeinderat anstrebt, auch gelingen. Spezielle Abstellplätze für Cargo-Bikes sollen primär auf Kosten von Autoparkplätzen gehen und sicher nicht zu Lasten von – vor allem in der Innenstadt – schon stark ausgelasteten Veloabstellplätzen. Wie so oft ist das Bundesrecht, das schnelle und geeignete Lösungen erschwert bis verhindert. Es ist deshalb zu begrüßen, dass mit Pilotprojekten jetzt Erfahrungen gesammelt werden sollen, damit dann vielleicht irgendwann auch auf Bundesebene gehandelt wird. Die Schaffung von spezifischen Abstellplätzen für Lastenvelos darf sicher auch nicht dazu führen, dass sie nur noch dort parkiert werden dürfen, sondern wie andere Velos auch weiterhin überall dort stehen dürfen, wo es nicht explizit verboten ist und am Fuss- und dem Veloverkehr nicht im Weg stehen.

Präsidentin: Danke, Michael. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Alex Feuz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich gehe nach vorne, denn Daniel Michel wäre heute hier Referent gewesen zu dem Geschäft. Ich bin jetzt eingesprungen als zweiter Referent. Wie gesagt, ich habe nichts gegen Cargo-Bikes, für gewisse Verwendungszwecke ist das sinnvoll, ist es eine gute Möglichkeit. Aber, und jetzt kommt das grosse aber, wenn ihr in der ganzen Stadt die Parkplätze aufhebt und jeden Vorwand dazu braucht... Man hat Freude, wenn man statt 2,3 m, Lastenvelos mit 2,5 m nehmen kann, wenn man in einem Quartier wie an der Schillingstrasse oder Ensingerstrasse 39% oder 36% der Parkplätze aufhebt und wenn ich dann vielleicht noch einen Nachbar habe, der sagt, das ist jetzt noch genial so ein teures Cargo-Bike zu haben, dann werden dann plötzlich 45% oder 50% der Parkplätze aufgehoben. Dann bin ich ganz klar dagegen, sowohl als Motion wie auch als Postulat und ich sage, wir müssen ein Miteinander von allen Verkehrsträgern haben. Es gibt durchaus Möglichkeiten, wie man das machen kann, und wenn man es dann schon einführt, meine Damen und Herren, dann haben wir dann die Bestimmungen des öffentlichen Gemeingebrauchs und dann haben wir hier nicht ein Velo, wir haben dann hier ein Cargo-Bike, das relativ breit ist, das relativ lang ist. Das hat praktisch Dimensionen von einem Kleinwagen, das ist einfach schmaler. Ihr kennt mich, ich kenne mich bei Autos und Oldtimer gut aus, ich kenne mich da bei diesen Elektro- und Velozwischendinger nicht so gut aus. Aber es gibt die, die relativ schmal sind, die es schon früher gegeben hat, die Elektrosachen, die sind häufig noch schwer verunfallt, dass eine Kanzel gewesen ist, wo relativ wie ein Messerschmitt Kabinenroller ausgesehen hat, das ist so ein Fahrzeug aus den Fünfzigerjahren. Dann müsst ihr dann für die fast vergleichbare Parkgebühren zahlen wie auch für das Auto. Und ich frage mich auch ob die Cargo-Bikes, ob dann die, die man dort abstellt, ob dann die so sicher sind. Dann wollt ihr sicher auch noch einen Pfosten, dass dann der verankert ist, dass man es nicht stehlen kann. Da sage ich, wie gesagt einen Kompromiss: "Leben und Leben lassen." Macht die Parkplätze für die Autos. Ihr könnt da etwas machen für die Cargo-Bikes, ich bestreite das Bedürfnis nicht. Aber lasst den Leuten noch das Auto, sonst wollt ihr noch den letzten Bürger vertreiben. Ich habe gerade vorgestern bei der Jungfrau-Zeitung ein Interview gegeben mit Video genau zu diesem Thema und ich sage euch ganz klar, was ihr hier wieder macht, ist eben wieder, die letzten Autofahrer aus der Stadt Bern zu vertreiben. Es gibt Möglichkeiten, da bietet sogar der Feuz Hand dazu. Aber wenn ihr dann alle Parkplätze aufhebt, kämpfe ich für jeden Parkplatz, denn ihr habt ganz verbissen, dass wir die noch haben können. Und ich habe vorhergesagt, wenn dann die Schwiegermutter, der Freund, die Freundin nicht mehr nach Bern kommen können, eure Kinder zu hüten, dann verarmen die sozialen

Kontakte und dann würde ich mich vielleicht auch einmal berufen fühlen nach Strassburg zu gehen. Es würde mir rechtlich wahrscheinlich nicht allzu schwer fallen. Wenn mich irgendjemanden sponsoren würde, zumindest für die Verfahrenskosten, dann kann man es versuchen, und sagen: "Ich will mich nicht einengen lassen, sämtliche Parkmöglichkeiten und mein Leben nach rot-grünen Vorschriften zu machen." Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Danke, Alex. Als nächster Sprecher kommt Thomas Hofstetter von der FDP/JF-Fraktion.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Die Fraktion FDP/Jungfreisinn stimmt dieser Motion zu. Als liberale Partei sind wir der Meinung, dass neue Bedürfnisse und Gewohnheiten der Bernerinnen und Berner respektiert werden müssen. Wir haben zwar noch nicht viele Cargo-Bikes in der Stadt gesehen und auch die Parkierproblematik der Cargo-Bikes ist kein offensichtliches Problem, aber trotzdem ist es sicher nicht falsch, wenn man die Herausforderungen proaktiv angeht. Für unsere Fraktion ist es aber sehr wichtig, dass bei den neuen Lösungen keine bestehenden Parkplätze verloren gehen, sei es für Velo, Motorräder oder Autos. Die möglichen neuen Parkplätze dürfen nicht auf Kosten anderer bestehender gebaut werden.

Präsidentin: Merci, Thomas. Gibt es Fraktionserklärungen? Oder Einzelvoten? Dann hat Marieke Kruit das Wort. Ursula Stöckli würde gerne etwas sagen. Als Einzelvotum?

Ursula Stöckli (FDP), Einzelvotum: Die Maximalforderung von wegen ich möchte mein Cargo-Bike abstellen, wo ich will, diese sollten natürlich in der unteren Altstadt nicht gelten. Der gesunde Menschenverstand scheint dort manchmal wirklich nicht ganz vorhanden zu sein. Cargo-Bikes, wenn die quer in der Laube abgestellt werden, dann kommt einfach niemand mehr durch, kein Rollstuhl mehr, kein Kinderwagen mehr, überhaupt zu Fuss ist es manchmal auch extrem schwierig und ich übertreibe nicht. Ich rede hier wirklich aus Erfahrung. Ebenfalls Cargo-Bikes haben das Gefühl, dass sie von Laubenbogen zu Laubbogen einfach abgestellt werden dürfen, und das sei alles wunderbar. Ein Laubenbogen ist zum Durchlaufen und nicht für Cargo-Bikes, die dort abgestellt werden. Da muss ich manchmal schon ein bisschen am Verstand zweifeln von denen, die dort ihr Cargo Bike abstellen. Abstellen irgendwo in der unteren Altstadt, das ist keine Möglichkeit und das sollte verboten sein.

Präsidentin: Merci, Ursula. Dann hat Thomas Glauser das Wort.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Das ist auch wieder ein bisschen ein Träumchen von einer links-grünen Politik, dass man hier jetzt die Cargo-Bikes bevorzugen will. Es gibt viele Fahrzeuge in der Stadt. Es gibt aber auch einen engen Raum in der Stadt der Fussgänger und der Velofahrern und ich muss sagen, wenn man jetzt hier wild einfach überall die Parkplätze für Cargo-Bikes machen will, zugunsten der Cargo-Bikes und zulasten der Autoabstellplätze, ist es eigentlich überhaupt nicht eine gerechte Sache. Wenn man das vielleicht kontingentiert machen würde, gezielt würde machen, überlegt würde machen. Man hat es aber auch gesehen bei dem ganzen Abfalltrennsystem, überall Container hinstellen und hier kommt man gerade mit dem gleichen Konzept. Jetzt will man die ganze Stadt mit Cargo-Bikes befestigen. Die Stadt wird nicht grösser. Es ist eng, es gibt immer mehr Leute. Deshalb sind wir eigentlich gegen diese ganze Angelegenheit.

Präsidentin: Danke, Thomas. Gibt es sonst noch Einzelvoten? Dann hat Marieke Kruit das Wort.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Der Gemeinderat unterstützt das Anliegen der Motionär*innen. Es entspricht den Zielsetzungen der Velo-Offensive und dem Masterplan "Veloinfrastruktur". Das Potenzial der Cargo-Bikes als umweltfreundliches, aber auch flächeneffizientes Verkehrsmittel, das ist gross, vor allem auch beim Logistikverkehr mit Blick auf die letzte Meile. Das Angebot an Abstellflächen hinkt aber noch hinterher. Hier besteht wirklich Handlungsbedarf, und der Gemeinderat hat dies erkannt. Der Masterplan "Veloinfrastruktur" wird ja derzeit aktualisiert und mit Standards eben auch für Cargo-Bikes ergänzt. Hier ein paar nicht abschliessende Beispiele: Im Leitfaden "Velo-parkierung für Wohnareale" ist ein Anteil von 20% Spezialvelos vorgesehen. Im Masterplan "Veloinfrastruktur" – also die öffentliche Vernehmlassung, die läuft noch bis am 30. April – sind neue Standards für Cargo-Bike Abstellplätze auch festgelegt und in den städtischen Velostationen mit entsprechender Zufahrtsmöglichkeit besteht ja schon lange die Praxis breite Abstellflächen für Cargo Bikes zu erstellen. Kürzlich wurde die Fläche in der Velostation Postpark erweitert. Zielwert in den Velostationen ist ebenfalls ein 20%-Anteil. Das ASTRA hat in Aussicht gestellt, in der Signalisationsverordnung neu ein Signal "Cargo-Bike" einzuführen. Also die Vernehmlassung ist im 2023 gewesen. Sie ist aber noch nicht in Kraft. So könnten eben auch im öffentlichen Raum entsprechende Flächen auch gekennzeichnet werden, was im Moment eben noch nicht möglich ist. In den laufenden Projekten, zum Beispiel beim Wylerbad werden separate Flächen für Cargo-Bikes und eben auch Spezialvelos bereits mitgeplant. Und des Weiteren projektieren wir bei Veloabstellplätzen im öffentlichen Raum, aber eben bei Veloabstellplätzen nicht irgendwo anders, möglichst so, dass wir die so dimensionieren, dass eben auch Cargo-Bikes drin abgestellt werden können.

Präsidentin: Merci, Marieke. Wir kommen zur Abstimmung über die Motion oder Postulat? Dies als Motion, als Richtlinie, wenn ich das richtig gehört habe. Wir stimmen ab.

Abstimmung Nr. 023

2022.SR.000202: als Richtlinie

Annahme

Ja	49
Nein	9
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt die Motion als Richtlinie erheblich erklärt.

2023.SR.0102

21 Interfraktionelles Postulat GLP/JGLP, GFL/EVP, GB/JA, AL/PdA, SP/JUSO (Michael Ruefer, GLP / Tanja Miljanovic, GFL / Nora Joos, JA / David Böhner, AL / Laura Binz, SP): Überprüfung Basisstrassennetz

Regionalkonferenz Bern-Mittelland: Bahnhofplatz entlasten, Bollwerk aufwerten, Klimastrategie umsetzen

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 21. Das ist ein interfraktionelles Postulat. Es ist Annahme empfohlen. Ist das Postulat bestritten? Es ist bestritten, dann erteile ich den Einreichenden das Wort. Wollen die Einreichenden auf das Votum verzichten? Dann kommen wir zu den Fraktionserklärungen. Einzelvotum? Votum von der Gemeinderätin? Dann stimmen wir über die Erheblichkeitserklärung des Postulats ab.

Abstimmung Nr. 024

2023.SR.0102

Annahme

Ja	48
Nein	12
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt das Postulat erheblich erklärt.

2023.SR.0124

22 Motion Fraktion GB/JA (Nora Joos, JA) und Michael Ruefer (GLP): MIV – Sperrung der Kornhausbrücke

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 22. Das ist eine Motion der GB/JA!-Fraktion. Die Motion ist bestritten. Wollen die Einreichenden das Wort? Nora Joos für die Einreichenden.

Nora Joos (JA!) für die Einreichenden: Unsere Motion zur MIV-Sperrung der Kornhausbrücke ist aus einem Antrag beim Geschäft der Sanierung der Kornhausbrücke letzten Herbst entstanden. Die GB/JA!-Fraktion hat schon damals gefordert, dass diese Brücke für privat genutzte Autos gesperrt werden soll. Diesen Antrag haben wir aber zurückgezogen, um die Sanierung der Brücke nicht zu verzögern. Heute besteht die Gefahr der Verzögerung nicht mehr und deshalb fordern wir mit diesem Vorstoss, dass die Sperrung der Kornhausbrücke für den privaten MIV auf der Brücke endlich in Angriff genommen wird. Wir wollen keine Prüfung als Postulat und auch keine Prüfung innerhalb der Umgestaltung der Hodlerstrasse, sondern jetzt eine möglichst schnelle Umsetzung. Denn wie der Gemeinderat in seiner Antwort sagt und wir auch jetzt schon in den vorherigen Traktanden etliche Male diskutiert haben, ist die Verlagerung auf stadtverträgliche, flächeneffiziente und ressourcenschonende Mobilitätsarten dringend notwendig. Eine Sperrung der Brücke für den privaten MIV hat 2 Hauptvorteile: Einerseits wird dadurch die Brücke selber für Velofahrende angenehmer und sicherer, andererseits und das ist noch fast der wichtigere Grund, dient die Sperrung der Brücke der Verkehrsberuhigung der Innenstadt. Es darf nicht sein, dass im Jahr 2024 Gassen wie die Zeughausgasse, über die wir heute ja auch schon diskutiert haben oder die Rathausgasse nach wie vor stark von den fahrenden oder parkierten Autos geprägt sind. Autos haben in der Innenstadt nichts zu suchen. Das Ziel muss sein, dass ausgenommen vom Gewerbe, beeinträchtigte Menschen und den Blaulichtorganisationen die Innenstadt autofrei ist. Entsprechend sind auch die Zufahrtswege zur Innenstadt autofrei auszugestalten. Die Sperrung der Kornhausbrücke ist mit flankierenden Massnahmen

umzusetzen. Der Bericht zur Aktualisierung des Basisstrassennetzes der Regionalkonferenz Bern-Mittelland kommt zum Schluss, dass die Sperrung der Kornhausbrücke erstens keinen Einfluss auf den Verkehr beim Viktoriarain hat und zweitens, dass nur mit einer parallelen Sperrung vom Bahnhofplatz und einer Anpassung des Knoten Bollwerk die Sperrung empfohlen werden kann. Entsprechend kann eine Sperrung der Kornhausbrücke für den privaten MIV mit parallel laufenden Massnahmen beim Bahnhof, beim Bollwerk und zusätzlich – unserer Meinung nach – auch bei der Nydeggbücke in Angriff genommen werden. Die Aktualisierung des Basisstrassennetzes zeigt, dass es machbar ist. Danke an dieser Stelle dem Gemeinderat für die Aufnahme der Prüfung der Kornhausbrücke während der Aktualisierung des Basisstrassennetzes, auch wenn diese Brücke eigentlich nicht zum Basisstrassennetz gehört. Abschliessend: Wir Einreichende freuen uns auf eine möglichst schnelle Umsetzung der Sperrung der Brücke für den privaten MIV und die zusätzlich notwendigen flankierenden Massnahmen auf den anderen Strassen. Noch einmal, es geht uns nicht um eine Prüfung einer möglichen Sperrung, sondern unsere Motion ist ein Auftrag zur Umsetzung für eine verkehrsberuhigte Innenstadt und damit zur Sperrung der Kornhausbrücke für den privaten MIV. Merci.

Präsidentin: Merci, Nora. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Dann Niklaus Mürner für die SVP.

Niklaus Mürner (SVP) für die Fraktion: Als ich das durchgelesen habe, dass es wieder ein bisschen gegen den MIV geht, das ist mir heute ja etwa einmal ein bisschen bewusst geworden und das ist auch heute sehr viel diskutiert worden. Aber wenn man nachher schaut, dass es eigentlich darum geht, dass man noch versiegelte Flächen aufhebt, stellt sich dann schon die Frage, ob man sie als Durchgangsstrasse, die sie darstellt, weiterhin muss offen halten und wenn man dann nachher den ÖV durchschleusen, was auch korrekt ist, will, dann reisst man eigentlich keine einzige versiegelte Fläche auf. Und darum ist es dann ja so, dass nachher der Quartierverkehr beim Viktoriarain zunehmen wird. Es ist so gewesen, damals, als die Kornhausbrücke gesperrt gewesen ist, dann als so dass, wie sagt man dem, dass "Beizli-Zeug" darauf gewesen ist, als man sie renoviert und saniert hat. Dann hat man nachher am Viktoriarain plötzlich vor der Ampel längere Staus gehabt als jetzt. Von daher, dass wir an Studien sind, die Tatsachen haben aber etwas anderes gesagt und es ist eigentlich so, wenn man das anschaut, dann geht es hier einfach direkt gegen den MIV. Es geht aber eigentlich nicht wirklich darum, dass man versiegelte Flächen verhindern würde, sondern es ist in sich dort ein bisschen widersprüchlich. Deshalb ist die SVP der Meinung, dass man das ablehnen sollte die Motion. Danke.

Präsidentin: Danke, Niklaus. Weitere Fraktionserklärung? Ursula Stöckli für die FDP/JF-Fraktion.

Ursula Stöckli (FDP) für die Fraktion: Ja, einmal mehr. Ihr wollt der Altstadt und der Stadt den Atem abstellen. Ihr zeigt zwar auf, dass das Gewerbe dann schon noch durchfahren darf, gewisse andere habt ihr auch noch aufgezählt, wie Blaulichtorganisationen. Da sind wir doch alle froh, wenn die Sanität noch in die Altstadt kommen darf. Was ihr natürlich einmal mehr vergesst, sind die Anwohner und die Anwohnerinnen. Ihr wollt denen also verbieten, mit ihrem Auto in ihre Garage zu fahren, ihr wollt verbieten, überhaupt irgendetwas auszuladen bei ihnen zu Hause. Ihr wollt sie bevormunden und wollt sie eigentlich ja in dem Sinn für unmündig erklären. Altstadtbewohner habt ihr

völlig vergessen und die vergesst ihr auch immer wieder. Was ihr auch vergesst, ist, dass die Geschäfte in der unteren Altstadt ebenso von denen Leben, die etwas abholen wollen und die dürften dann auch nicht mehr durchfahren und das wäre dann MIV und das wäre privat und die sollen doch gefälligst mit dem Cargo-Bike ihr Sofa abholen gehen. Als nächstes werdet ihr sagen, man solle in der unteren Altstadt auch keine Sofas verkaufen. Das grosse Zeug soll man ausserhalb der Stadtmauern machen, einmal mehr, auch dort eine Bevormundung. Als nächstes, es wurde so angetönt, es reicht nicht, wenn ihr die Kornhausbrücke frei habt. Das nächste habt ihr schon im Auge, ihr möchtet noch die Nydeggbücke freimachen und dann wollt ihr sicher auch noch als nächstes die Helvetia-Brücke... nein, die Kirchenfeldbrücke freimachen. Wie wäre es mit der Lorrainebrücke? Ja, aber die unteren Altstadtbrücken sind natürlich schon besonders attraktiv und dann kann man einfach die ganze untere Altstadt und überhaupt die Altstadt abschneiden. Es wird "tötele" in dieser Altstadt. Ich sage es euch noch einmal, wenn ihr alles immer verbieten und abschneiden wollt. Die Unfälle, die da erwähnt werden, wegen die doch die Kornhausbrücke wahnsinnig gefährlich ist: Erstens hat es heute quasi keinen Verkehr mehr darauf, denn das meiste, was da fährt, ist der ÖV, der Bus, das Tram und ganz viele Velos. Und auch wenn es eben nicht viel darauf hat, heisst das nicht: "Ja, dann kann man es ja sperren." Nein, dann heisst es eben: "Dort muss man es eben gerade nicht sperren für den MIV." Es fahren quasi keine Autos darüber. Die Unfälle passieren nicht wegen dem MIV oder wegen irgendwelcher anderen Verkehrsteilnehmer. Die Unfälle passieren, weil es so schöne Tramschienen hat auf dieser Kornhausbrücke. Und mehr als einmal konnte man zuschauen, oder konnte ich zuschauen, wie die Velos in die schönen Tramschienen hineinkommen. Verbietet doch einfach das Tram und macht doch einen Bus dann daraus. Die Unfälle sind wegen der Tramschienen und nicht wegen dem MIV. Noch einmal, den Vorstoss sollte man nicht nur ablehnen, Niklaus, den Vorstoss muss man ablehnen. Das ist einmal mehr ein Versuch von euch, in der unteren Altstadt die Luft abzustellen und zu machen, dass es nachher "tötelet". Das darf nicht sein. Die Altstadt lebt und so, wie sie heute befahren wird, ist die Kornhausbrücke absolut kein Problem.

Präsidentin: Danke, Ursula. Michael Sutter für die SP/JUSO-Fraktion.

Michael Sutter (SP) für die Fraktion: Ja, das ist höchst dystopisch, was man da hört. Das müssen ganz üble Absichten sein, die hinter diesem Vorstoss und seiner Urheber-schaft stehen. Ich will hier ein wenig entgegenhalten, es geht nicht einfach gegen den MIV, nein, es geht – meine Vorrednerin hat es auch schon gesagt – um Verkehrssicherheit. Es ist ein Vorstoss für die Sicherheit, für die Aufenthaltsqualität, für den Klimaschutz, für die Lebensqualität in der Altstadt, wo übrigens die überwiegende Mehrheit der Bewohnerinnen und Bewohner kein Auto hat. Und wenn man von Abgasen spricht, die man unbedingt weiterhin in der Altstadt haben will, und nachher sagt, ohne diese würde der Bewohnerschaft der Atem abgestellt, dann weiss ich nicht, ob man in der Altstadt CO₂ einatmet statt Sauerstoff, ich glaube es nicht. Beim SVP-Sprecher bin ich in einem Punkt sehr einig, es kann nicht einfach darum gehen, den MIV umzuverteilen, ihn von der Kornhausbrücke wegzunehmen und auf andere Strassen zu tun. Wir müssen ihn überall reduzieren. Da helfen wir gerne mit.

Präsidentin: Merci, Michael. Gibt es noch Fraktionsvoten? Einzelvoten? Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Ich denke, jetzt hat es euch wohl schon ein bisschen in den Weizen geschneit. Es kann doch nicht sein, dass man eine Brücke einfach abklemmt. Militärtaktisch haben wir jeweils gelernt, wenn der Feind kommt, dass man eine Brücke sprengt, dass der Feind eben ausweicht. Hier würde man jetzt die Brücke auch sprengen und schauen, dass niemand mehr durch kann, und die Autos fahren nachher in die Quartiere. Der Verkehr ist in den Quartieren. So einen Unsinn, überhaupt nicht wirtschaftlich, nicht ökologisch muss ich sagen. Das kann ich nicht verstehen, dass man das gutheissen würde, wenn man die Kornhausbrücke sperren würde. Vor allem muss man sehen, dass auch die behinderten Leute hier nachher nicht mehr in die Altstadt kommen mit Fahrzeugen, die älteren Leute, die Altstadtbewohner, KMU, Gastronomen. Es hat eigentlich nur Nachteile und weniger Verkehr habt ihr dann nicht, ihr habt dann den Verkehr eben viel geballter in den anderen Regionen. Als ehemaliger Kompaniekommandant und Offizier der Schweizer Armee würde ich sagen, die Brücke müsst ihr nicht sprengen, sonst habt ihr nachher vielmehr Schaden. Die Achse muss man offenlassen, damit sich der Verkehr auch ein wenig verteilen kann. Deshalb lehnen wir das ab.

Präsidentin: Danke, Thomas. Dann Nik Eugster.

Nik Eugster (FDP), Einzelvotum: Ich weiss nicht, ich reden jetzt nicht so drastisch wie Thomas, aber es ist mindestens so ein Pamphlet, denn ich bin auf der anderen Seite der Brücke. Vorhin haben wir gehört, was die Altstadtbewohner*innen sagen, zumindest ein Teil davon wirklich sagt: "Hey, lasst uns die Brücke offen. Wir müssen sonst auch mal etwas dort hinbringen." Vielleicht muss jemanden zum Doktor in der Innenstadt, sonst geht ja die Praxis auch irgendwo aus der Innenstadt heraus. Dann beginnt es wirklich zu "töten". Ich selber, ich bin auf der anderen Seite. Ich bin auf der Viktoria-platz-Seite oben und fahre täglich mehrmals mit dem Velo über die Brücke. Und, Sorry, es hat praktisch keinen Verkehr auf dieser Brücke. Also wenn mich etwas überholt, ein Auto, dann ist das ein Taxi und sonst, also ich sehe wirklich einfach das Problem dort nicht und wenn irgendetwas gefährlich ist, dann ist es wirklich einfach das Tram. Wenn du dort mit dem Velo zwischen dieser schönen Leitplanke und dem Tram bist, dann hast du jedes Mal so das Gefühl: "Wow, okay jetzt hoffentlich einfach nicht ein bisschen nervös werden mit dem Lenker oder so." Das müssten wir einmal anschauen, aber das ist eine andere Geschichte. Aber wirklich, wenn ihr dort jetzt nicht die Altstadt abklemmen wollt, wenn ihr jetzt nicht ein Problem irgendwie schaffen wollt, das eigentlich an einem Ort ist, an dem es gar kein Problem gibt, dann bitte, lehnt das ab, wirklich, bitte.

Präsidentin: Merci, Nik. Dann kommt Marieke Kruit für den Gemeinderat.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Die Studie der RKBM zur Aktualisierung des regionalen Basisstrassennetzes ist jetzt abgeschlossen. Das Ergebnis ist, dass die Sperrung der Kornhausbrücke als zusätzliche Prüfung aufgenommen wurde. Das ist ja zurückzuführen auf den Vorstoss, über den wir heute diskutieren. Die Kornhausbrücke ist nicht Bestandteil des regionalen Basisstrassennetzes. Für die RKBM ist deshalb die Wirkung einer Sperrung auf die umliegenden Netz-Elemente des regionalen Basisstrassennetzes im Vordergrund gestanden. Klar ist, dass die Sperrung die Belastung auf anderen Strecken verändern würde. Es wird zu Verlagerungen kommen und die müssen wir natürlich ganz genau anschauen, zum Beispiel eben die Verlagerung des Verkehrs in die Quartiere. Das darf nicht sein. Auch was es für Auswirkungen gibt, wenn der Bahnhof-

platz, auch eine Forderung des Stadtrates, dann auch noch Autoarm ausgestaltet werden würde und auch die Hodlerstrasse aufgewertet wird, das müssen wir wirklich sehr genau anschauen. Ja, kurz und gut, es gibt noch vieles zu klären und die einzelnen Projekte, die müssen wirklich in einem grossen Ganzen nachher funktionieren und das können wir euch aber sehr gerne aufzeigen.

Präsidentin: Merci, Marieke. Wir stimmen über die Motion ab.

Abstimmung Nr. 025

2023.SR.0124: als Richtlinie

Annahme

Ja	37
Nein	22
Enthalten	1

Präsidentin: Die Motion als Richtlinie ist angenommen.

2020.SR.000146

23 Postulat Fraktion GB/JA! (Franziska Grossenbacher/Katharina Gallizzi, GB): Priorisierung der Velohaupttrouten; Prüfungsbericht

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 23. Es geht um einen Prüfungsbericht. Die GB/JA!-Fraktion hat als Einreichende das Wort, Katharina Gallizzi.

Katharina Gallizzi (GB) für die Einreichenden: Vor 10 Jahren hat der Gemeinderat die Velo-Offensive gestartet mit dem Ziel, den Velo-Anteil im Gesamtverkehr bis ins Jahr 2030 auf 20% zu verdoppeln. Mittlerweile ist das Ziel ambitionierter geworden. Es soll bis 2035 30% Velo-Anteil werden. Ein Kernelement dieser Offensive ist der richtige Ansatz von Velo-Haupttrouten in der Stadt. Diese sollen gerade vom städtischen Veloroutennetz getrennt werden. Durch ihre Anbindung an die Agglomeration machen sie das Velofahren nicht nur in der Stadt, sondern auch über die Stadtgrenze hinaus attraktiver. Das ist ein wichtiges Detail für die Erreichung der Klimaziele, wenn man bedenkt, dass ein Grossteil der MIV-Fahrten in der Stadt von oder aus der Agglomeration kommt. Der Ausbau der Velohaupttroute kann also einen beträchtlichen Beitrag zur Erreichung der im Klimareglement geschriebenen Ziele leisten. Die Errichtung der Velohaupttroute ist aber aufwändig und es geht damit nicht so schnell vorwärts, wie es eigentlich sein müsste. Aus diesem Grund haben wir das vorliegende Postulat eingereicht, welches einen Plan fordert, wie die Velohaupttroute schneller und mittels Priorisierung in eine mittelfristige Investitionsplanung sichergestellt werden könnte. Wie soll ich sagen, der Gemeinderat gibt darauf nicht wirklich eine Antwort. Also ehrlich gesagt gibt er darauf gar keine Antwort. Es wird zwar aufgezählt, was in den letzten Jahren so gemacht und umgesetzt wurde in der Veloförderung. Das sind alles sinnvolle und wichtige Massnahmen, und ich möchte die Errungenschaften hier nicht schlecht reden. Von einer Priorisierung der Velohaupttroute, wie es der Vorstoss fordert, sind wir aber weit entfernt. Viel mehr heisst es im Vortrag: "angesichts der aktuellen Budgetlage muss sich die Planung und Umsetzung der Velo-Haupttrouten auf städtischer Ebene an die zur Verfügung stehenden Mitteln orientieren." Das ist keine Priorisierung und es ist auch kein mittelfristiger Plan, wie es mit der Velohaupttroute schneller und effizienter

vorwärtsgehen soll. Genau dies war aber der Punkt dieser Motion innerhalb der bestehenden Rahmenbedingungen Wege aufzuzeigen, wie die dringend notwendige Umsetzung beschleunigt und priorisiert werden könnte. Denn wir können nicht bis 2050 warten, bis die Veloinfrastruktur fertig gebaut ist. Laut dem Klimareglement sollten wir, wenn möglich, bis 2035 weniger CO₂ ausstossen als wir hier in der Stadt binden können. Wie man hört, sind wir mit diesem Bericht nicht wirklich zufrieden. Wir wollen aber die Verwaltung nicht mit dem Verfassen eines neuen Berichts belasten, sondern wir wollen ihnen lieber Ressourcen freihalten für die Planung und Umsetzung der Velohauptroute. Deshalb nehmen wir den Bericht zähneknirschend an. Was aber nicht heissen soll, dass wir das Gefühl haben, das Anliegen sei erledigt.

Präsidentin: Danke, Katharina. Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Einzelvoten? Dann hat die Gemeinderätin das Wort. Sie verzichtet. Dann stimmen wir darüber ab, ob ihr den Prüfungsbericht annehmen wollt.

Abstimmung Nr. 026

2020.SR.000146: Prüfungsbericht

Annahme

Ja	56
Nein	0
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr nehmt den Prüfungsbericht an.

2023.SR.000044

24 Postulat Eva Krattiger und Seraina Patzen (JA!) - übernommen durch Katharina Gallizzi (GB): Zugänglichkeit zum Veloverleihsystem gewährleisten!; Prüfungsbericht

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 24. Da geht es ebenfalls um einen Prüfungsbericht. Die Einreichenden haben das Wort. Es müsste die noch jemand anmelden. Esther Meier für die Einreichenden.

Esther Meier (GB) für die Einreichenden: Das Postulat zu der Zugänglichkeit des Veloverleihsystems in der Stadt Bern hat die JA! im Sommer 2018 eingereicht. Das war zu dem Zeitpunkt, als PubliBike in der Stadt mit ihren Leihvelos gestartet hat. Ich kann gerade vorwegnehmen, dass die Diskussionen um die Punkte, die im Prüfungsbericht beantwortet werden, zum aktuellen Zeitpunkt leider schon ein wenig müssig geworden sind. Denn wie der Gemeinderat in seiner Antwort schreibt, ist der ursprünglich fünfjährige Leistungsvertrag mit PubliBike inzwischen schon um 2 weitere Jahre verlängert worden und im Dezember 2023 hat die Stadt Bern zusammen mit 14 Partnergemeinden aus der Region zudem schon eine neue Ausschreibung gestartet für die Zeit ab 2026. Ich möchte aber trotzdem unsere Haltung zum Prüfungsbericht kurz darlegen und auf einzelne grundsätzlichere Punkte eingehen. Die GB/JA!-Fraktion begrüsst grundsätzlich, dass das Zahlungssystem in der Zwischenzeit bereits um Debitkarten und Postfinance-Karten erweitert wurde und man aktuell daran arbeitet, dass künftig auch Zahlungen mit Twint möglich sein werden. Wie der Gemeinderat in seiner Antwort explizit

darauf hinweist, werden aber weiterhin alle Menschen, die kein Bankkonto besitzen, von einer Nutzung von PubliBike ausgeschlossen. Unsere Fraktion erachtet das zwar als suboptimal, kann aber die Begründung, dass es eine gewisse Sicherheit für das Ausleihen von einem Velo hinterlegt werden muss, grundsätzlich nachvollziehen. Irritiert hat uns dagegen die ausweichende Antwort des Gemeinderates auf die Forderung, dass im Stadtrat ein Kredit vorgelegt wird, um die Preise für junge Menschen, Menschen in Ausbildung und für Menschen, die in Besitz sind von einer Kulturlegi um 50% zu reduzieren. Schon fast versteckt zwischen den sehr ausführlichen Angaben zu den Entwicklungen des Tarifsystems, die nichts oder nur am Rand etwas mit der Forderung nach Vergünstigungen für Menschen mit geringem Einkommen zu tun haben, das heisst also eine Subventionierung von vergünstigten Tarifen durch die Stadt Bern, findet man dann doch noch 2 kleine Absätze zum eigentlichen Thema. Dort schreibt der Gemeinderat, dass er die Forderung der Postulant*innen nach einem niederschweligen Zugang des Veloverleihsystems zwar unterstützt und 2019 auch als Massnahme in den erweiterten Handlungsspielraum Klima, wo inzwischen Teil der Energie- und Klimastrategie ist, aufgenommen hat, nämlich dass mit finanziellen Anreizen und einem attraktiven Angebot der Umstieg auf das Velo erleichtert werden soll und dass von einer Vergünstigung gezielt Personen mit dem kleinsten Budget profitieren sollen. Aber das Papier ist ja bekanntlich geduldig und ganz besonders, wenn es um die Umsetzung von Klimamassnahmen in der Stadt Bern geht. Entsprechend sind die Abklärungen für die Umsetzung von Vergünstigungen für Jugendliche und Sozialhilfeklient*innen mit dem Vorwand von der angespannten Finanzsituation dann auch gar nicht weiterverfolgt worden, was vor allem ein seltsamer Nachgeschmack hat, wenn man sieht, dass die Antwort auf Ende Januar 2024 datiert ist, also wenige Monate bevor die Stadt Bern die Jahresrechnung zum dritten Mal in Folge mit einem Überschuss von mehreren Millionen hat präsentieren können. Offenbar ist man aber mit den Abklärungen nicht einmal so weit gekommen, dass man in der Antwort die Kostenfolgen von diesen Vergünstigungen für die Stadt Bern beziffern konnte. Dass man eine Massnahme in einem Prüfungsbericht für einen Kredit mit dem Verweis auf Kosten ablehnt, aber nicht kann oder angeben will, was die Massnahmen überhaupt würden Kosten, ist aus unserer Sicht unbefriedigend. Aus Sicht der GB/JA!-Fraktion ist es insbesondere unverständlich, warum man nicht im Mindesten die Möglichkeit von Vergünstigungen für Sozialhilfeklient*innen und/oder Menschen mit einer Kulturlegi richtig geprüft hat, also für eine Zielgruppe, die ein paar wenige 1000 Menschen umfasst und die Subventionierung schätzungsweise, weil wir haben ja eben leider keine Zahlen haben, Kosten im Promillebereich vom städtischen Budget mit sich bringen würden. Eine Zielgruppe auch, die für die Vergünstigung einen ausgewiesenen Bedarf hat und für die einen echten Unterschied machen könnte. Das Grüne Bündnis wird den Prüfungsbericht trotzdem grossmehrheitlich annehmen, aber eben nicht, weil uns die Antwort, vor allem nicht den Teil der Vergünstigungen, überzeugt hätte, sondern weil wir leider nicht davon ausgehen, dass ein zweiter Prüfungsbericht in der aktuellen Situation viel Konstruktives bringen würde. Die Stadträt*innen von den JA! hingegen werden aber aufgrund von den vorher schon genannten Kritikpunkten den Prüfungsbericht ablehnen.

Präsidentin: Danke, Esther. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Dann sind wir bei den Einzelvoten. Dann hat Gemeinderätin Marieke Kruit das Wort.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Ein attraktives und gut funktionierendes Veloverleihsystem ist wichtig für die Stadt Bern. Das bestehende System hat sich als festen Bestand-

teil des städtischen Mobilitätsangebots etabliert. Es leistet als niederschwelliges Angebot einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Veloverkehrs und für eine zukunftsorientierte und nachhaltige Mobilität. Der Gemeinderat hat die beiden Anliegen vom Postulat geprüft und hat dazu eben auch einen Prüfungsbericht vorgelegt, den ihr ja jetzt habt. Zu Punkt 1, die Preisreduktion für junge Menschen, Personen in der Ausbildung oder in den Besitz einer Kulturlegi: Der Gemeinderat unterstützt grundsätzlich einen niederschweligen Zugang zum Veloverleihsystem und hat das auch in die Ausschreibung, jetzt eben in die regionale Ausschreibung des Veloverleihsystems ab 2026, einfließen lassen. Die Festlegung vom Tarifsysteem ist aber letztlich Sache des Gesamtdienstleisters. Und dann zu Punkt 2, zur Erweiterung vom Zahlungssystem: Auch hier unterstützt der Gemeinderat das Anliegen des Postulats. Durch die Erweiterung der Zahlungsmöglichkeiten kann der Zugang zum Verleihsystem erleichtert und verbessert werden. Auch hier sind entsprechende Vorgaben in die Ausschreibung eingeflossen und vielleicht noch ganz kurz ein Up-to-date. Das Ausschreibungsverfahren für das neue regionale Veloverleihsystem läuft aktuell noch. Die Auswertung der Eingaben soll bis Mitte 2024 abgeschlossen sein. Der Gemeinderat wird voraussichtlich im Juni, aber behaftet mich bitte nicht darauf, über die Vergabe des Auftrags informieren.

Präsidentin: Danke vielmals, Marieke. Wir kommen zur Abstimmung über den Prüfungsbericht.

Abstimmung Nr. 027

2023.SR.000044: Prüfungsbericht

Annahme

Ja	55
Nein	5
Enthalten	3

Präsidentin: Ihr habt den Prüfungsbericht angenommen.

2023.SR.0205

25 Interfraktionelle Motion SVP, Mitte, FDP (Alexander Feuz, SVP / Lionel Gaudy, Mitte / Ursula Stöckli, FDP): Beeinträchtigung durch Baustellen für Anwohnende möglichst gering halten - den öffentlichen Raum nicht auf Vorrat verbarrikadieren!

Präsidentin: Dann sind wir bei Traktandum Nummer 25. Das ist eine interfraktionelle Motion. Die Motion ist bestritten und die Einreichenden haben das Wort. Für die Einreichenden, Alex Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Wir sind zeitlich gut unterwegs, ihr müsst keine Angst haben. Ich will, dass die Wirte heute in der Stadt Bern noch ein bisschen etwas verdienen können. Vorab ich wandle die Motion in ein Postulat um. Wir sind einverstanden mit der Annahme, auch mit dem Prüfungsbericht. Wir widersetzen uns dem nicht. Ich habe mit den Mitmotionären gesprochen, ich will mich kurzhalten. Es gibt immer schwarze Schafe. Es ist unser Anliegen, dass man bei denen halt nachher Konsequenzen zieht. Es kann nicht sein, dass man während Wochen und Monate eine

Baustelle einfach einrichtet und dann trotzdem nichts macht und vor allem die Privatparkplätze aufhebt und den Anwohnern das Leben schwer macht. Ihr habt gesehen, man soll sich dann dort melden. Wir haben die Hoffnung, dass die Stadt nachher auch reagiert. Deshalb wandeln wir hier diesen Vorstoss um und damit hat der Feuz bereits gesprochen. Einen schönen Abend und einen guten Appetit, denjenigen die noch etwas essen gehen oder etwas trinken, Gesundheit. Danke.

Präsidentin: Danke, Alex. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Einzelvoten? Marieke Kruit verzichtet. Das ist nicht gewandelt worden, gell? Gewandelt. In diesem Fall stimmen wir über das Postulat ab und dann gleich direkt über den Prüfungsbericht.

Abstimmung Nr. 028

2023.SR.0205: als Postulat

Ablehnung

Ja	15
Nein	48
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt das Postulat abgelehnt. Wie ihr seht, wir sind am Ende der Traktandenliste. Das reut mich überhaupt nicht. Ich finde, wir haben in den letzten paar Sitzungen sehr gut vorwärts gemacht, ohne dass wir auf irgendwelche Diskussionen verzichten mussten, und darum mag ich es uns allen gönnen. Ich wünsche ihnen einen schönen Abend, merci vielmals.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat hat alle Traktanden zu Ende beraten.

Eingereichte Vorstösse

An der heutigen Sitzung wurden 12 Vorstösse eingereicht:

1. Kleine Anfrage Fraktion GB/JA (Franziska Geiser/Lea Bill/Ursina Anderegg, GB): Wie steht es mit der Erhöhung der Entschädigung für die Arbeit in den Kulturkommissionen?
2. Interpellation Fraktion FDP/JF (Tom Berger/Nik Eugster, FDP): Cargo sous terrain – eine Chance auch für die Stadt Bern?
3. Kleine Anfrage Thomas Hofstetter (FDP): Für das Projekt Volksschule Stöckacker braucht es ca. 2'450 m3 Rundholz und von den dafür ca. 800 gefälltten Bäume kann nur 40% des Holzes für das Bauen verwendet werden. Was passiert mit den restlichen 60% Holz – und kommt tatsächlich alles aus der Schweiz?
4. Kleine Anfrage Thomas Hofstetter (FDP): Wie viel m2 Boden werden wegen der zusätzlichen Container – im Zusammenhang mit dem Farbsack-Trennsystem – zusätzlich versiegelt?
5. Interpellation Thomas Hofstetter (FDP): Wie hoch sind die aufgelaufenen externen und internen Kosten für das Farbsack-Trennsystem – aufgeteilt auf die Phasen «Abstimmungsbereit» und «Marschhalt»?
6. Interpellation Thomas Hofstetter (FDP): Wie steht es um die Gesundheit des Entsorgungspersonal und welche präventiven Massnahmen hat der Gemeinderat ergriffen, um diese zu fördern?

7. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser): Nach Angriffen und Drohungen patrouillieren die Pinto-Angestellten nur noch tagsüber auf der Berner Schützenmatte. Haben der Gemeinderat und der für das Dossier Reithalle zuständige Stadtpräsident die Lage überhaupt noch im Griff? Werden neben der Aufhebung der Parkplätze beim Viadukt auch noch andere Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit erwogen? Z.B. Videoüberwachung? Verwarnung, Kündigungsandrohung, befristete Schliessung? Schliessung?
8. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser): Nach Angriffen und Drohungen patrouillieren die Pinto-Angestellten nur noch tagsüber auf der Berner Schützenmatte. Der Gemeinderat will deshalb die Parkplätze beim Viadukt zur Verbesserung der Sicherheit aufheben. Die früher erfolgten Aufhebung der Parkplätze auf der Schützenmatte führte gerade nicht zu einer Verbesserung der Sicherheit – im Gegenteil. Wieso soll es mit der erneuten Aufhebung der Parkplätze alles besser und sicherer werden? Was kostet diese Massnahme? Welches sind die Verluste an Parkeinnahmen pro Jahr?
9. Interfraktionelle Motion Fraktionen SVP, FDP/JF (Alexander Feuz, SVP/Tom Berger, FDP/Janosch Weyermann, SVP/Florence Pärli, JF/Thomas Glauser, SVP): Gastronomie-Angebot beim Tierpark Dählhölzli sicherstellen
10. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Niklaus Mürner/Thomas Glauser): Schliessung Restaurant Dählhölzli: Wieso hat die Stadt während des Umbaus kein Gastronomiekonzept für die vielen Besucher? Alternativen?
11. Kleine Anfrage Florence Pärli (JF): Verschuldungsbericht der Stadt Bern: Zeitpunkt der Publikation des Berichts für die Legislatur 2021-2024?
12. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser): Abfallentsorgung: Variante? Erleichterung?

Schluss der Sitzung: 21.58 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

02.07.2024

X 

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

für das Protokoll

22.07.2024

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Clara Rüsi